

Sonderthema:
Situation des Liberalismus
 Nach dem Aus für die FDP SEITE 1-10

DIE IDEEN
 Wofür der Liberalismus heutzutage steht und wer seine Grundlagen geprägt hat **SEITE 3**

DIE ZUKUNFT
 Wie der Vorsitzende der Naumann-Stiftung die Perspektiven der Liberalen sieht **SEITE 9**

Das Parlament

KOPF DER WOCHE

Exklusives Gespräch

Elmar Brok Seine Funktionen und Ämter sind kaum aufzuzählen, so viel hat sich der Westfale aufgehäuft. Obwohl er seit 33 Jahren für die CDU im Europaparlament (EP) sitzt, ist der als „echter Europäer“ beschriebene Elmar Brok stets auch in Deutschland präsent. Vergangene Woche war der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP wieder viel vor den Kameras zu sehen, als er sich mit anderen EP-Abgeordneten in Washington über die Ausspähaktionen des US-Geheimdienstes NSA in Europa informierte. Dem 67-Jährigen kam die Ehre zuteil, dass sich nur für ihn NSA-Direktor Keith Alexander Zeit nahm, um ihm die Positionen der US-Schlapphüte zu erläutern. Stolz erzählte Brok später, er habe Alexander das Eingeständnis abgerungen, Amerikas Geheimdienste betreiben in Europa auch klassische Spionage. *kru*

ZAHL DER WOCHE

300

Bürger in den USA soll der Bundesnachrichtendienst (BND) 2008 ins Visier genommen haben. Diesen Vorwurf hatte vergangene Woche der nationale US-Geheimdienstchef James Clapper in einer Anhörung im Repräsentantenhaus erhoben. BND-Präsident Gerhard Schindler wies diese Beschuldigungen zurück: „Aus der deutschen Botschaft in Washington wird keine Fernmelde-Aufklärung durchgeführt.“

ZITAT DER WOCHE

»Ich empfehle der Bundeskanzlerin Gelassenheit.«

Helmut Schmidt, SPD, Altkanzler, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ zur Abhöraffaire um Angela Merks (CDU) Handy.

IN DIESER WOCHE

- INNENPOLITIK**
Bundestag Aufregung um die Abhöraktion des US-Geheimdienstes **Seite 11**
- WIRTSCHAFT UND FINANZEN**
Energiepreise Den kommunalen Stadtwerken drohen große Verluste **Seite 12**
- EUROPA UND DIE WELT**
Tschechien Ratlosigkeit nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen **Seite 13**
- KEHRSEITE**
Bundestag Ortstermin beim Kindergarten des Parlaments **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
 60268 Frankfurt am Main



Der Kompass ist verloren

LIBERALISMUS Die FDP scheint aus der Zeit gefallen. Eine Chance hat sie nur als erneuerte Partei

Man möchte es nicht glauben: Die am Ende so zentralistische FDP wurde nach 1945 dezentral und regional differenziert gegründet. Das lag an den unterschiedlichen Lizenzierungspolitiken der Alliierten und an der divergierenden politischen Ausrichtung der Liberalen in den Regionen. Während diese im Südwesten eher „demokratisch“ – also „links“ – waren, sammelten sich beispielsweise in Hessen und in Nordrhein-Westfalen eher „Nationalliberale“. Innerparteilich war die FDP anfangs vielfältig. Trotz dieser Differenzen wurde sie von 1949 bis 2013 immer wieder in den Bundestag gewählt. Die Fünf-Prozent-Sperrgrenze war der FDP ursprünglich ganz recht, hielt sie ihr doch in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren Konkurrenten wie die „Deutsche Partei“ oder die Vertriebenenpartei BHE vom Leib. Die CDU/CSU auf der rechten, die SPD auf der linken Seite und die FDP als Weltenkind in der Mitte: Das war das „Bonner Parteiensystem“, auch „Zweieinhalb-Parteiensystem“ genannt.

Existenzfragen Die Konkurrenten der FDP kamen dennoch: Erst hieften die in der Nachkriegszeit geborenen postmateriell eingestellten „Kinder von Marx und Coca Cola“ Alternative und Grüne in den Bundestag, dann schickten verunsicherte „DDR-Nostalgiker“ – als „rote Socken“ diffamiert – die SED-Nachfolgepartei PDS ins Parlament. Daraus wurde schließlich die gesamtdeutsche „Linke“. Die FDP, einst „Zünglein an der Waage“, hatte gleich zwei Konkurrenten. Das verunsicherte sie. Sie suchte den Erfolg mit dem „Projekt 18“ und behauptete, auf gleicher Augenhöhe mit den großen Parteien zu stehen. Doch bei jeder Wahl bangte sie um ihre Existenz, denn sie wusste im Innern, dass ihr Wählerstamm auf weniger als fünf Prozent zusammenschmolzen war. Bei der Wahl 2013 ist die alte Parlamentspartei im Bund außerparlamentarisch geworden. Es ist geschehen, was die Partei insgeheim schon befürchtet hatte. Ist das ein endgültiges „Aus“?

Einst hatten die Freien Demokraten Sternstunden. Dass Westdeutschland nach 1945 eine Marktwirtschaft wurde, war zuerst ihr Verdienst. Im Parlamentarischen Rat schon hatten ihre fünf Abgeordneten dafür gekämpft. Während der „Spiegel-Affäre“ hielt ihr Abgeordneter Wolfgang Döring zum Rechtsstaat. Zusammen mit dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt setzte die FDP eine Politik der Versöhnung mit dem Osten Europas durch und plädierte für eine Chancengleichheit im Innern. Die freidemokratische Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wehrte sich gegen den „Großen Lauschangriff“ mit dem Rücktritt vom Amt.

Und welch beeindruckenden Persönlichkeiten brachte die Partei auf die politische Bühne: Da waren der erste Bundespräsident, „Papa Heuss“, der streitbare Parteivorsitzende Thomas Dehler, der wirkungsmächtige Kommunikator Walter Scheel, der phantasievolle Generalsekretär Karl-Hermann Flach, der „vernünftige“ Außenminister Hans-Dietrich Genscher und viele andere. Die FDP hatte der Bundesrepublik auch eigenwillige Schauspieler geboten wie die „Naumann-Affäre“, als der Britische Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick das Eindringen ehemaliger Nationalsozialisten in die FDP Nordrhein-Westfalens 1953 stoppte. In Düsseldorf wählten später – 1956 – die „Jungtürken“ Erich Mende, Willy Weyer, Walter Scheel und Wolfgang Döring den Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) mit einem konstruktiven Misstrauensvotum zugunsten des Sozialdemokraten Fritz Steinhoff ab. So sollte Konrad Adenauers Saar-Politik im Bundesrat zum Scheitern gebracht werden. Und da war der ehemalige Vizekanzler Jürgen W. Möllemann, der nach dem Ausschluss aus der FDP-Fraktion im Bundestag im März 2003 aus der Partei austrat und der sich nach Aufhebung seiner Immunität sowie Durchsuchungen seiner Büros und Wohnungen im Juni 2003 mit einem Fallschirm in den Tod stürzte.

Alternativen Aus eigener Kraft schaffen es die Liberalen nun nicht mehr. Der „alte Mittelstand“ – das einst klassische liberale Milieu – hat seine soziale Bedeutung verloren. Immer mehr Bürger sind formal gut gebildet und kennen keine Parteienidentifikation. Sie lassen sich von den Grünen, den Piraten und anderen Parteien anlocken, wenn diese ihren Wünschen entsprechende Angebote machen. Die FDP versäumt es seit Jahren, selber grüne Ideen populär zu machen oder Fehlentwicklungen des Internets anzuprangern.



Blau-gelber Abschied aus der Arena Bundestag: Einst angetreten mit dem Ziel, 18 Prozent der Wähler zu überzeugen, hat die FDP jetzt die Fünf-Prozent-Hürde gerissen.

Eine Ursache für den einstigen Erfolg der FDP aber war, dass sie den Wirtschaftsliberalismus und den bürgerschaftlichen Freisinn unter einen Hut gebracht hatte. In der Zeit des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik traten die Liberalen in verschiedenen Organisationen auf, und alle gingen dann unter. Nach 1945 war es der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, der durchsetzte, dass das Streben nach Freiheit im Parteinamen verankert wurde. Es gab nur noch eine liberale Partei, und die war trotz aller interner Streitereien lange Zeit erfolgreich.

Doch dann verengte ein Vorsitzender, Guido Westerwelle, die FDP zur Steuerengungs-Partei. Die angebliche „Partei des Liberalismus“ wurde mit der Forderung nach Steuersenkung und dem Bild vom „Kapitän, der alles regelt“ zur „Einthemen-Partei“ und zur „Einmann-Partei“. So erzielte sie bei der Bundestagswahl 2009

zwar das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte: Aber es wurde ein Pyrrhussieg. Es wurde ein Pyrrhussieg, weil die FDP in der „Traumkoalition“ mit der Union überzog. Sie war übermäßig geworden. Der Schwanz wollte mit dem Hund wedeln. Doch die CDU/CSU ließ das nicht zu. Der immer noch kleinere Partner der Union wurde kurz gehalten. Steuersenkungen kamen nur so weit, wie sich die Liberalen leicht als „Klientelpartei“ für Hoteliers hinstellen ließen. Ansonsten bekam der Juniorpartner in der Koalition kaum einen Stich. Bundeskanzlerin Angela Merkel war anders als ihr Ziehvater Helmut Kohl. Der hatte der FDP Spielwiesen gelassen, natürlich um der eigenen Macht willen. Doch nach 2009 durfte die FDP nicht einmal mehr „Partei der zweiten Wahl“ sein: Die FDP erkannte ihre schlechte Lage, geriet in Panik und ging mit einer unmöglichen Personalkonstellation an der Spitze in den Bundestagswahlkampf 2013.

Freiraum ist heute nicht nur für die Starken zu erkämpfen, damit sie den Schwachen helfen können.

Einst hatte die FDP zusammen mit anderen das vereinte Europa geschaffen. Welch eine Errungenschaft nach den Jahrhunderten der Kriege. Die FDP befand sich in der Kontinuität zu Gustav Stresemann von der DVP und zu Walter Rathenau von der DDP, die beide als Reichsaußenminister der Weimarer Republik die Versöhnung mit West- und Osteuropa gesucht hatten. Doch die alte Europapartei FDP verlor den Kompass und ging gelegentlich sogar den „D-Mark-Nostalgikern“ auf den Leim statt prononciert Streiter zu sein für die Vereinigten Staaten von Europa. Schließlich waren die Liberalen im 19. Jahrhundert Vorkämpfer für den Nationalstaat. Entsprechendes erwarteten viele heute im Hinblick auf Europa.

Geschlossenheit Obendrein stellen sich objektive Schwierigkeiten ein: Es setzte sich in der deutschen Öffentlichkeit die Auffassung durch, Parteien müssten geschlossen auftreten. Auch die FDP wollte dem entsprechen. Dem Liberalismus aber wohnt eine Dialektik inne. Andere als die propagierte Lösung haben auch ihr Recht. Liberal sein heißt meinen und nicht glauben. Die FDP hatte das vergessen. Und dann: Ein Parteiführer soll eine Persönlichkeit sein aber kein Papst. Auf den Parteitag – leider aller Parteien – wurde es üblich, dass die Delegierten mit den Parteiführern keine politischen Debatten führten, sondern ihnen „Standing Ovation“ darboten. Das Ansehen eines Poli-



Christian Lindner kandidiert als neuer Vorsitzender der FDP.

kers wird nunmehr daran gemessen, wie lange die Anhänger stehend Beifall spenden. Auch hier folgte die FDP dem Zeitgeist und machte sich schließlich lächerlich, als sie den eben noch bejubelten Parteichef Westerwelle schände abservierte. Seit 1998 funktionierte die angeblich liberale Partei nicht richtig. Sie wollte politische Lösungen als Dogmen verkaufen, und war zugleich nicht fähig, ihre Vordenker – aktuellen Werberegeln folgend – einfach nur zu huldigen. So fiel die FDP aus der Zeit.

Die FDP hatte wenig getan, um zeitgemäß zu sein. Anstatt sich trotzig „Die Liberalen“ zu nennen, hätte sie die ursprünglichen Tugenden der Freiheit und des Glaubens an den Wert eines jeden Menschen modern interpretieren müssen. Freiraum ist heute nicht nur für die Starken zu erkämpfen, damit sie den Schwachen helfen können. Freiraum brauchen alle Schichten und Nationalitäten, beide Geschlechter. Und Profitstreben verliert seine Freiheitsrechte da, wo es andere Kreaturen quält und erniedrigt. Liberal sein ist im 21. Jahrhundert anders als im 19. Jahrhundert.

Neuinterpretation Vordergründig wird mancherorts gefragt, ob die FDP 2017 wieder ins Parlament einzieht. Das heute zu beantworten, wäre Kaffeesatzleserei. Es hängt nicht von der FDP allein ab, sondern auch davon, was die anderen Parteien tun oder lassen. Da könnte sich manche Möglichkeit für die FDP auftun. Schon hat einer als künftiger Vorsitzender angeklopft. Was er tun soll, weiß er noch nicht genau. Eine Reform wird sicher nötig sein. Die FDP wird dabei ihre Geschichte nicht verleugnen können – als Partei der Marktwirtschaft, des Rechtsstaates und des wachsenden Europas bei schwindenden Nationalstaaten. Will die FDP eine zweite Chance bekommen, dann kann sie diese nur als erneuerte, nicht aber als neue Partei erhoffen. *Jürgen Dittberner*

Der Autor ist FDP-Mitglied und war Professor für Politikwissenschaften an der Universität Potsdam. Er schrieb das Buch „Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung“ (2010).



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

EDITORIAL

Tradition verpflichtet

VON JÖRG BIALLAS

Der Schock sitzt bei Mitgliedern und Funktionsträgern tief. Sechs Wochen nach dem Ausscheiden der FDP aus der Bundespolitik sind in weiten Teilen der Partei Frust und Ratlosigkeit noch immer deutlicher spürbar als Zuversicht und Entschlossenheit, die historische Zäsur nicht zu einem dauerhaften Bruch werden zu lassen. Der erste Deutsche Bundestag ohne Freie Demokraten bietet bei aller Wehmut ihrer Anhänger (und übrigens auch mancher, die auf einmal ihre Solidarität, gar Sympathie entdecken) Anlass, sehr grundsätzlich über den institutionalisierten Liberalismus nachzudenken. Wie wird sich unsere Parteienlandschaft jetzt inhaltlich verändern? Bieten Konkurrenzorganisationen ausreichend programmatische Kompensation? Welche freiheitliche Tradition könnte verloren gehen? Gibt es eine Chance auf ein Comeback für eine liberale Partei?

„Das Parlament“ will mit dieser Ausgabe dazu beitragen, solche Fragen zu debattieren. Und zwar jenseits der mitunter deutlich spürbaren Häme über den Fall der FDP in die, zumindest einstweilige, bundespolitische Bedeutungslosigkeit. Die Bevölkerung ist da nämlich ganz offenkundig weniger skeptisch, als das Wahlergebnis vermuten lässt. Einer Nachwahl-Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge glaubte 27 Prozent der Befragten, Deutschland brauche eine politische Organisation, die dem Liberalismus Heimat bietet. Und immerhin noch 19 Prozent geben an, diese Heimat kann aus ihrer Sicht die FDP sein.

Ob diese für die Partei ermutigenden Ergebnisse freilich wegen oder trotz des liberalen Auftritts in den vergangenen vier Jahre zustande gekommen sind, dürfte eine Frage der Interpretation sein. Freie Bürger, ein starker Mittelstand, marktwirtschaftliche Prinzipien, konsequenterer Datenschutz oder weniger Bürokratie sind Schlagworte, die nach wie vor bei der FDP verortet werden. Gleichwohl finden sich diese Punkte, unterschiedlich ausgeprägt, auch in anderen Parteiprogrammen. Welche Zukunft die Freien Demokraten also haben werden, wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, den Liberalismus in seiner Tradition und historischen Dimension wieder so zu bündeln, dass er als Gesamtpaket überzeugende Perspektiven bietet. Kein leichtes Unterfangen, aber auch nicht unmöglich. Oder?

GASTKOMMENTARE

FEHLT IM BUNDESTAG EIN LIBERALES KORREKTIV?

Aber gewiss!

PRO



Thomas Maron
»Stuttgarter Zeitung«

Ob jetzt eine liberale Kraft im neu gewählten Bundestag fehlt? Aber gewiss! Mag ja sein, dass liberale Elemente über die Jahrzehnte auch in jene Parteien eingesickert sind, die im Bundestag jetzt vertreten sind. So haben die Grünen das Lebensgefühl eines jungen, sich liberal wählenden Bürgertums sehr gut verkörpert können, die SPD steht für den urliberalen Gedanken gerechter Aufstiegschancen und die Union brüstet sich gern mit ihrer wirtschaftsliberalen Kompetenz. Aber all diesen Parteien muss eine liberale Sicht immer erst gleichsam anezogen werden, wenn die Gesellschaft mit neuen Herausforderungen konfrontiert wird. Es hat sich ja auch die Sozialdemokratie nicht zu Tode gesiegt, nur weil sie das soziale Bewusstsein der anderen schärfte. In einer sich verändernden Welt wird die SPD stets stärker als andere die soziale Dimension des Wandels im Blick behalten. Eine freiheitliche Perspektive, die dem Einzelnen ein hohes Maß an Eigenverantwortung auferlegt, liegt eben nicht im politischen Gen-Code von Union, SPD und Grünen, die im Zweifel lieber mit Verordnungen die Details der Lebensführung diktiert, statt faire Ordnungsrahmen zu entwickeln, innerhalb derer jeder den Bastelbogen seines Lebens falten kann, wie er will. Deshalb fehlt eine liberale Stimme. Was aber nicht fehlt, ist eine FDP, so wie sie sich in den vergangenen Jahren präsentiert hat. Ihre Stimme war nicht liberal, sondern ertönte entweder schrill und jeder liberalen Denkart widersprechend sozial ausgrenzend. Oder aber ihre Stimme war beschämend stumm, weil die FDP wieder einmal klein beigegeben hat, wenn – wie zuletzt in der NSA-Affäre – mehr gefordert war, als nur die Backen aufzublasen.

Breit etabliert

CONTRA



Astrid Hölscher
Freie Journalistin

Die FDP hat viel geleistet, für sich, fürs Land und sogar für das deutsche Märchengut. So hegt die Partei seit langem die Mär vom liberalen Korrektiv. Ließ diese Selbstdarstellung die Urheberin doch allemal edler ausschauen als das Abbild einer Mehrheitsbeschafferin oder Klientelpartei. Der wahre Wert des Verkaufschlagers erweist sich nun im Niedergang. Da beschleicht so manchen – nach spontaner Schadenfreude – die dunkle Ahnung, der Republik könnte etwas fehlen in einem Parlament ohne FDP; wenn schon nicht die real existierende, abgewählte Partei, so doch die Idee dahinter, das feine Gespür für Freiheit und Individualität. Nichts da, nichts wird uns mangeln. Räumen wir auf mit jener Vorstellung, die unsere Politik säuberlich trennt: hier die etatistischen Volksparteien, die alles Leben dem Staatswohl unterordnen und die Menschen als Pflege-, wenn nicht Störfall betrachten; dort jene liberalen Lichtgestalten, die letzte Bastion vor der „Verbotsrepublik“. Diese Teilung erweist sich als Hirngespinn.

Der Bundestag braucht kein liberales Korrektiv. Und zwar nicht, weil die FDP in der Rolle versagt hätte, sondern weil die liberale Idee längst gesiegt hat. Sie begnügt sich nicht mit dem Sitz in einer einzigen Institution, sondern hat sich in der Breite etabliert. Liberale Köpfe allüberall. Um des soliden Haushalts willen vertrauen wir einfach weiter Wolfgang Schäuble. Um deutsche Bürgerrechte angesichts der NSA-Angriffe sorgt sich Thomas Oppermann. Und wenn Horst Seehofer die doppelte Staatsbürgerschaft erwägt und Winfried Kretschmann „seine“ Unternehmer vor Steuern schützen will, wer vermisst da ernsthaft ein liberales Korrektiv?

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 10
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Strolz, Sie haben soeben mit einem Zusammenschluss liberaler Parteien einen überraschenden Wahlsieg errungen und sind mit 5,0 Prozent in den österreichischen Nationalrat eingezogen. Worauf führen den Erfolg von NEOS zurück?

Wir sind eine Bürgerbewegung, ein Kind des 21. Jahrhunderts mit social media und allem, was dazugehört und keine klassische Partei, die eine jahrzehntelange Geschichte aufzuweisen hat wie die FDP. Was den Menschen gefällt hier in Österreich ist unsere Authentizität, unsere Leidenschaft und Lebendigkeit. Wir haben die Grünen beerbt auf der Flanke einer Lifestylepartei. Von sich aus haben Parteien ja wenig Appeal. Man muss die Menschen abholen auf der emotionalen Seite. Die Piraten haben zukunftsweisende Themen aufgezeigt, aber denen hat es an Professionalität gefehlt. Wir kombinieren Professionalität mit Idealismus.

In Österreich regiert seit Jahren eine Große Koalition. Sie versprechen ein neues Österreich, was stört sie am alten?

Es gibt eine Lähmung des Landes. Dieses rot-schwarze Machtkartell, das in den Nachkriegsjahrzehnten hochfunktional war, ist heute kraftlos, ausgebrannt, leer und hochgradig korruptionsanfällig. Die sind nicht fähig, die Erneuerung des Landes voranzutreiben. Die Volksparteien brauchen einen externen Schock, und einen ersten pinken Schock haben wir geliefert. Wir haben uns im Februar 2012 mit 40 Leuten zu einer Klausur getroffen und gekuckt, ob es hier genügend Energie gibt für eine Parteigründung. Wir hielten es nicht mehr aus auf den Zuschauerplätzen.

Sind Sie denn eine Protestpartei?

Nein, dazu sind wir viel zu konstruktiv und lösungsorientiert. Wir sind Anpacker und Umsetzer. Aber wir sind auch eine geballte Ladung an Emotion. Das galt in der Politik in Österreich lange als nahezu verwerflich, es gab einen Konsens, dass Emotion immer rechter Populismus bedeutet. Das stimmt nicht. Wir haben gezeigt, dass Emotion auch good vibrations bedeuten kann, positive Schwingungen. Wir sind ein Kind der Zuversicht.

In ihrem Parteiprogramm ist auch von sozialer und ökologischer Verantwortung die Rede, verfolgen Sie noch andere Ideen als die des Liberalismus?

Wir sind auch liberal, nicht nur liberal. Wir sind eine Zentrumsbewegung, wie es sie in Österreich bisher nicht gegeben hat. Wir haben einiges gemeinsam mit der Partei TOP 09 von Karel Schwarzenberg in Tschechien, mit den Grünliberalen in der Schweiz, mit den Liberalen in Belgien um den ehemaligen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt. Eines ist ganz wichtig: Man muss den Liberalismus immer wieder erden, sonst kommt er kühl und intellektuell daher und das braucht keiner. Wir haben unsere liberalen Ideen mit der Bürgerbewegung geerdet und beispielsweise mit dem Fokus auf das Bildungsthema. Am Anfang war der Gedanke, dass uns Eigenverantwortung wichtig ist und nicht, dass wir eine liberale Partei sein wollen.

In Deutschland hat sich inzwischen das Schlagwort neoliberal als Synonym für eine kaltherzige, antisoziale Politik durchgesetzt. Auch NEOS setzt auf die regulierenden Kräfte des Marktes. Sind Sie eine neoliberale Kraft?

Nein, damit haben wir nichts am Hut. Wir sind große Freunde der sozialen Marktwirtschaft mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit. Der Markt braucht aber auch einen entschlossenen Staat, sonst läuft er aus dem Ruder. Wir brauchen den Staat dort, wo wir Monopolbildungen haben, wir brauchen ihn dort, wo der Finanzmarkt seltsame Blüten treibt. Wir setzen auf Transparenz bei privaten Geschäften, auch Börsengeschäf-

»Wir sind der pinke Schock«

MATTHIAS STROLZ Der erfolgreiche Gründer der liberalen NEOS-Partei in Österreich setzt auf Emotion, Europa, Bürgernähe und Datenschutz



Es gibt nur eine Möglichkeit, den Sozialstaat zu retten, wenn wir die Sozialsysteme in den Griff bekommen. Dazu braucht es Sachverstand und eine funktionierende Wirtschaft. Wenn das nicht gut läuft, fahren wir gegen die Wand.

NEOS will ein vereintes Europa. Wie wichtig ist das für Sie?

Wir lieben Europa und werden bei der Europawahl 2014 mit aller Leidenschaft der antieuropäischen Stimmung, die nicht so schwach ausgeprägt ist in Österreich, etwas Positives entgegensetzen. Wenn wir es nicht schaffen, die europäische Integration voranzutreiben, dann werden die Treffen der großen Industrienationen in Zukunft ohne Europa stattfinden, auch ohne Deutschland. Da sitzen dann Indien, China, Russland, Brasilien, Indonesien und Mexiko mit am Tisch – und wir schauen in den Ausguss. Als ein Flickenteppich können wir auf dem Globus keine Rolle spielen. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Und die Türkei ist ein ganz wichtiger Nachbar. Es ist von beiderseitigem Interesse, dass wir die Beitrittsverhandlungen forcieren, allerdings ergebnisoffen. In dem jetzigen Zustand wäre die EU nicht aufnahmefähig und die Türkei auch noch nicht reif. Ich könnte mir vorstellen, dass so etwas wie eine bevorzugte Partnerschaft dabei herauskommt. Aber wir sollten die Türkei als großes Land und stolze Kultur nicht immer wieder vor den Kopf stoßen. Dann wenden sie sich ab von Europa und wir hätten eine aufstrebende Volkswirtschaft als Partner verloren.

Inwiefern können liberale Parteien von der aktuellen Debatte über Datenschutz profitieren?

Das ist ein wichtiges Thema für liberale Parteien. Unser Credo lautet: gläserner Staat, nicht gläserner Bürger. Hier werden Bürgerrechte mit Füßen getreten, wir fordern ein Informationsfreiheitsgesetz. Die Bespitzelungen allerorten sind unzulässig. Auch hier haben die Nationalstaaten längst alleine keine Chance mehr. Wenn man da keine europäische Verhandlungsmasse in die Waagschale werfen kann, lachen uns die Amerikaner aus.

In den USA haben wir erlebt, wie die Tea-Party mit ihrem radikal-liberalen Ansatz fast eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst hätte. Wie bewerten Sie das?

Die Tea-Party ist dogmatisch verengt, wir sind ergebnisorientiert. Die Tea-Party-Leute sind radikale Eiferer, da kann man nur den Kopf schütteln.

In Österreich wurde auch die FPÖ mal als liberale Partei gewertet, inzwischen gilt sie als rechtspopulistisch. Ist die Grenze zwischen liberal, nationalliberal und rechtsradikal schwammig?

Nein, das glaube ich nicht. Schwammig ist dieses links-rechts-Kontinuum, um Parteien einzuordnen. Parteien im 21. Jahrhundert sind oft sehr schillernde Phänomene, die mit links und rechts nicht mehr einzuordnen sind. Der liberale Gedanke ist spätestens in den 80er Jahren aus der FPÖ ausgezogen und ward seit damals nicht wieder gesehen.

Das Interview führte Claus Peter Kosfeld.

Matthias Strolz (40) ist Vorsitzender der Partei NEOS – Das Neue Österreich. Er studierte Wirtschaft und Politik, war selbstständiger Unternehmer, Organisationsentwickler und ist Abgeordneter im österreichischen Nationalrat in Wien.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Unbequemer Wächter: Hellmut Königshaus

Der Mann hat in diesen Tagen einige Mühe. Hellmut Königshaus muss gegenüber Journalisten immer mal wieder klarstellen, dass er im eigentlichen Sinn nicht „der letzte FDP-Mann im Bundestag“ ist. Sein Abgeordnetenmandat legte er im Augenblick seiner Verteidigung als Wehrbeauftragter im Mai 2010 nieder. Er darf zwar an den Plenardebatten und Ausschusssitzungen teilnehmen. Aber er ist zur Neutralität verpflichtet, darf nur im Namen und im Interesse der Soldatinnen und Soldaten seine Forderungen an Regierung und Parlament formulieren. Dass seine Partei nicht mehr im Bundestag vertreten ist, schmerzt den Liberalen. Vor allem weil „persönliche Kontakte“ zu den ehemaligen FDP-Abgeordneten „schwieriger zu pflegen sind“. Seine Arbeit sieht er dadurch aber nicht beeinträchtigt. „Ich habe es in jedem Fall mit einem neuen Parlament zu tun, das zu einem Drittel aus neuen Abgeordneten besteht. Das gehört zum Geschäft“, sagt er gelassen. Vorrang haben für den Wehrbeauftragten die Probleme in den Streitkräften. Und von denen gibt es eine Menge. Die Zahl der Eingaben der Soldaten liegt derzeit um rund 20 Prozent höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Und dies bei einer auf 185.000 Soldaten geschrumpften Armee. Die Gründe hierfür sieht Königshaus auch in der Bundeswehrreform. So habe das Stationierungskonzept – Königshaus kritisierte dies mehrfach öffentlich – zu einer erhöhten Zahl von Versetzungen und Berufspendlern in der Truppe geführt. „Und viele Soldaten sind bezüglich ihrer Karriereoptionen und Verwendung verunsichert.“

In Zeiten einer Großen Koalition und einer Mini-Opposition wird die Bedeutung des Wehrbeauftragten als „Hilfsorgan des Bundestages zur Ausübung der parlamentarischen Kontrolle“, wie es im Grundgesetz heißt, nicht kleiner. Als problematisch sieht Königshaus das nicht an: „Ich bin optimistisch, dass auch die Abgeordneten einer Großen Koalition die parlamentarische Kontrolle der eigenen Regierung sehr ernst nehmen werden.“



»Ich trete für den Schutz der Grundrechte der Soldaten und Soldatinnen ein.«

Bequem ist er als Wehrbeauftragter nie gewesen. Mal zog er sich den Unwillen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu, als er forsch den Einsatz von „Leopard“-Panzern in Afghanistan forderte. Ein anderes Mal hielten ihm Abgeordnete von SPD, Grünen und Linken entgegen, er habe sich nicht als „Einkaufsberater“ der Bundeswehr zu betätigen. Ausgelöst hatte die Kritik seine Forderung nach Kampfdrohnen für das deutsche Isaf-Kontingent. Der Gescholtene weist solche Kritik stets mit dem Verweis auf seinen Auftrag zurück, den das Grundgesetz formuliere: „Ich trete für den Schutz der Grundrechte der Soldaten und Soldatin-

nen ein.“ Zu den Grundrechten gehört für Königshaus die Sicherheit der Soldaten im Einsatz. Deshalb plädiert er für die bestmögliche Ausrüstung der Truppe. Immerhin gab ihm die Entwicklung Recht. Die Bundeswehr schickte zwar keine „Leos“ an den Hindukusch, dafür aber schwere Panzerhaubitzen. Aus seine kritischen Anmerkungen während der „Gorch Fock“-Affäre wurde von der Marine-Führung nach anfänglichem Murren umgesetzt. Königshaus mag mitunter forsch auftreten, allerdings weiß er auch, wovon er spricht. Wenn er sich in der Truppe informiert, dann will er es ganz genau wissen – bis zum kleinsten Detail. Mit diesem Detailwissen und seiner Akribie vermag er auch Gesprächspartner zu beeindruckern. Im Frühjahr 2015 wird Königshaus' fünfjährige Amtszeit enden. Dann steht er kurz vor seinem 65. Geburtstag. Im August 2004 war er für den verstorbenen FDP-Politiker Günter Rexrodt in den Bundestag nachgerückt. Seine Abgeordnetentätigkeit führte ihn vom Petitions- und Bildungsausschuss in die Ausschüsse für Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung. Einen Namen machte er sich später als Mitglied in den Untersuchungsausschüssen zur Visa-, der BND- und der Kundus-Affäre. Eine große politische Karriere werde er nicht mehr anstreben nach seiner Amtszeit, allerdings „bleibe ich ein politischer Mensch“, betont Königshaus. Doch wie seine Zukunft genau aussieht, vermag er nicht zu sagen: „Das hängt auch von meiner familiären Situation ab. Ich habe Enkel – vielleicht wollen die ihren opa dann mehr in Anspruch nehmen.“ Alexander Weinlein

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Annette Sach (as)
Hellmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
1. November 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhhusenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: kortmann@fs-medien.de

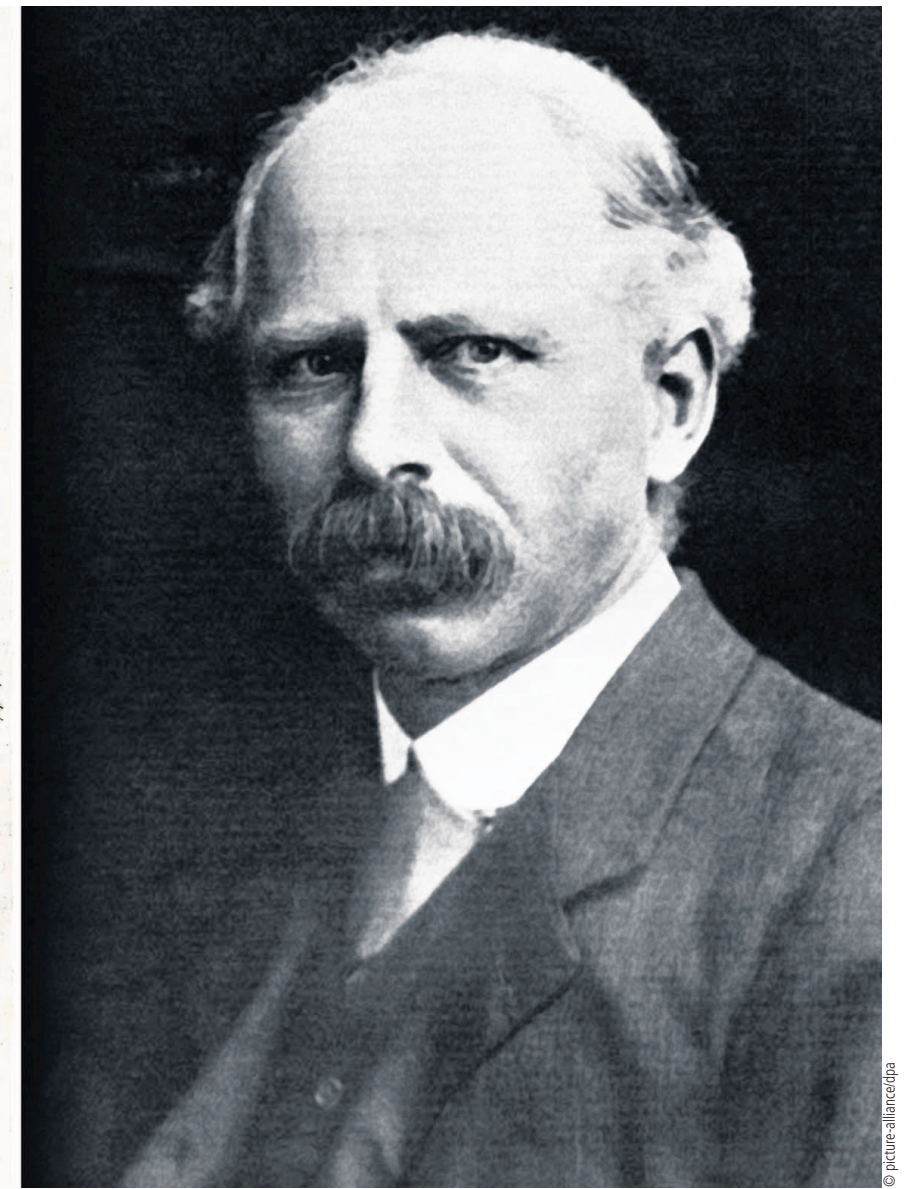
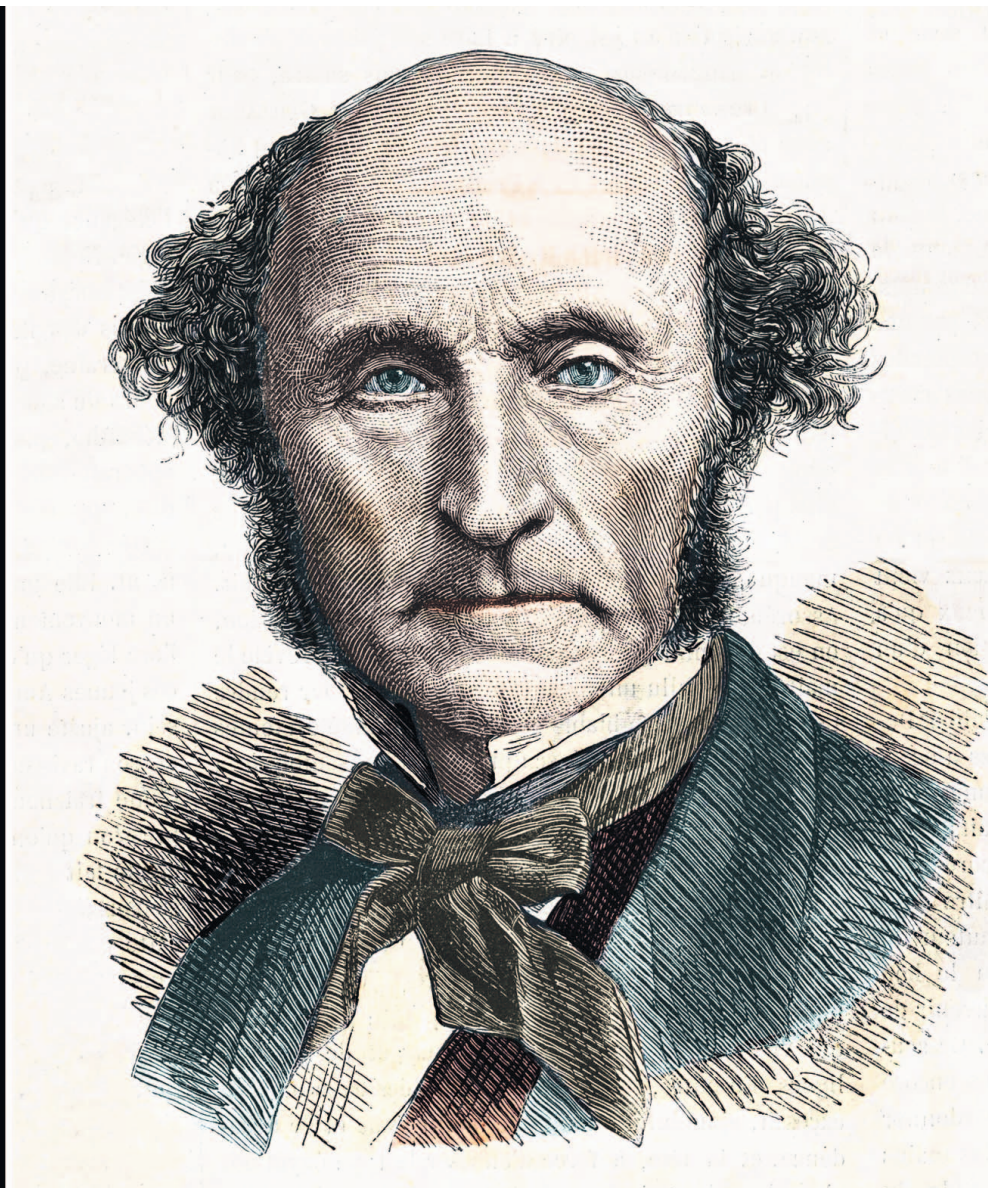
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Britische Vordenker des politischen Liberalismus (von links): David Hume (1711-1776), John Stuart Mill (1806-1873) und Leonard Trelawny Hobhouse (1864-1929)

Die Idee der Freiheit

GESCHICHTE Wichtige liberale Vordenker wie John Stuart Mill waren auch Vorkämpfer einer Demokratisierung des Parlamentarismus

John Stuart Mills liberales Manifest *On Liberty* erschien 1859, also elf Jahre nach dem kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels. Sein Vater James Mill war dem Philosophen des Utilitarismus, Jeremy Bentham, ebenso wie auch dem Nationalökonom David Ricardo verbunden, der wiederum Marx wichtige Anregungen zu seiner Arbeitswertlehre hinterließ. In einer Zeit, als die Tory-geprägten Whigs noch einen recht konservativen und elitären Frühliberalismus vertraten, galten Denker und Politiker wie Mill geradezu als bürgerliche „Radicals“.

Sie gingen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen nicht so weit wie frühsocialistische britische „Chartisten“, traten aber wie diese für Wahlrechtserweiterung, Freihandel und soziale Reformen ein. In der empiristischen Tradition des schottischen Landmanns und liberalen Vordenkers des 18. Jahrhunderts, David Hume, der seinerseits den Aufklärungsphilosophen Immanuel Kant wesentlich inspirierte, war Mill nicht bloß ein spekulativer Kopf, der abstrakt „Über die Freiheit“ philosophierte. Davon zeugte bereits seine ebenfalls 1859 publizierte Abhandlung *Thoughts on Parliamentary Reform* („Gedanken zu einer Parlamentsreform“, 1861 gefolgt von *Considerations on Representative Government* („Betrachtungen über die repräsentative Regierung“). Von 1865 bis 1868 war Mill Unterhausabgeordneter. Er gehörte mit zu den Vordenkern einer schrittweisen Demokratisierung des britischen Parlamentarismus, die mit den Wahlreformen von 1867 und 1884 auf den Weg gebracht wurde. Für die frühe bis mittlere viktorianische Ära geradezu revolutionär dachte Mill in Fragen der Frauenemanzipation einschließlich des Frauenstimmrechts.

zur Bedeutung der „Individualität“ für die „Wohlfahrt“ und die „Grenzen der Autorität der Gesellschaft“ hinaus, auch praktische „Anwendungen“. Diese mündeten in das Fazit, dass Menschen nicht bloß als „gefügte Werkzeuge“ behandelt werden dürfen, auch weil „mit kleinen Menschen wahrlich keine großen Dinge vollbracht werden können“. Dem kamen in Europa skandinavische Denkströmungen am nächsten. An Kants Grundkategorie der „praktischen Vernunft“ ließen sich im auflebenden Neukantianismus des frühen 20. Jahrhunderts auch im deutschen Sprachraum weiterführende Gedanken anschließen.

Vielfältige Teilhabe Als politisches Manifest einer zweiten Erneuerungsphase kann die 1911 publizierte Schrift *Liberalism* des Soziologen Leonard Trelawny Hobhouse gelten. Er lieferte als führender Exponent des *New Liberalism* einer sozialpolitischen Reformära unter liberalen Kabinetten in Großbritannien seit 1906 die Stichworte. Wichtig dabei war seine Unterscheidung von frei disponiblen Gebrauchsgütern und Sozialpflichtigkeit überall dort, wo aus Eigentum auch Macht resultiert, also überzeugte Liberale für Machtkontrolle und Gegenmacht eintreten mussten. Kaum jemals zuvor und da-

nach wurde *Liberty* so vielgestaltig durchdekliniert wie in dem Werk von Hobhouse. Während zeitbedingte bei Mill noch die Freiheit von ungerechtfertigter Bevormundung im Vordergrund stand, ging es Hobhouse stärker um die Freiheit zu vielgestaltiger Teilhabe. Freiheit hatte ihm zufolge eine „civic“, „fiscal“, „personal“, „social“, „economic“, „domestic“, „local, racial, and national“ Dimension. Letztere war in der Kapitellüberschrift in demokratische Verbindung mit „Popular Sovereignty“ gebracht. Seit 1911 wurde solche Volkssouveränität auch unter monarchischer Staatsform in England nun endgültig im House of Commons repräsentiert, nachdem letzte Vetomacht des House of Lords beseitigt war.

Von Hobhouse wurde Mill als Brückentheoretiker vom klassischen zum modernen Liberalismus gewürdigt. Auf dem 1907 neu geschaffenen Lehrstuhl für Soziologie an der Londoner Universität stand Hobhouse auch für ein neues akademisches Fach. Vom nationalsozialen Neoliberalismus eines Friedrich Naumann in Deutschland unterschied sich Hobhouse politisch vornehmlich durch strikte Gegnerschaft zum Nationalismus und Imperialismus der Vorkriegsära. Der Naumann sozial- und nationalpolitisch ähnlichere Joseph Chamberlain war mit seinen liberalen „Unionisten“ (gegen *Home Rule* für die Iren) zugunsten des britischen Imperialismus an die Seite der Konservativen geraten. Hingegen befürwortete Hobhouse, insoweit wieder ähnlich Naumann, eine „wachsende Zusammenarbeit des politischen Liberalismus und Labour“.

Nonkonformismus Als gedanklicher Kern der Millschen Freiheitslehre kann deren sozialverträglicher Nonkonformismus hervorgehoben werden, und zwar nicht allein in religiöser Hinsicht. Den Ausgangspunkt in der Einleitung zu seiner Abhandlung *On Liberty* bildete eine Perspektive vom Individuum über seine gesellschaftliche Verflechtung bis hin zur Allgemeinheit: „Ich betrachte Nützlichkeit als letzte Berufungsinstanz in allen ethischen Fragen, aber es muss Nützlichkeit im weitesten Sinne sein, begründet in den ewigen Interessen der Menschheit als eines sich entwickelnden Wesens. Diese Interessen rechtfertigen, behaupte ich, die Überprüfung individueller Selbstbestimmung durch fremde Überwachung nur hinsichtlich solcher Handlungen der einzelnen, die den Interessenkreis anderer schneiden.“ Dies näherte sich im Ansatz bereits der Philosophie des (amerikanischen) Pragmatismus, der gleichfalls die verallgemeinerte soziale Entfaltung der Individuen, besonders durch Bildung, im Blick hatte. Denn Pragmatismus meinte nicht Theorieferne, sondern Anknüpfen der Theoriebildung an die Vielgestaltigkeit der Lebenspraxis. Folgerichtig enthielt die Schrift von Mill, über die Kapitel zur „Freiheit des Gedankens und der Diskussion“,

„international“ und „political“ Dimension. Letztere war in der Kapitellüberschrift in demokratische Verbindung mit „Popular Sovereignty“ gebracht. Seit 1911 wurde solche Volkssouveränität auch unter monarchischer Staatsform in England nun endgültig im House of Commons repräsentiert, nachdem letzte Vetomacht des House of Lords beseitigt war.

Auch wenn Begriffe allein nicht überschätzt werden sollten, ist doch auffällig, dass eine Konzentration auf die Polarität Liberalismus/Konservatismus ursprünglich explizit vor allem eine britisch-deutsche, im Kern sogar englisch-preussische Angelegenheit gewesen ist. Dort standen Konservative ursprünglich zu Thron, Altar und Grundbesitz und Liberale für Parlamentsrechte, Gewissensfreiheit und Bürgerlichkeit. Das Selbstverständnis der Reichsgründungspartei als Nationalliberale war in der Wortverwendung eher selten: Deutsche Linkliberale nannten sich „Fortschrittspartei“, „Freisinnige“ und/oder „Volkspartei“. Mit dem Bedeutungsgewinn des katholischen Zentrums, als Resultat des Bismarckschen und liberalen Kulturkampfes nach der Reichsgründung von 1871, sowie dem Aufstieg SPD nach dem Sozialistengesetz (1878-1890) war trotz des Mehrheitswahlrechts die preußisch-deutsche Übersichtlichkeit der Parteirichtungen endgültig dahin. Die Naumannsche Strategie des „gesamtliberalen“ Bündnisses mit der SPD, bei Zuweisung des Zentrums an die Konservativen, ist zugleich in der Funktion des parlamentarisierten Zweilagersystems zu verstehen.

Im Übergang zum 20. Jahrhundert hatten sich konstitutionelle Liberale in Belgien und Republikaner in Frankreich gegen eine konservativ-klerikale Rechte auch der Unterstützung von Reformsocialisten bedient. Der Kandidatur von Gewerkschaftern und Labour-Politikern für die britischen Liberalen („Lib-Labs“) zur Ablösung der konservativ-unionistischen Regierung entsprachen in Skandinavien ähnliche Tendenzen der Annäherung – mit dortiger Besonderheit, dass auch im ländlich-agrarischen Milieu starke demokratische Impulse vertreten waren. Für die insoweit ähnlich strukturierte Schweiz bildete nur die bis ins 20. Jahrhundert reichende Hegemonie ihrer Freisinnig-Demokratischen Partei einen Sonderfall. Wenn dortige „Liberale“ eher Liberal-konservative waren, entsprach das einer in vielen europäischen Ländern anzutreffenden Terminologie, die sich vom englischen Sprachgebrauch unterschieden hat. Neben antiklerikalen „freisinnigen“ und „fortschrittlichen“ Impulsen nannten sich österreichische Nationalliberale auch deshalb zum Beispiel „Deutschfreiheldliche“, weil neben dem strittigen Gesinnungs-, Verfassungs- und Wirtschaftsliberalismus die Nationalitätenkonflikte zunehmend politischen Raum beanspruchten. Hingegen war im katholischen Süden Europas der zeitweise regierende Liberalismus vornehmlich laizistisch ausgewiesen und blieb, auch wegen der Depolitiserungsstrategie der mächtigen Amtskirche, noch lange stark elitär geprägt. Den europäischen Liberalismus schlechthin hat es also kaum jemals gegeben. Das entspricht der liberalen Pragmatik des politischen Denkens wohl auch besser als doktrinaire Bemühungen um einheitliche

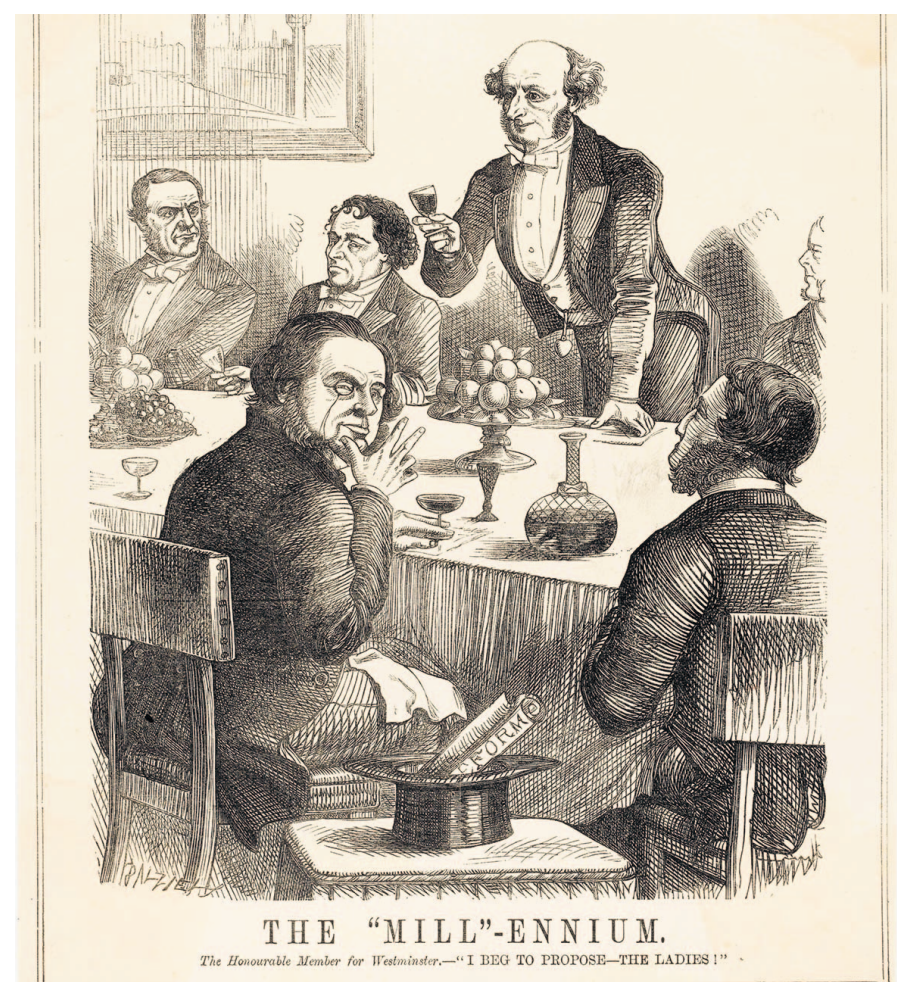
Gedankengebäude. Zu wirtschafts-, sozial- und nationalpolitischen Fragen waren Liberale kaum auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, auch weil es der inneren Logik parlamentarischer Systeme entsprach, dass Linkliberale mit Sozialdemokraten und Rechtsliberale mit Konservativen mehr Berührungspunkte aufwiesen. Nachdem es als größter Erfolg des historischen Liberalismus gelten darf, dass sich auch demokratische Sozialisten und Konservative zur „Verfassung der Freiheit“ bekennen, kann vielleicht noch Gesinnungsliberalismus gegen Konformitätserwartungen als ein Kristallisationskern verbleiben. Insoweit darf auch John Stuart Mills Freiheitslehre des sozialverträglichen Nonkonformismus, von der Zeitgebundenheit damaliger Prioritäten bereinigt, weiterhin als ein Anknüpfungspunkt des modernen Liberalismus gelten.

Der Autor ist Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin sowie Präsident der Hugo-Preuß-Stiftung und Vorstandsvorsitzender der Paul-Löbe-Stiftung Weimarer Demokratie.

Parlamännchen
Politik für Kinder

LIBERALISMUS

Liberal kommt von „liber“. Das ist Lateinisch und heißt frei. Liberalismus möchte die Freiheit jedes einzelnen Menschen ermöglichen und schützen. Jeder soll selbst entscheiden dürfen, wie er sein Leben führt, was er denkt und sagt und wie er handeln will. Der Staat und auch andere Menschen sollen ihm da keine Vorschriften machen. Die Freiheit des einzelnen Menschen hat aber eine Grenze. Sie soll die Freiheit eines anderen Menschen nicht einschränken. Damit das funktioniert, braucht es Regeln. Und es braucht auch einen Staat, der auf die Einhaltung der Regeln achtet. Die Regeln müssen für alle gleich gelten. Man nennt das auch: Herrschaft des Rechts.



Mills Eintreten für das Frauenwahlrecht war in den 1860er Jahren Ziel des Spotts: Die Karikatur zeigt ihn im Kreise seiner Mit-Abgeordneten bei einem Toast für die „Ladies“.

Anzeige

Liberalismus und Zivilcourage



Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
25. Jahrgang 2013
Herausgegeben von Eckart Conze, Joachim Scholtzky, Erich Weede, in Verbindung mit Jürgen Frölich und Ewald Grothe im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
2013, 386 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-0685-3

Das Jahrbuch blickt mit diesem Band auf ein Vierteljahrhundert seit dem ersten Erscheinen im Jahre 1989 zurück. Der Schwerpunkt wird auf „Liberalismus und Zivilcourage“ gelegt. Daneben widmen sich die Beiträge dem Phänomen Liberalismus in allen Epochen vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

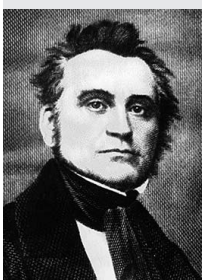
Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/21318



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

LIBERALE KÖPFE

Heinrich von Gagern



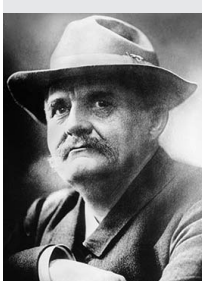
Der dem liberalen Hallgartenkreis angehörende Heinrich von Gagern wurde am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zum Präsidenten des ersten gesamtdeutschen Parlaments gewählt. Als Mitglied im Verfassungsausschuss war er maßgeblich an der Schaffung der Reichsverfassung beteiligt. Im Dezember 1848 wurde er Reichsministerpräsident. Von dem Amt trat er im Mai 1849 zurück, als das Paulskirchenparlament Auflösungserscheinungen zeigte.

Rudolf Virchow



Der Arzt Rudolf Virchow war 1861 Gründungsmitglied und Vorsitzender der Deutschen Fortschrittspartei (DFP). Er plädierte für eine liberale Gesellschaft und für eine soziale Medizin auf dem Boden naturwissenschaftlicher Aufklärung. Als Mitglied der Fraktion der Deutschen Freisinnigen Partei, die 1884 aus der Fortschrittspartei entstand, setzte sich der Reichstagsabgeordnete besonders für den Aufbau einer staatlichen medizinischen Grundversorgung ein.

Friedrich Naumann



Nach dem ersten Weltkrieg wurde Friedrich Naumann Vorsitzender der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die 1918 aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorging. Als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung gehörte er dem Ausschuss zur Beratung der Verfassung für das Deutsche Reich an. Zuvor hatte Naumann als liberaler Politiker sieben Jahre dem Reichstag angehört. Er ist Namensgeber der Friedrich Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Max Weber



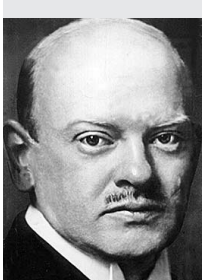
Obwohl der Soziologe Max Weber politisch erst gegen Ende seines Lebens selbst aktiv wurde, unterstützte er liberale Parteien wie den 1896 gegründeten Nationalsozialen Verein, dem auch Friedrich Naumann angehörte. Beide zählten 1918 zu dem Mitgründern der DDP. Weber wurde 1919 zum Sachverständigen der deutschen Delegation bei der Friedenskonferenz zum Versailler Vertrag berufen.

Walther Rathenau



Der jüdische Unternehmer Walther Rathenau trat 1918 in die liberale DDP ein. 1921 wurde er Reichsminister für Wiederaufbau in der Weimarer Republik. 1922 folgte dann die Ernennung zum Reichsaußenminister. Rathenau setzte in seiner Tätigkeit auf Ausgleich und Diplomatie, was in diametralem Gegensatz zu den Ansichten der Feinde der Weimarer Republik stand. Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau in Berlin auf offener Straße von Rechtsradikalen ermordet.

Gustav Stresemann



Im August 1923 wurde Gustav Stresemann, der Mitbegründer der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP), Reichskanzler einer Großen Koalition von DVP, Zentrum, DDP und SPD, die jedoch nach wenigen

Monaten zerbrach. Bis zu seinem Tod 1929 Außenminister, suchte er durch Annäherung an Frankreich die außenpolitische Isolation des Deutschen Reiches aufzubrechen. 1926 erhielt er zusammen mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand den Friedensnobelpreis. hau



Der Wahltag in Berlin. Die Deutsche Volkspartei am Potsdamer Platz.

Wahlkampf im Januar 1919: Werbung der Deutschen Volkspartei (DVP) in Berlin zur Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung

Abspaltungen und Fusionen

GESCHICHTE Die wechselvolle Entwicklung der liberalen Parteien in Deutschland bis 1933

Die Liberalen waren Erben der Ideen der Französischen Revolution, etwa der Forderung nach Freiheit und Gleichheit. Auch in der Frankfurter Nationalversammlung gab es 1848 eine Reihe liberaler Gruppen, von denen die konstitutionell-liberalen mehr zu den Konservativen und die parlamentarisch-liberalen mehr zur Linken tendierten. Heinrich von Gagern gelang es, beide Flügel hinter sich zu versammeln und so eine Mehrheit für die Idee einer Erbmonarchie zu gewinnen, doch der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnte die angebotene Kaiserkrone ab.

Kurze Dominanz Als erste Partei in Deutschland wurde 1861 die liberale Deutsche Fortschrittspartei gegründet. Zu ihren Mitgliedern gehörten der Mediziner Rudolf Virchow, der Historiker Theodor Mommsen, der spätere SPD-Vorsitzende Paul Singer und der Industrielle Werner Siemens. Die Partei stellte die größte Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus, doch diese Dominanz war nur von kurzer Dauer. Das wichtigste Recht des Parlaments war damals das Budgetrecht. Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck hatte sich darüber hinweg gesetzt und die von ihm geforderte Militärreform ohne genehmigtes Budget durchgeführt. Das Indemnitätsgesetz, das dieses Vorgehen im Nachhinein billigen sollte, wurde 1866 von den Konservativen gebilligt, von der Fortschrittspartei aber abgelehnt, woraufhin 15 Abgeordnete, unter ihnen Eugen Lasker, Johannes von Miquel

und Ludwig Bamberger, austraten und 1867 die Nationalliberale Partei gründeten, die dann zu einer Hauptstütze von Bismarcks Politik wurde. Die Proklamation des Deutschen Kaiserreichs 1871 war ein Akt der deutschen Fürsten, Volksvertreter waren nicht daran beteiligt. Unterstützt wurde diese Reichsgründung von oben von den Konservativen und den Nationalliberalen. Sie gingen auch als Sieger aus den ersten Reichstagswahlen hervor und waren in den ersten Jahren die wichtigsten Stützen für die Politik des nunmehrigen Reichskanzlers Bismarck. Die junge sozialdemokratische Partei lehnte die neue Staats- und Verfassungsordnung ab, und gegen das katholische Zentrum führte Bismarck einen „Kulturkampf“. Doch 1879 kam es zu einem Systemwechsel: Nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen war bereit, die neue Schutzzollpolitik mitzutragen, die vor allem den Interessen der Schwerindustrie und der Großagrarier diente, weshalb Bismarck sich fortan auf die Konservativen und nun auch das Zentrum stützte.

Kriegskurs unterstützt Von diesem Bedeutungsverlust erholte sich die Nationalliberale Partei nicht. Bei der Reichstagswahl 1881 verlor die Partei mehr als die Hälfte aller Sitze. Im Jahr zuvor hatten 28 Abgeordnete, die für mehr Unabhängigkeit von Bismarck eintraten und auch dem gegen die SPD gerichteten Sozialistengesetz kritisch gegenüberstanden, die Partei verlassen und die Liberale Vereinigung gegründet. Diese Vereinigung schloss sich 1884 mit der noch immer existierenden Deutschen Fortschrittspartei zur

Deutschen Freisinnigen Partei zusammen. Allerdings kam es 1893 erneut zu einer Spaltung in die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung. Streikpunkt war wiederum eine Militärvorlage. 1910 fusionierten die beiden linksliberalen Parteien dann zur Fortschrittlichen Volkspartei. Der evangelische Theologe Friedrich Naumann hatte 1896 den Nationalsozialen Verein gegründet, der zunächst Nationalsozialistischer Verein heißen sollte, um seine arbeiterfreundliche Haltung noch deutlicher zu akzentuieren. Der Begriff Nationalsozialismus kennzeichnete ursprünglich eine konservative Antwort auf die sozialen Probleme der industrialisierten Gesellschaft, die internationalistisch orientierte Arbeiterschaft sollte in die nationale Gemeinschaft integriert werden. Naumanns Nationalsozialen Verein blieb allerdings der Erfolg in der politischen Arena versagt, 1903 schloss er sich der Freisinnigen Vereinigung an. Im Ersten Weltkrieg unterstützten die Liberalen wie alle anderen Parteien den Kriegskurs der Regierung und bewilligten die nötigen Kriegskredite. Als aber 1917 eine Friedensresolution mit dem Ziel eines Verständigungsfriedens im Reichstag zur Abstimmung stand, wurde sie von der Fortschrittlichen Volkspartei ebenso unterstützt wie von der SPD und vom Zentrum. Es waren diese drei Kräfte, die dann die Weimarer Republik und ihre Verfassung trugen. Bei der Wahl zur Na-

tionalversammlung 1919 war die Zustimmung für sie mit insgesamt 76,2 Prozent der Stimmen sehr groß, doch dieser Erfolg ruhte auf Treibsand. Schon bei der ersten Reichstagswahl ein Jahr später erreichten die drei zusammen nur noch 43,6 Prozent. Nach Kriegsende hatten die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei zunächst über die Gründung einer gemeinsamen Partei verhandelt, jedoch keine Einigung erzielt. So konstituierten sich die Nationalliberalen unter der Führung von Gustav Stresemann als Deutsche Volkspartei (DVP), während die Linksliberalen sich in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sammelten. Die DDP bot vielen eine Heimat, die im Ersten Weltkrieg versucht hatten, der Vernunft eine Stimme zu verleihen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten die Publizisten Theodor

Die Dominanz der ersten in Deutschland gegründeten Partei war nur von kurzer Dauer.

Heuss und Theodor Wolff, die Professoren Max und Alfred Weber, der „Vernunftrepublikaner“ Friedrich Meinecke und der bürgerliche Pazifist Ludwig Quide. Auch der Völkerrechtler Walther Schücking spielte eine wichtige Rolle in der Partei. Er hatte sich während des Krieges für die Idee eines Völkerbundes eingesetzt, wurde 1919 in die deutsche Delegation für die Verhandlungen über den Versailler Friedensvertrag berufen und war ab 1930 als einziger Deutscher als Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag tätig.

Unter den Gründern der DDP waren zahlreiche Juden, neben Theodor Wolff zum Beispiel Julius Bab, Albert Einstein und der Zeitungverleger Rudolf Mosse. Auch in der Wählerschaft war diese Bindung stark. Etwa 60 Prozent der wahlberechtigten Juden wählten die DDP. Zwei jüdische Parteimitglieder von herausragender Bedeutung waren Walther Rathenau und Hugo Preuß. Der Staatsrechtler Preuß war als Jude nicht auf eine Professur berufen worden, hatte sich gleichwohl intensiv an Diskussionen über eine Verfassungsreform beteiligt und nach dem Sturz des Kaiserreichs dazu aufgerufen, eine „auf der Gleichberechtigung aller Volksgenossen ruhenden politisch-demokratischen Organisation“ zu schaffen. Als Innenminister hatte er maßgeblichen Anteil an der Verfassung der Weimarer Republik.

Massive Verluste Der Liberalismus blieb in der Weimarer Republik gespalten. Beide Parteien waren bis zur Zeit der Präsidialkabinette, die 1930 begannen, in fast allen Reichsregierungen vertreten, verloren aber zugleich nahezu jede Unterstützung in der Bevölkerung. 1919 hatten DVP und DDP bei der Wahl zur Nationalversammlung zusammen 23 Prozent der Stimmen erreicht, 1933 waren es nur noch 1,9 Prozent. Diese dramatischen Verluste sind symptomatisch für den Niedergang der ersten deutschen Demokratie. Ihr folgte die nationalsozialistische Diktatur, ein totalitäres System, das die Illiberalität zum Prinzip erhob. Ernst Piper

Der Autor ist Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Überläufer, Emigranten, Widerständler

NS-ZEIT Nach der Weimarer Republik lösten sich DStP und DVP auf. Beider Mitglieder gingen in der Diktatur sehr unterschiedliche Wege

Am 22. März 1933 trafen sich fünf Reichstagsabgeordnete in ihrem Berliner Partei-Klubhaus, um zu beraten, wie sie sich am nächsten Tag bei der Abstimmung über das von neuen Reichskanzler Adolf Hitler und seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) vorgelegten „Ermächtigungsgesetz“ verhalten sollten. Die Handvoll Männer, unter ihnen Theodor Heuss, Ernst Lemmer und Reinhold Maier, bildeten die Mini-Fraktion der Deutschen Staatspartei (DStP), die durch Umbenennung 1930 der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gefolgt war. Die Runde war sich nicht einig. Drei wollten mit Ja stimmen, zwei mit Nein. Einer der beiden war Heuss. Gegen seine Überzeugung beugte er sich der Fraktionsdisziplin und stimmte dem Gesetz zu, mit dem sich das Parlament der NS-Diktatur auslieferte. Heuss, der später erster Bundespräsident wurde, gehörte zu einer Generation liberaler Politiker, die Hitler offenbar unterschätzte. Sie litten unter der braunen Barba-

rei und verabscheuten die Judenverfolgung, ohne aktiven Widerstand zu leisten. Einige flüchteten ins Ausland wie der frühere Reichsinnenminister und DDP-Vorsitzende Erich Koch-Weser. Als die Nazis ihm die Zulassung als Anwalt entzogen, emigrierte er nach Brasilien. Andere gingen in der Heimat in die innere Emigration. In der Weimarer Republik war der politische Liberalismus gespalten. Die linksliberale

DDP stand zur Demokratie und wollte den Brückenschlag zur SPD. Die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) tendierte mehr zu den nationalkonservativen Kräften. Schon gegen Ende der 1920er Jahre suchte sie das Bündnis mit der rechtskonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der NSDAP. Nach der „Machtergreifung“ liefen Mitglieder beider liberalen Parteien zur Nazi-Partei über, etwa der DVP-

Reichstagsabgeordnete Otto Keinath und der Bankier Hjalmar Schacht (ehemals DDP), der 1934 Reichswirtschaftsminister wurde. DVP-Vizechef Otto Hugo rief seine Partei auf, geschlossen in die NSDAP zu wechseln. Aber die legte keinen Wert auf Unterstützung. Durch Selbstauflösung kamen DStP und DVP ihrem Verbot zuvor.

Verbindungen zu Goerdeler Gleichwohl gab es Liberale, die sich der NS-Diktatur widersetzen. Der Berliner Architekt Erich Gloaden (DDP) wurde im November 1944 hingerichtet, weil er Fritz Lindemann, einem Hauptbeteiligten des Attentats vom 20. Juli 1944, bei dessen Flucht vor der Gestapo Unterschlupf gewährt hatte. Der frühere Reichswirtschaftsminister Eduard Hamm (DDP) hatte Kontakte zur Widerstandsbewegung um Leipzigs Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler und war in dessen Schattenkabinett als Landesverweser für Bayern vorgesehen. Er wurde verhaftet und beging nach Misshandlungen bei einem Gestapo-Verhör Selbstmord. Auch der DDP-Politiker Fritz Elsas, von 1931 bis 1933 Bürgermeister von Berlin, hatte Verbindungen zu Goerdeler und versteckte ihn nach dem gescheiterten Attentat. Im August 1944 wurde Elsas verhaftet, gefoltert und im KZ Sachsenhausen ohne Gerichtsurteil erschossen.

Ein anderer Widerständler war der Hamburger Rechtsanwalt Friedrich Ablas. Mit linksliberalen Parteifreunden der DStP gründete er einen regimiekritischen Gesprächskreis, die ihre Zusammenkünfte als gesellige Herrentreffen tarnte. Tatsächlich ging es darum, sich über Meldungen des britischen „Feindsenders“ BBC auszutauschen und Hilfe für verfolgte Freunde zu organisieren. Die Gruppe bildete nach dem Krieg die Kernzelle der Hamburger FDP.

Pläne zur Nachkriegsordnung Ähnlich organisiert war eine liberale Widerstandsgruppe, die mit den Namen des jüdischen Kaufmanns Hans Robinsohn und des Richters Ernst Strassmann verbunden ist. Die rund 60 Mitglieder, zumeist vom linken DDP-Flügel, schmiedeten Pläne zur Nachkriegsordnung und informierten Kontakteleute im Ausland über Widerstandsgruppen in der deutschen Zivilbevölkerung. Verbindungen gab es auch zum Kreisauer Kreis und zum deutschen militärischen Widerstand. Robinsohn flüchtete 1938 nach Dänemark, Strassmann wurde zwar verhaftet, überlebte aber. Weil sie konspirative Regeln strikt beachtete, wurde die Gruppe von der Gestapo nicht enttarnt. Peter Pragal

Der Autor lebt als freier Journalist in Berlin.



Ex-DDP-Chef Erich Koch-Weser (links) emigrierte 1933 nach Brasilien. Hjalmar Schacht, 1918 noch DDP-Mitbegründer, wurde 1934 Reichswirtschaftsminister unter Hitler.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der große Liberale Ralf Dahrendorf notierte im Jahre 1995: „Die Währungsunion ist ein großer Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet.“ Der Euro hat nicht nur Unfrieden zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesät; er hat auch den politischen Liberalismus zutiefst zersplittert. In der FDP hat vor zwei Jahren eine Mitglieder-Abstimmung über die Euro-Politik stattgefunden. Eine knappe Mehrheit hat sich hinter die Parteiführung gestellt, die den Merkelschen Euro-Stützungskurs als Koalitionspartner weiterführen wollte. Eine starke Minderheit stimmte für eine Beendigung dieses Kurses. Hätte sich diese Minderheit durchgesetzt, hätte die FDP damals die Koalition mit der Union möglicherweise verlassen. Der Regierungskurs wäre im Rahmen einer Großen Koalition weitergeführt worden. Man kann vermuten, dass die FDP aus der Opposition heraus und in Opposition zur Euro-Politik der Bundesregierung in der letzten Bundestagswahl einen ähnlich großen Zulauf bekommen hätte wie vier Jahre zuvor, unterstellt, es gibt nach wie vor in der Bevölkerung einen großen Unwillen gegen die Euro-Politik der Regierung.

Die CDU und die CSU haben dennoch einen großen Wahlerfolg erzielt. Unter dem Aspekt der Euro-Politik war sie für den Wähler vor allem das „kleinere Übel“, offenbar weil viele Wähler erwarteten, dass eine rot-grüne Regierung die deutsche Euro-Spendierfreudigkeit massiv gesteigert hätte. Zusammen mit der guten Wirtschaftslage mag dies Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auch manche Wählerstimme der Euro-Skeptiker zugeführt haben. Dass die AfD aus dem Stand beinahe die Fünf-Prozent-Hürde geschafft hat, zeigt einen nach wie vor bestehenden Unmut mit der Euro-Stützpolitik der etablierten Parteien, inklusive der FDP.

Liberale Spaltung Es soll hier nicht um die Details der Euro-Politik gehen. Verweisen sei allerdings auf die Spaltung des Liberalismus im Zuge der Maßnahmen zur Stützung des Euros, die derjenige nicht unähnlich ist, welche durch die Bismarcksche Politik im 19. Jahrhundert hervorgerufen wurde. Damals spaltete sich der politisch organisierte Liberalismus in einen pragmatischen Pro-Bismarck-Flügel, die Nationalliberalen, und in einen prinzipienorientierten Flügel, die Fortschrittspartei. Deren Vorsitzender, Eugen Richter, sagte im Jahre 1878: „Der Kleinbürger zitiert Schillers Marquis Poser; er kann das Wort ‚Sire‘ einigermaßen aussprechen, sogar das Wort ‚Gedankenfreiheit‘ stotterfrei, aber er will doch immer wieder den starken Staat. Werden diese Leute je im Jahre 1848 ankommen? Sind sie nicht längst auf dem Rückweg zu Philipp II? Bedenkt man den deutschen Geschichtsverlauf in den nachfolgenden Jahrzehnten, so spricht doch einiges für die Hellsichtigkeit Eugen Richters.“

Keine Experimente Welche Lehre soll der politische Liberalismus aus diesen Ereignissen ziehen? Wahlprogramme werden vom Wähler zu Recht mit großer Skepsis aufgenommen. Die Opposition hat Angela Merkel vorgeworfen, sich um programmatische Aussagen zu drücken. Das war sehr klug von der Bundeskanzlerin, denn sie konnte einfach auf die gute Wirtschaftslage in Deutschland verweisen und – in verklausulierter Form – das sagen, was Konrad Adenauer in den Jahren des Erhard'schen Wirtschaftswunders verkündete: „Keine Experimente.“ Dem liberalen Lager ist entsprechend der Bibelspruch zu empfehlen: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“



Die Euro-Rettung sorgt für Zwist in der FDP. Der Ex-Abgeordnete Frank Schäffler (links) und der zurückgetretene Parteichef Philipp Rösler

Vorbild Schweiz

ZWISCHENRUF Die erfolgreiche Politik des Nachbarn trägt eine liberale Handschrift und setzt auf die Vorteile der Subsidiarität

Die Liberalismus könnte seine Programmatik an der nachgewiesenen Leistung der Schweiz im Vergleich zu den anderen Ländern ausrichten. Und er sollte die Wählerschaft auf diese Leistungen hinweisen. Als Beispiel zwei Nachbarländer: Frankreich und die Schweiz. Die höchst problematische Wirtschaftssituation Frankreichs ist allgemein bekannt: instabile Staatsfinanzen, sehr geringer Anteil des exportorientierten produzierenden Gewerbes, hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Jugend. Ein Vergleich der Wahlprogramme des linken Lagers in Deutschland mit den gültigen Gesetzen in Frankreich bringt ein frappierendes Ergebnis. Die Reformvorschlüsse des linken Lagers laufen im Kern auf eine Nachahmung des französischen gesetzlichen Mindestlohn in ähnlicher Höhe wie in

Frankreich, Einführung von Vermögenssteuern, noch striktere Reglementierung des Arbeitsmarktes, höhere Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer, dazu Ausbau der Finanzierung des Gesundheitswesens zu einer zweiten Einkommenssteuer (die „Bürgerversicherung“), sodass im Endeffekt die Grenzsteuerbelastung für viele Mittelständler ähnlich hoch wäre wie in Frankreich.

Liberale Handschrift Andererseits die Schweiz. Es gibt praktisch keinen Leistungsindikator, in dem Deutschland besser dasteht als die Schweiz. Dort herrscht Vollbeschäftigung; mehr noch als Deutschland ist die Schweiz im Vergleich zu ihrer Größe „Exportweltmeister“. Der Exportüberschuss beträgt bei der Schweiz zehn Prozent, bei Deutschland sieben Prozent des

Bruttoinlandsprodukts. Die industrielle Stärke der Schweiz ist beachtlich. Die Infrastruktur ist besser als in Deutschland. Die Schweiz hat pro Millionen Einwohner die meisten Nobelpreisträger der Welt. Die Politik in der Schweiz wird aber seit mehr als einem Jahrhundert maßgeblich von den Parteien des liberalen Lagers gestaltet. Seit weit über hundert Jahren ist die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) Teil der Schweizerischen Bundesregierung. Den Hinweis auf den Leistungsunterschied zwischen der Schweiz und Frankreich könnte das liberale Lager in Deutschland erstens für die eigene Programmatik verwenden und zweitens als Werbung für die eigene Position nutzen. Auf eine einfache Formel gebracht: Frankreich ist aus liberaler Sicht überzentralisiert und vehement dirigistisch; die Schweiz nutzt systematisch die Vorteile der Subsidiarität.

Mehr Föderalismus Otto Graf Lambsdorff hat – nicht zuletzt wegen der guten Erfahrungen in der Schweiz und in den USA – sich jahrelang dafür eingesetzt, den deutschen Föderalismus in einen wirklichen Föderalismus umzuwandeln. Dazu gehört die Steuerautonomie der Bundesländer, so wie in der Schweiz und in den USA, wo man ja auch je nach Kanton oder Einzelstaat unterschiedliche Einkommenssteuern bezahlt. Und es gehört zu diesem Vorschlag dazu, dass der Bund für die Schulden der Länder nicht eintritt. Umgekehrt würde dann auch die Entscheidungsautonomie der Bundesebene nicht durch Vetos der Bundesländer blockiert, da der Bereich der zustimmungspflichtigen Gesetze wesentlich eingeschränkt werden könnte. Von der Schweiz und ihrer im Kern liberalen Politik kann man viel lernen. Die großen Vorteile einer direkten Demokratie gehören dazu. Anders als in Deutschland ist deshalb auch die „politische Klasse“ sehr viel enger verborgen in die Lebenswelt der Bürger. Die bisherige Bundestagsfraktion der FDP bestand ganz überwiegend aus reinen Berufspolitikern. Die Schweizer Parlamentarier folgen demgegenüber der Empfehlung Milton Friedmans: Wer sich wirklich in der Politik engagieren wolle, der solle sie nicht zum Beruf machen, sondern zur Nebenbeschäftigung. Er solle sich einen Job holen, ein gesichertes Einkommen abseits der Politik. Der liberale Schweizer Wirtschaftsminister ist Teilhaber und früherer Leiter eines großen exportorientierten Maschinenbau-Unternehmens in Familienbesitz. Wenn ein Wirtschaftsminister mit diesem Standing mit dem Rücktritt droht, dann knickt jeder Regierungschef ein – und die Interessen des Mittelstandes werden durchgesetzt. Und gerade das ist entscheidend für die weitere Prosperität Deutschlands. Die FDP sollte sich ihre Mandatsträger aus den Leistungseliten der Gesellschaft, insbesondere dem wirtschaftlich aktiven Mittelstand holen.

Was Europa betrifft, so liegt die Programmatik ebenfalls nahe: Subsidiarität, Subsidiarität und nochmal Subsidiarität. Mit dem konsequenten Eintreten für diese Maxime ist es nicht zuletzt der Alternative für Deutschland gelungen, allen Parteien, insbesondere aber der FDP Wählerstimmen abzunehmen. Das Einsteigen für die Schulden anderer Mitgliedstaaten hat mit Subsidiarität nichts zu tun.

Carl Christian von Weizsäcker

Der Autor ist ermittelter Professor für Volkswirtschaft und Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Weizsäcker war bis Ende 2011 Mitglied der Grundsatzkommission der FDP („Karlsruher Freiheitsthesen“).

LIBERALE KÖPFE

Theodor Heuss

Der 1884 geborene Theodor Heuss war der erste Vorsitzende der 1948 gegründeten FDP. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates war er an der Ausarbeitung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Sein 1949 für den ersten Bundestag errungenes Abgeordnetenmandat legte Heuss nieder, da ihm im gleichen Jahr die Bundesversammlung zum ersten Bundespräsidenten wählte. Das Amt übte er bis 1959 aus. Theodor Heuss starb 1963.



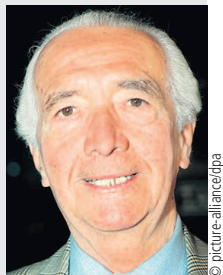
Thomas Dehler

Auch Thomas Dehler war Mitglied des Parlamentarischen Rates. In der ersten, von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) geführten Bundesregierung übernahm der 1897 geborene Jurist das Amt des Bundesjustizministers, dass er von 1949 bis 1953 innehatte. Nachdem er 1953 den Fraktionsvorsitz der FDP im Bundestag übernommen hatte, wurde er ein Jahr später Bundesvorsitzender der Liberalen. Nach der Wahlniederlage 1957 trat er zurück. Dehler starb im Jahr 1967.



Erich Mende

Der 1916 geborene Erich Mende gehörte von 1949 bis 1980 dem Bundestag an. Aus Protest gegen die Ost-Politik der sozial-liberalen Bundesregierung verließ er 1970 die FDP und trat der CDU bei. Zuvor war Mende von 1957 bis 1963 Vorsitzender der FDP-Fraktion, ehe er 1963 Vizekanzler und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen im Kabinett von Kanzler Ludwig Erhard (CDU) wurde. Von 1960 bis 1968 war Mende Bundesvorsitzender der FDP. Er starb 1998.



Hans-Dietrich Genscher

Als 25-Jähriger verließ Hans-Dietrich Genscher im Jahr 1952 die DDR. In der Bundesrepublik schloss er sich der FDP an, für die er 1965 in den Bundestag einzog. Von 1969 gehörte er als Innenminister (bis 1974) und später als Außenminister (bis 1992) verschiedenen Bundesregierungen an. Zugleich war er von 1974 bis 1985 Bundesvorsitzender der FDP, die ihn 1992 zum Ehrenvorsitzenden ernannte.



Otto Graf Lambsdorff

1977 wurde der fünf Jahre zuvor für die FDP in den Bundestag gewählte Otto Graf Lambsdorff Wirtschaftsminister unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition 1982 behielt er sein Amt, welches er fortan unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) ausübte, ehe er 1984 zurücktrat. Als FDP-Vorsitzender amtierte Graf Lambsdorff von 1988 bis 1993. Danach ernannte auch ihn die Partei zum Ehrenvorsitzenden. Otto Graf Lambsdorff starb 82-jährig im Jahr 2009.



Hildegard Hamm-Brücher

Hildegard Hamm-Brücher wurde 1994 von der FDP als erste Frau überhaupt für die Bundespräsidentenwahl nominiert. Sie unterlag jedoch dem CDU-Kandidaten Roman Herzog. Zuvor hatte die 1923 geborene Hamm-Brücher in der sozial-liberalen Koalition als Staatssekretärin im Bildungsministerium (1967-1969) sowie im Auswärtigen Amt (1976-1982) gearbeitet. Dem Bundestag gehörte Hildegard Hamm-Brücher bis 1990 an. 2002 verließ sie aus Enttäuschung über den Kurs der Partei die FDP.



Mitverantwortlich, aber nicht die führende Kraft

LDPD Die Liberal-Demokraten im Osten nutzten mehr als die anderen Blockparteien am Ende der DDR die kleinen Freiräume des Unrechtsstaats

Bei der ersten und letzten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 erreichte das auf Bonner FDP-Druck zusammengesetzte Wahlbündnis „Bund Freier Demokraten“ (BFD) nur 5,3 Prozent der Stimmen. Die FDP-Führung unter Otto Graf Lambsdorff hatte sich mehr versprochen. Aber letztlich war das nur die Quittung für ein Verfahren, das schon damals die Würde vieler ehemaliger Mitglieder der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) beschädigte, deren Parteiloyalität man bei den Verhandlungen mit den neuen liberalen Miniparteien DDR-FDP und Deutsche Forum-Partei (DFP) politisch erpresste und in ein solches „Bündnis“ zwang.



LDPD-Chef Manfred Gerlach redet beim Parteitag im April 1987 in Weimar.

Irritationen über Gerlach Die LDPD zählte um die Jahreswende 1989/90 rund 115.000 Mitglieder. Ihr langjähriger Vorsitzender Manfred Gerlach (1928-2011) war auf dem Dresdener Parteitag im Februar 1990 mit Standing Ovationen verabschiedet worden; nur die FDP-Führung blieb demonstrativ sitzen. Sie wollte einer ehemaligen „Blockflöte“ keine Ehrung zuteilwerden lassen. Dabei hatte Gerlach als erster Politiker der alten Garde ab 1987/88, deutlich vor der Wende, seine Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen kundgetan und versucht, als Reformator den realen DDR-Sozialismus menschenfreundlicher zu gestalten. Zum Unwillen der SED, die von diesen politischen Lockerungsübungen eines leitenden Mannes der „befreundeten Parteien“ mehr als irritiert war. Abweichendes Verhalten verstieß gegen ihren Wahrheitsan-

spruch und gegen ihre verfassungsmäßig garantierte führende Rolle im Staat. Blockparteien hatten zu parieren, erhielten ihre geringen Freiräume und bestimmte Geldsummen von der SED zugeteilt. Aus den Bereichen der Innen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Außenpolitik und auch aus der Bildungspolitik wurden sie ferngehalten, sie hatten sich im Wesentlichen auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken. Auch die LDPD konnte sich spätestens seit Anfang der 1950er Jahre dagegen nicht mehr wehren, der SED-Staat hätte offenen Widerspruch als Widerstand gedeutet und entsprechend reagiert. Erst in den letzten Jahren der DDR ergaben sich kleinere Freiräume.

Und die nutzten Manfred Gerlach und seine Anhänger in der LDPD, mehr als die anderen Parteien. Was seiner Partei Sympathien und deutlichen Mitgliederzuwachs brachte. Die LDP(D) war im Sommer 1945 als nicht-sozialistische, betont gesamtdeutsche, parlamentarisch-demokratisch orientierte und religiös neutrale Partei von den Sowjets in ihrem Besatzungsgebiet zugelassen worden – unter der Bedingung, der „Einheitsfront“ bzw. dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien beizutreten. Was die Anerkennung des „Blocksystems“ einschloss, das keine Mehrheitsentscheidungen zuließ, sondern nur auf einstimmige Beschlüsse setzte. Einer

dieser Beschlüsse erwies sich als verheerend: Die von der SED und Sowjets 1950 erzwungene Zustimmung zu Einheitslistenwahlen, die bis 1989 abgehalten wurden und nahezu hundertprozentige „Wahlergebnisse“ produzierten. An diesen Praktiken waren alle Blockparteien beteiligt und wurden so mitschuldig an den versteinerten politischen Verhältnissen bis 1989. Ursächlich waren sie aber für diese Zustände nicht verantwortlich. Frühe LDP(D)-Mitglieder, die später im Westen eine wichtige Rolle in der FDP spielten, hätten darauf mehr hinweisen können: Etwa Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick oder Hans-Günter Hoppe. Aus dem Bündnis zur Volkskammerwahl 1990 entstand danach ein mehr oder weniger fester „Bund Freier Demokraten – Die Liberalen“, dem Ende März 1990 die sich auflösende DDR-Blockpartei NDPD („National-Demokratische Partei Deutschlands“) beigetreten war, während die beiden liberalen Miniparteien DDR-FDP und DFP an ihrer Selbstständigkeit zunächst festhielten. Im August 1990 vereinigten sich der „Bund“, die DDR-FDP und die DFP auf Wunsch der Bonner Liberalen in Hannover zur gesamtdeutschen FDP. Der Delegiertenschlüssel für den Parteitag kam unter abstrusen Umständen zustande, weil die Angaben über die Mitglieder der zwei liberalen Kleinparteien nur auf Behauptungen und Vermutungen basierten. Der „Bund“ aus ehemaligen LDPD- und NDPD-Mitgliedern unter seinem neuen Chef Rainer Ortleb wehrte sich dagegen, konnte sich aber

gegenüber den Bonnern nicht durchsetzen. Wie überhaupt der Druck und die Steuerungsversuche durch die FDP-Führung auf die Ost-Liberalen zunahm. In den 1990er Jahren übernahmen Ex-Mitglieder des „Bundes“ bzw. der LDPD einige leitende Parteifunktionen in der gesamtdeutschen FDP bzw. wurden Bundesminister wie Ex-LDPD-Mann Ortleb. Doch das blieb Episode. So wie die Wahlergebnisse in den neuen Ländern, die zunächst zufriedenstellend waren und Regierungsbeteiligungen einschlossen; inzwischen ist die FDP nur noch in Sachsen in einer Regierungskoalition mit der CDU vertreten. In den Landtagen von Thüringen und Brandenburg hat sie zudem bis heute Fraktionen.

Nach der Fusion von West- und Ostliberalen im Sommer 1990 zählte die FDP 170.000 Mitglieder, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verließen aber Zehntausende ehemalige LDPD- und NDPD-Mitglieder die Partei wegen ihres wirtschaftsliberalen Kurses und weil sie sich als Parteifreunde zweiter Wahl empfanden; inzwischen gehören der FDP weniger als 60.000 Bürger an.

Peter Joachim Lapp

Der Autor war Redakteur beim Deutschlandfunk und hat mehrere LDPD-Parteitage besucht.



Vom Winde verweht

FDP I Die vom Wähler gedemütigte Partei sieht keinen Grund für eine Öffnung hin zu den Euro-Kritikern

Sie waren dann mal weg. Wer am Wahlabend des 22. September die offizielle Party der FDP am Berliner Alexanderplatz suchte, fand kurz nach 23 Uhr niemanden mehr vor. Die Bühnenarbeiter schraubten schon an ihren Metallstangen, und die Kellner teilten freizügig in Vitrinen gestapelte Mozzarellabrotchen aus, aber den spanischen Weißwein, den wollten sie nicht mehr entkorken. Nur Volker Zastrow, Parteivize aus Sachsen, saß verloren im stadiongroßen Berliner Congress Center (BCC) auf einem Hocker und scharte eine Handvoll Journalisten um sich, streute Durchhalteparolen. Er hat ja 2014 eine Landtagswahl zu bestreiten. Ein Schock lag über dem BCC.

Planen beim Italiener Andere schalteten zur gleichen Zeit schon in den Planungsmodus. FDP-NRW-Landes- und Fraktionschef Christian Lindner aß beim Italiener und ging seine Bewerbungsrede für den Chefposten am folgenden Tag durch – und im Kopf von Jörg Paschedag ratterten die Zahlen. Nicht die der Hochrechnungen, sondern der Geldprobleme, die auf seine Partei zukommen. Heute, über einen Monat später, hat für den Bundesgeschäftsführer die Aufräumarbeit längst begonnen.

Ein Besuch bei der FDP-Parteizentrale in Berlin-Mitte ließe sich leicht in tristen Tönen beschreiben. Da ist der verrauchte Hauseingang, die Türklingel erinnert an ein Geisterhaus, und auf den Fluren kaum eine Seele. „Viele bummeln ihren Resturlaub ab“, sagt ein Mann, der rasch in einem Büro verschwindet. Doch dies ist nur die eine Seite. Links und rechts arbeitet man schon an der neuen FDP. „Wir haben in den vergangenen Wochen alles in Frage gestellt“, sagt Paschedag, „auch einen Auszug aus dem Thomas-Dehler-Haus“. Die Liberalen nach Marzahn? Dies wäre an Symbolik wohl zu stark, die Partei wird ihre Zentrale in der Reinhardtstraße in Steinwurfnähe zu Verbänden und Institutionen nicht verlassen. Doch Sparen ist jetzt angesagt. Im Wahlkampf arbeiteten hier 40 Leute, jetzt wird der Personalstamm auf 20 Mitarbeiter zurückgestutzt; alle Abteilungsleiter müssen gehen. „Mit den bleibenden Mitarbeitern werden wir über Gehaltsreduzierungen reden.“

Jörg Paschedag legt Wert auf Bekenntnis: Im dunklen Sakko überm weiß-gelb karierten Hemd steckt ein gelbes Tuch mit blauen Punkten, ein Spiel mit den Parteifarben. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich Akten. „Wir haben bereits auch betriebsbedingte

Kündigungen aussprechen müssen.“ In der Krise sieht er eine Chance. „Abteilungen im klassischen Sinne wird es nicht mehr geben. Die Referenten werden Querschnittsbereiche bearbeiten und sich auch in der Kommunikation engagieren.“ Paschedag feilt an Konzepten, wie sich die Dutzenden von Experten einbringen könnten, die in den Abgeordnetenbüros und Bundesministerien arbeiteten und sich nun verstreuen. „Wir wollen mit ihnen Netzwerke und Themengruppen schaffen, damit es ein Zusammenspiel mit der Parteiführung geben kann“, schwebt ihm vor. Die wie vom Winde verwehten ehemaligen Mitarbeiter müssen unentgeltlich eingebunden werden – eine Herausforderung, aber auch eine Chance für Idealisten. Zwei gemeinsame, gut besuchte Abende habe es schon gegeben.

Die Partei steht vor einer Herkulesaufgabe. Außerparlamentarische Opposition – das muss sie erstmal lernen. Wie schwer es ist, sich aus Machtlosigkeit heraus Gehör zu verschaffen, erfahren die Liberalen derzeit bei der Debatte um abgehörte Kanzlerhandys und Datenschutz. Eigentlich ein Parade-thema für die FDP, aber die wenigen Statements dringen nicht durch. Dies offenbart indes ein Grundproblem, das die FDP schon früher hatte.

Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach arbeitete nach der Bundestagswahl heraus, dass die Kernthemen Bürgerrechte, Datenschutz oder Bildung und Forschung von den Wählern weniger mit der

FDP in Verbindung gebracht werden. In der öffentlichen Wahrnehmung versteifte sich die Partei auf Wirtschaftsförderung, auf den Widerstand gegen Steuern und auf den Mittelstand. Das allein reichte nicht. Zumal die Liberalen in der vergangenen Legislatur als Regierungspartei zu liefern hatten: Man habe sich in 18 von 19 Punkten durchgesetzt, hatte Parteichef Guido Westerwelle seinerzeit nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der Union bilanziert. Damit legte er die Messlatte hoch – und die FDP sprang in der Umsetzung dieser Punkte unten durch. Ihre Partnerin, die Union, hatte es so.

Die Wähler strafen die FDP aus allen Richtungen ab. Laut dem Umfrageinstitut infratest dimap wanderten 1,8 Millionen Wähler, die sich vor vier Jahren für die FDP entschieden hatten, ins Lager von CDU und CSU. Immer mehr macht den Liberalen zu schaffen, dass die Union unter der Führung Angela Merkels in die politische Mitte drängt, ein Ort, an dem sich die FDP stets sah. Das schafft Platzprobleme. Und dort verlor sie überall. Selbständige (-16 Pro-



Keiner mehr da: Nach der Wahlniederlage verging den FDP-Funktionären schnell die Lust am Feiern.

zent), Beamte (- zehn Prozent) und Angestellte (- elf Prozent) wandten sich gleichermaßen von ihr ab. Gewählt wurde sie von Männern (fünf Prozent) wie Frauen (vier Prozent) nahezu gleich. Auch in allen Altersgruppen erreichte sie fünf Prozent. Es waren allerdings die 25- bis 44-Jährigen, die sich von ihnen abwandten (- elf bis 13 Prozent). Dieser Trend der allgemeinen Niederlage zeichnet sich beim weiteren Blick auf die Wählerwanderungen fort. 530.000 ehemalige Wähler entschieden sich diesmal für die SPD, und 430.000 machten ihr Kreuz bei der AfD. Die Zahlen zeigen klar, dass die Euroskeptiker kaum die FDP beerben werden, denn eine eindeutige Wählerwanderung zu ihnen ist nicht erkennbar; schließlich entschieden sich

460.000 FDP-Wähler für das Fernbleiben von den Urnen. Die „Fleisch-vom-Fleische“-These findet in den Daten keine Grundlage.

Die Versuchung AfD Dennoch lockt die FDP die Versuchung, der AfD nachzuzweifeln und einen europakritischen Kurs einzuschlagen; schließlich stehen im kommenden Jahr Europawahlen an, und da kommen vereinfachende Protestparolen besser an. Macht sich die FDP auf jenen rechtspopulistischen Weg, den manche liberale Partei in Europa eingeschlagen hat? Die FPÖ in Österreich stand einmal für Sozialliberalismus, bevor sie nach Rechtsaußen trieb. Geert Wilders von den Rechtspopulisten in den Niederlanden engagierte sich 15 Jahre

lang in der rechtsliberalen VVD, und auch die Dänische Volkspartei entwickelte sich aus einer ultraliberalen und steuerstaatsfeindlichen Partei heraus. „Von denen, die sich künftig in der Parteiführung engagieren wollen, plädiert keiner für einen europakritischen Kurs“, sagt Jörg Paschedag über die FDP. „Ich sehe keine Notwendigkeit für eine programmatische Neuaufstellung.“ Die Antworten in unserem Programm mögen mitunter wenig populär sein, sind aber nach wie vor zutreffend.“ Bleibt die Frage, wie sie kommuniziert werden. Paschedag nennt das „Drehen an Stellschrauben“ – und will durch Verschlingung den Parteiapparat effektiver gestalten.

„Wir müssen über die Größe des Bundesparteitags nachdenken“, sagt er zum Bei-

spiel. „Dass mehr als ein Prozent aller Mitglieder Delegierte sind, halte ich für überdimensioniert.“ Es wird für die FDP also darum gehen, die Idealisten zu mobilisieren. Jene, für die der politische Liberalismus eine Partei braucht, die für ihn einsteht. Dies könnte für die Partei tatsächlich einen neuen Kurs bedeuten – weg von der Union und hin zur Zeit vor 1982, als die FDP mit der SPD kooperierte. Die Saat dazu wurde am Wahlabend gelegt – durch die höhnischen Kommentare von Feinden in der Berliner CDU-Zentrale und durch jene Unionspolitiker, die sich danach plötzlich nicht mehr meldeten. Paschedag knetet seine Hände. „Diese ungeschickten Hände auch bei einigen Unionsanhängern lässt tief blicken.“ Und er eilt zum Schreibtisch. Jan Rübel

Aus dem tiefen Tal nach oben

FDP II Die neue Kraft der FDP soll aus den Landtagen und dem Europaparlament kommen. Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden soll als »Maschinenraum« dienen

Als Erststimmen-König der FDP gelang bei der Wiedervereinigungswahl 1990 Uwe Lühr mit 34,5 Prozent im Wahlkreis Halle an der Saale der Gewinn des Direktmandats, zum ersten Mal für die Liberalen seit 1957. Im selben Wahlkreis konnte Außenamts-Staatsministerin Cornelia Pieper bei der jüngsten Wahl gerade mal 2,1 Prozent für sich zusammenkratzen. Das ist eines jener desaströsen Ergebnisse, angesichts dessen dem ausgeguckten liberalen Reanimator Christian Lindner ausgesprochen blüherant werden müsste. Unter Parteistrategen gilt nämlich das ungeschriebene Gesetz: Im Osten kannst du zwar keine Wahlen gewinnen, aber gründlich verlieren. Wie gerade erst am 22. September. Meist eine Zwei vor dem Komma, nirgends mehr als eine Drei: In Berlin und den neuen Ländern geriet die FDP so tief in den Keller, dass sie damit auch republikweit an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Lindner ließ indes seit seiner selbst ausgerufenen Kandidatur für den Parteivorsitz eines nicht erkennen: Dass er die Zutaten für eine spezielle Ost-Rezeptur zur FDP-Genesung im Kopf hat.

Nicht mehr schrill Und dies ist nur eine Facette der Schwundsucht, die den Liberalen nun nachhaltig zusetzt: Personalnöte und Finanzsorgen, viel weniger Zuarbeiter. Drastisch verminderte Casting-Chancen für Rollen auf der politischen Bühne kommen hinzu. Doch der künftige Vorsitzende will nicht durch schrille Auftritte mehr Aufmerksamkeit erzwängen. Das ist seit dem Guido-Mobil und Schuhsohlen-Wahlkampf tabu. Immerhin verweist Parteisprecher Peter Blechschmidt auf eine „wieder positive Bi-



Halle an der Saale ist die Geburtsstadt von Hans-Dietrich Genscher (hier vor seinem Geburtshaus). Die Stadt war einmal FDP-Hochburg.

lanz“ bei der Mitgliederentwicklung: 58.675 Mitglieder waren Ende 2012 registriert. Dann ging es weiter bergab. Doch seit der Landtagswahl in Bayern – eine Woche vor der Bundestagswahl – seien rund 1.000 Eintritte bei nur 300 Austritten verzeichnet worden.

Balsam für Lindners Seele ist das. Dessen ungeachtet: „Ich mache mir keine Illusionen, dass es schwierig wird“, hat der 34-jährige der „Zeit“ gesagt, von einer „ganz persönlichen Mission“ gesprochen: „Wenn ich

die FDP 2017 zurück in den Bundestag führe, bleibe ich Politiker. Sonst nicht.“ Was auch sonst? Im Misserfolgsfall müsste er zwangsläufig den Rösler machen. Dabei streicht Lindner ziemlich unverhohlen heraus, dass er es besser gemacht hätte als der gescheiterte Philipp Rösler. Vor gut zwei Jahren formierte sich die Boy-Group, die Guido Westerwelle als Vorsitzenden in die Wüste schickte: Rösler, der Vorsitzender wurde, Lindner, der Generalsekretär blieb – dazu Daniel Bahr, angeklodert vom Gesundheits-

minister-Sessel. Linder warf alsbald spektakulär die Brocken hin – „aus politischen Gründen“, wie er heute sagt. Das heißt: Er wusste es besser, wie die FDP zu revitalisieren sei. Rösler ließ ihn nicht. Jetzt lässt ihn die Partei. An seiner Wahl beim Parteitag am 7. und 8. Dezember in Berlin gibt es keinen Zweifel. Doch die Rahmenbedingungen haben sich eben drastisch verschlechtert. Kein Bundestagsabgeordneter mehr statt bislang 93 – damit fallen auf einen Schlag in Fraktionsapparat und Wahl-

büros 600 Stellen weg – von der Sekretärin bis zum wissenschaftlichen Mitarbeiter. Vor allem fehlen hauptberufliche Politiker auch für die Parteiarbeit.

Otto Fricke (48) zum Beispiel, einer der Vorleute der alten Bundestagsfraktion. Lindner schätzt ihn, baut auf weitere Zusammenarbeit. Nur: Jurist Fricke muss jetzt vorrangig an seinen Broterwerb denken – ebenso wie Daniel Bahr (36). Immerhin genießt Hermann Otto Solms (72) das Privileg, als ausgeschiedener Bundestagsvizepräsident noch bis zu vier Jahre über Büro und Sekretariat verfügen zu können. Lindner möchte ihn wieder als Schatzmeister für die Partei gewinnen.

Hauptberuflich wird die scheidende hessische Kultusministerin Nicola Beer (43) die Operation Wiederbelebung managen. Lindner will sie sich vom Parteitag als neue Generalsekretärin an seine Seite stellen lassen. Freilich: Sie muss sich mit einer deutlich abgespeckten Parteizentrale begnügen. Es gab bereits Vertragsauflösungen, Personalgespräche laufen: „In den kommenden Jahren werden voraussichtlich noch etwa 20 der zuletzt 38 Mitarbeiter beschäftigt sein“, so Blechschmidt. Ohnehin komme in der Bundesgeschäftsstelle „grundsätzlich alles auf den Prüfstand“ – von Zeitungsabos bis Telefonkosten.

Offenbar türmt sich ein Schuldenberg von über acht Millionen Euro auf. Blechschmidt spricht von einer „angespannten Finanzlage“. Er rechnet vor, dass die FDP wegen des Rückgangs an Wählerstimmen im Vergleich zu 2009 circa 3,8 Millionen Euro an Wahlkampfkosten pro Jahr verliert. Ob die Spendenfreudigkeit schrumpft, weil die FDP im Bundestag nicht mehr mitreden kann, sei „nicht abzuschätzen“. Jedenfalls dürfte insgesamt der Etat der FDP jeweils in den nächsten Jahren um 2,2 bis 2,5 Millionen Euro geringer als 2013 ausfallen.

Schrumpfkur bei der Bundespartei: Lindner baut jetzt in erster Linie auf die verbliebe-

nen Volksvertreter. Derzeit sitzen zwölf im Europäischen Parlament. Die Europawahl im kommenden Mai wird der erste Test der neuen FDP-Befindlichkeit. Die Partei könnte davon profitieren, dass in Deutschland die fünf Prozent-Hürde auf drei Prozent gesenkt wurde.

Dem rigorosen Verriss des euroskeptischen Kurses von Frank Schäffler, wie er etwa vom Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher geäußert wurde, mag sich Lindner nicht anschließen: „Die FDP ist die Partei der Meinungsfreiheit.“ Schäffler hatte im Bundestag alle Hilfsprogramme abgelehnt.

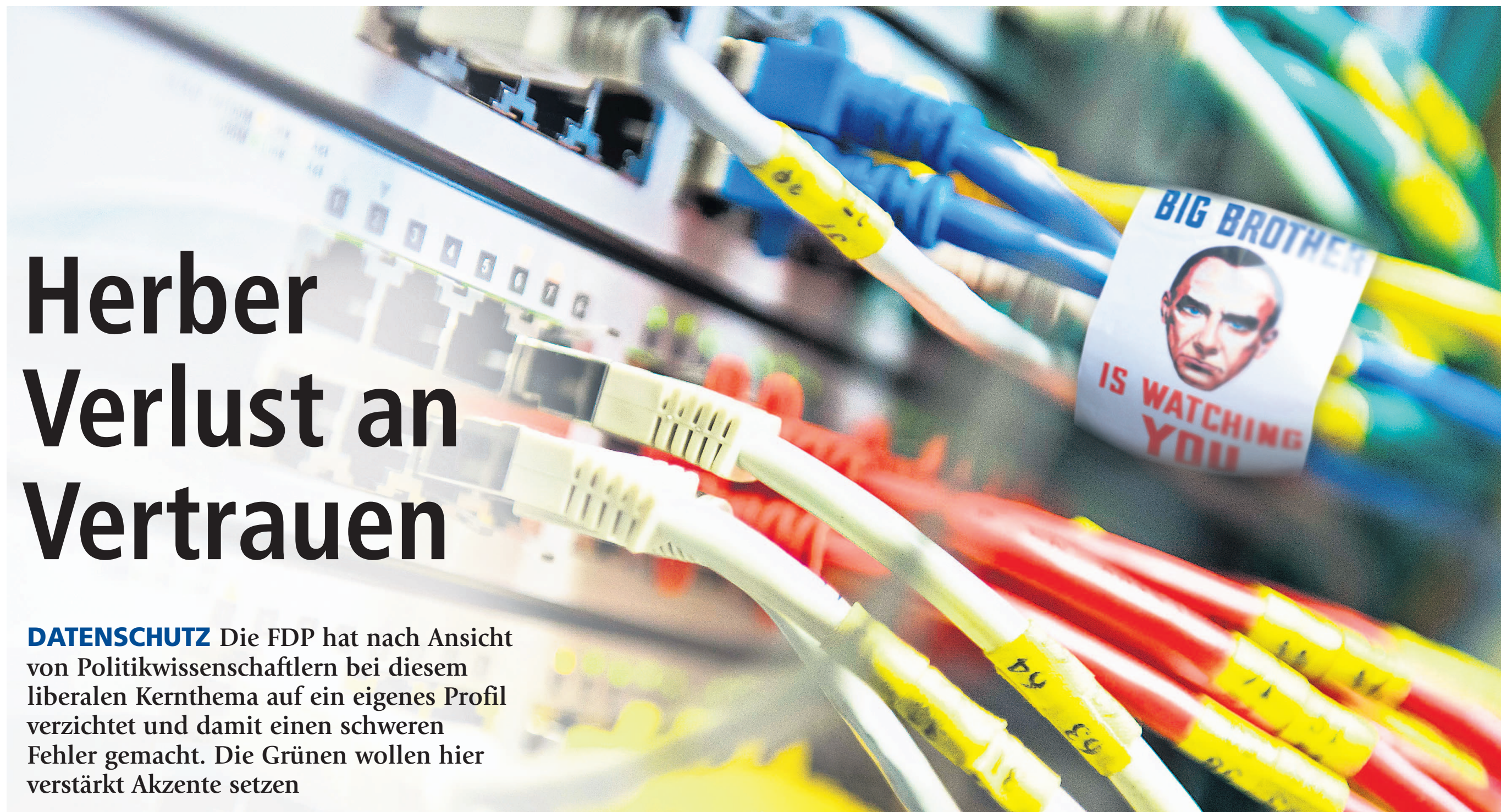
In erster Linie setzt Lindner auf die Verankerung der FDP in den Kommunen – dort hat die 1.000 Mandatsträger. Dazu kommen die Länder mit 92 Abgeordneten. Unversehens rückt ein bisher in der Partei reichlich unbedeutendes Gremium in den Mittelpunkt: die Konferenz der Fraktionschefs. Ihr Vorsitzender, Christian Dürr aus Niedersachsen hat sie zum „Maschinenraum der FDP“ erklärt.

Die Maschinisten sitzen in neun Landtagen – in Baden-Württemberg und Hessen, in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, in Thüringen und Sachsen, in Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Damit muss sich die FDP zwar noch nicht wieder den Spott anhören, sie sei „eine Dame ohne Unterleib“ – stark nur auf Bundesebene. Aber immerhin saßen liberale Abgeordnete 1992 und 2011 kurzzeitig in allen 16 Landtagen. Die Unterleibs-Diät aber geht wohl weiter: Im nächsten Jahr wird in drei Bundesländern gewählt. In Brandenburg, Thüringen und Sachsen deuten die Umfragen klar auf einen Rauschmiss der Partei aus den Parlamenten hin. Was für Lindner bedeuten würde: Er kann als neuer FDP-Chef im Osten schwerlich große Erfolge verbuchen – aber scheitern.

Franz Ludwig Averdunk

Der Autor ist Korrespondent der „Westfälischen Nachrichten“ in Berlin.





Herber Verlust an Vertrauen

DATENSCHUTZ Die FDP hat nach Ansicht von Politikwissenschaftlern bei diesem liberalen Kernthema auf ein eigenes Profil verzichtet und damit einen schweren Fehler gemacht. Die Grünen wollen hier verstärkt Akzente setzen

Nach neuen Hinweisen auf Spähaktionen des US-Geheimdienstes NSA wollen Deutschland und die Europäische Union den Datenschutz gegenüber den Vereinigten Staaten erhöhen.

Nach Ansicht des Parteienforschers Gero Neugebauer ist der Wandel der 1990er Jahre von ihren kernliberalen Themen mehr und mehr zu marktliberalen Themen abgerückt, sagt Neugebauer. Der Datenschutz etwa habe sich danach nur noch auf die Frage des Schutzes von Wettbewerbern auf dem Markt bezogen, urteilt der Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin. Aber hat sich nicht die von der FDP gestellte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der abgelaufenen Legislaturperiode erfolgreich gegen die von CDU und CSU geforderte Vorratsdatenspeicherung gestellt? In der Tat gebe es nach wie vor einige FDP-Politiker, die sich dem liberalen Kernthema Datenschutz verpflichtet fühlen, räumt Neugebauer ein. Auch hätten sich im Koalitionsvertrag durchaus Aussagen zum Datenschutz gefunden. Dies könne aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Datenschutz zu einem Restposten geworden ist, der gerade einmal in Wahlkämpfen noch Bedeutung bekommt, urteilt Neugebauer. „Damit die FDP in der öffentlichen Debatte nicht nur als das wahrgenommen wird, was sie ist – eine marktliberale Partei“, ist seine Meinung.

Dass in der schwarz-gelben Regierungszeit die großen Reformen beim Datenschutz ausgeblieben sind, belegen auch die Tätigkeitsberichte des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar. Da ist unter anderem vom Stillstand bei der Modernisierung des Datenschutzrechts in Deutschland die Rede und von der „Ad-acta-Legung“ des angekündigten Beschäftigtendatenschutzgesetzes. **Vorratsdatenspeicherung** Schaar ist natürlich weit davon entfernt, die Schuld für das Versagen einem der beiden Koalitionspartner in die Schuhe zu schieben. Und dennoch nimmt er die Freien Demokraten ein bisschen in Schutz, indem er sagt: „Der kleinere Koalitionspartner kann alleine nicht allzu viel durchsetzen, jedenfalls dann nicht, wenn ein vom Koalitionspartner geleitetes Ressort zuständig ist.“ Allenfalls könne er das ein oder andere verhindern, was es etwa bei der Vorratsdatenspeicherung geschehen sei. Schaar ist durchaus der Ansicht, dass es „FDP-Politiker gab und gibt, denen das Thema Datenschutz am Herzen liegt und die sich dafür eingesetzt haben“. Es gebe aber auch Kräfte, die in dieser Frage stärker das Interesse der Wirtschaft im Blick hätten, fügt er hinzu. Zur erstgenannten Gruppe zählt nach Auffassung des obersten deutschen Datenschutzers auch Gisela Piltz. Die FDP-Innenpolitikerin hat sich – sehr zum Unwillen des

Koalitionspartners – gegen die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Mit Erfolg. Die ehemalige Abgeordnete blickt daher auch positiv auf die Regierungszeit zurück. „Wir haben einiges für den Datenschutz in den vergangenen vier Jahren erreicht“, sagt sie trotz und verweist auf die verhinderte Vorratsdatenspeicherung, die Einstellung des geplanten Chipkartenverfahrens bei der Einkommenserfassung und die Gründung der Stiftung Datenschutz, „obwohl dies von der Union eher boykottiert wurde“. Und dennoch weiß sie, dass die öffentliche



Die scheidende Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)

Wahrnehmung eine andere ist. „Es ist für die öffentliche Betrachtung schöner, wenn Sie sich für etwas einsetzen können als wenn der Erfolg darin besteht, dafür zu sorgen, dass es nicht zu schlimm kommt“, sagt Gisela Piltz. Und so ist auch bei dem liberalen Kernthema Datenschutz die FDP der Union in die Falle gegangen, findet Gero Neugebauer. „Die Mängel beim Datenschutz werden der FDP angelastet“, urteilt der Politikwissenschaftler. Das habe damit zu tun, dass man das Thema der FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger zugewiesen hat. „Sie sollte sich da tummeln, aber bitte nicht für ernsthafte Probleme in der Koalition sorgen“, sagt Neugebauer. Sein Fazit: Die FDP habe in der Koalition auf ein eigenes liberales Profil verzichtet und damit den Parteienwettbewerb in bestimmten Politikfeldern – wie auch dem Datenschutz – vernachlässigt. „Das hat zu der Situation geführt, wie wir sie jetzt haben.“ Und wie geht es nun ohne liberale Partei im Parlament mit dem Datenschutz weiter? Den ganz großen Durchbruch erwartet Datenschutzschützer Schaar von einer Großen Koalition offenbar nicht. „Wir wissen nicht, was kommt, aber: Keiner der beiden Koalitionspartner hat in seinem Programm den Datenschutz ganz oben stehen“, gibt er zu bedenken. Schaar erwartet eher, „dass der Datenschutz künftig gerade für die kleineren Parteien ein wichtigeres Thema wird – nicht

bloß bei der FDP, sondern auch bei Grünen, Linken und Piraten“. Dass CDU und CSU das Erbe des Liberalismus antreten, hält Parteienforscher Neugebauer für unwahrscheinlich. „Die Union hat vergessen, sich dahingehend zu modernisieren und das Feld des politischen Liberalismus anderen überlassen“, sagt er und hält eher die Grünen für die Partei, die einen modernen Liberalismus vertreten könnte. **Freiraum für Freiheit** Die Grünen eine liberale Partei? Deren Innenexperte Konstantin von Notz findet dies überhaupt nicht abwegig. „Das Liberale und Freiheitliche steht schon in der Geburtsurkunde der Grünen“, sagt er. Es bedürfe jedoch einer Definition des Liberalismus. „Meint man die Ellenbogenfreiheit? Die völlige Abwesenheit des Staates? Oder meint man, dass der Staat oft auch den Freiraum für die Freiheit schaffen soll, manchmal schaffen muss.“ Seiner Ansicht nach hat die FDP im vergangenen Jahrzehnt im Grunde die Abwesenheit des Staates als Freiheit definiert „und das vor allem aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten“. Mit modernem Liberalismus habe dies nichts zu tun, sagt von Notz. Der Innenpolitiker hat in der abgelaufenen Legislaturperiode als Mitglied der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ mit den Freien Demokraten über das wichtige Thema der Netzneutralität ge-

stritten. „Die FDP hat bei der Netzneutralität immer argumentiert, der Markt regelt das. Wir sagen, der Gesetzgeber muss das gesetzlich festschreiben, auch damit der Markt überhaupt funktioniert“, so von Notz. Der Ankündigung der Telekom, die Geschwindigkeit im Netz zugunsten eigener Inhalte zu drosseln, habe gezeigt, „dass Selbstregulierung eben nicht funktioniert“. Sebastian Blumenthal, für die FDP in der Internet-Enquete aktiv, bewertet das anders. „Wir haben uns immer zu einem diskriminierungsfreien Zugang zum Internet bekannt“, sagt er. Auf eine enge gesetzliche Regelung habe man verzichtet, um neue Geschäftsmodelle nicht zu gefährden. Dennoch sei man handlungsfähig gewesen. „Falls es Ausführungsschwierigkeiten geben sollte, wollten wir das Telekommunikationsgesetz verschärfen.“ Das müsste nun wohl die Große Koalition tun. Konstantin von Notz hat nicht nur in dieser Frage aber so seine Zweifel: „Ich sehe niemanden, der in einer eventuellen Großen Koalition für einen modernen Liberalismus, für ein freiheitliches Staatsverständnis stehen könnte. Ich sehe auch niemanden, der für die Bürgerrechte eine klare Linie zieht“, sagt der Grünen-Politiker und kündigt schon mal eine „laute und kratzbürstige“ Opposition an. Götz Hausding

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Liberales gibt es überall

PARTEIEN Die politische Konkurrenz versucht jene Wähler anzusprechen, die bei der FDP momentan keine Heimat finden

Was soll der Staat regeln, von welchen Aufgaben sollte er besser die Finger lassen? Nachdem die FDP bei der Bundestagswahl an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, wird eine alte Frage im Parteienspektrum diskutiert. Fast scheint es, als entdeckte politische Konkurrenz nun ihr liberales Herz: Das Wahlergebnis war keine Woche alt, als erste Überlegungen auftauchten, wie man denn nun umgehen mit dem fehlenden „liberalen Korrektiv“ im Parlament. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner etwa empfahl, dass die Union nun auch „Funktionen der FDP übernehmen“ und ihren „Wirtschaftsflügel weiter stärken müsse“. Auch für Teile der Grünen scheint der Versuch verlockend, liberale Positionen nach vorne zu stellen: „Wir Grünen müssen wieder zur Partei der Freiheit werden“, sagte der Vorsitzende Cem Özdemir Anfang Oktober auf einem Kleinen Parteitag. „Wir müssen unsere eigenen libertären Wurzeln wieder suchen, die ein Teil unserer Gründungsgeschichte waren.“

Abwerberversuche Auch aus anderen Richtungen gibt es den Versuch, eine Wählerschaft anzusprechen, die in der FDP im Augenblick offenbar keine Heimat findet: Die Freien Wähler etwa wollen nach Auskunft ihres Vorsitzenden Hubert Aiwanger die FDP „in der bürgerlichen Mitte ver-

drängen“. Der stellvertretende Parteisprecher der Alternative für Deutschland (AfD), Alexander Gauland, reklamiert für seine Partei, dass sie einiges mit der FDP verbinde, weil auch sie vom Individuum her denke. Und mehrfach hatte der scheidende Vorsitzende der Piraten, Bernd Schlömer, unterstrichen, dass er seine Partei weniger als linke denn als liberale Kraft verstehe. Die aktuelle Diskussion zeigt das Problem mit der Trennschärfe beim Begriff: Nahezu alle reklamieren für sich, (auch) liberal zu sein, nur dass jeder etwas anderes darunter versteht. Die Diskussion zeigt aber auch, dass Liberalismus verschiedene politische und ökonomische Vorstellungen umfasst, vor allem aber: in allen Lagern ungebrochen faszinieren kann. Zu diesem Befund kommt auch eine Allensbach-Studie vom Oktober: 27 Prozent der Deutschen glauben an die Existenzberechtigung einer liberalen Partei. Liberale Positionen beziehen etwa Grüne und auch Die Linke, wenn es darum geht, den Einzelnen vor dem aus ihrer Sicht unverhältnismäßigen Zugriff des Staates auf seine Daten zu schützen: Die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung – aus der üb-

rigens auch die FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kein Geheimnis gemacht hat – ist dafür ein Beispiel. Und wenn andererseits CDU und CSU eine „Lohnuntergrenze“ fordern, die zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ausgehandelt werden solle, dann ist das auch Ausdruck eines liberalen Verständnisses, in dem nicht der Staat die Höhe eines Mindestlohns festsetzen soll. Vertreter der FDP selbst sind über die Anleihen der politischen Konkurrenz nicht erfreut: Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen FDP, Marco Buschmann, bezeichnete es jüngst als „Mimikry“ und „Umwertung aller Werte“, wenn sich manch andere nun vorschnell des Labels „liberal“ bedient. Buschmann antwortete auf einen Gastbeitrag in der „Zeit“ von Anton Hofreiter, der seine Partei als „starke Kraft der Freiheit“ bezeichnet hatte. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen argumentierte darin unter anderem, dass staatliche Interventionen zur Bewahrung und Ermöglichung von Freiheit gerechtfertigt seien. Buschmann sieht darin Züge eines nicht-liberalen Denkens: Ein Liberaler würde nämlich davon sprechen, dass nicht der Bürger

seine Freiheit, sondern zunächst einmal umgekehrt der Staat jeden Eingriff in die Freiheit zu begründen habe. Wenn Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) von einem „Supergrundrecht Sicherheit“ spreche und Hofreiter nun etwa ein „Supergrundrecht auf Ökologie“ postuliere, sei eben keine konsequent liberale Politik zu erwarten, die so viel Freiheit wie möglich will und so wenig Vorschriften wie nötig. **Neoliberale** Eines wollten und wollen politische Gegner der FDP nicht sein: „neoliberal“. Dabei stand der Begriff ursprünglich für einen Gegenentwurf zu De-regulierung, Nachwachstumsstaat und einer Ellenbogen-Marktwirtschaft, die anzustreben mancher Kritiker der FDP unterstellt. Es waren „Neoliberale“ wie die Ökonomen der Freiburger Schule, die klare Regeln eines starken Staates forderten, um fairen Wettbewerb zu ermöglichen und etwa Kartelle und Monopole zu verhindern. Die Freiburger „Ordo-Liberalen“ waren Paten eines sehr erfolgreichen Wirtschaftsmodells. Sein Name: Soziale Marktwirtschaft. ahe

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper



Credo der drittstärksten Kraft

EUROPÄISCHE UNION In Brüssel und Straßburg wehren sich die Liberalen gegen die Beglückungspolitik der Kommission

Ich möchte eine Alternative gegen den Zynismus bieten. Eine Alternative zum Herunterreden Europas. Eine Alternative zu weniger Europa. Ich will mehr Europa.“ Es ist Guy Verhofstadt, Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa (ALDE), der mit diesen Worten 2005 sein „Manifest“ für die Vereinigten Staaten von Europa präsentierte. Noch war von der Finanzkrise nichts zu sehen, bis zu den ersten Gedanken an eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsreform dauert es noch einige Jahre. Und doch schwang sich Verhofstadt zu einem flammenden Appell auf zugunsten einer Gemeinschaft, die nicht nur die Personenkontrollen abschafft, sondern den Binnenmarkt auch zu einem Symbol ihrer Zusammenhalts macht. Freiheit als liberales Credo. Der frühere belgische Ministerpräsident, gewohnt dort Kompromisse zu schmieden, wo sie kaum mehr möglich scheinen, ist zu einer Ikone des Liberalismus in Europa geworden.

»Die Liberalen haben Europa zu dem gemacht, was es ist.«

Graham Watson (ALDE)

und Euro-Kritiker aus den eigenen Reihen. Die österreichische FPÖ häutete sich unter dem inzwischen verstorbenen Parteichef Jörg Haider zu einer rechtsnationalen Kraft. Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders begann seine Laufbahn ebenfalls unter einer liberalen Fahne. Europa-Skepsis macht der frühere „Zeit“-Politikchef Werner A. Perger in einem Zeitungsbeitrag als „Einstiegsdroge“ aus: „Die Versuchung lauert in einer Flucht nach vorn. Dorthin, wo die antieuropäischen Illusionen und Emotionen wohnen. Worüber das Volk sich ärgert und mit seinem Misstrauen gegenüber der EU gehört werden will.“

Das starke Abschneiden neuer liberaler Kräfte oder solcher Gruppierungen, die das Etikett für sich in Anspruch nehmen – wie die Alternative für Deutschland (AfD) –, gefährden das Alleinstellungsmerkmal der Liberalen, sagen Politikbeobachter. Andreas Geiger von der Lobbykanzlei Alber & Geiger in Brüssel meint: „Die FDP hat es versäumt, vor lauter Klientelpolitik klarzumachen, um was es einer liberalen Kraft wirklich gehen sollte. Nämlich das zurückzuholen, was durch staatliche Gängelung schleichend abhandeln gekommen ist: individuelle Freiheit.“

Der Appell eröffnet ein weites Feld für den Liberalismus in einer EU-Konstruktion, die vor allem unter Kommissionspräsident José Manuel Barroso zu einer Beglückungspolitik für jeden wurde. Verbraucherschutz wird mit Glühbirnen, Duschköpfen und 900-

Watt-Staubsaugern definiert. Und anstatt das Prinzip Subsidiarität, das man noch 2009 im Lissabonner Vertrag als eherne Säule eingezogen hatte, durchzuhalten, gefällt sich die Kommission in immer neuen Eingriffen. Die Idee des deutschen Energiekommissars Günther Oettinger (CDU), der lokale und regionale Zulassungsstellen von Bauprojekten zu Gunsten von neuen Stromtrassen mit „hohem europäischen Interesse“ entmachten und die Zulassung einer nationalen Stelle übertragen will, hat mit dem Prinzip „Vor Ort entscheidet sich alles besser“ wenig zu tun.

Alexander Graf Lambsdorff, die mutmaßliche Nummer Eins der FDP bei Europawahl 2014, macht klar, um was es ihm geht: „Der marktwirtschaftliche Ansatz der FDP unterscheidet uns von SPD und Grünen, der rechtsstaatliche von der Union, die in Europa mit Orban und Berlusconi paktiert. Diese Unterschiede müssen deutlich herausgearbeitet werden.“ Wer dem Kopf der deutschen Liberalen in der europäischen Volksvertretung länger zuhört, weiß, wie eine liberale Politik in Europa aussehen



Liberaler Vorkämpfer: Guy Verhofstadt, Vorsitzender der ALDE-Fraktion, spricht während einer Debatte im Europäischen Parlament.

könnte: Lambsdorff fordert einen Verteilungsschlüssel für legale Flüchtlinge, um die humane Katastrophe im Mittelmeer in den Griff zu bekommen. In der NSA-Affäre zeigt er den Amerikanern und Briten die Rote Karte. Bei den künftigen Spielregeln für die Abwicklung maroder Banken spricht er sich für „Kapitalinstrumente aus, die es ermöglichen, auch Anteilseigner und Gläubiger insolventer Finanzinstitute in Haftung zu nehmen“. Europas Integration dürfe nicht auf die Wirtschaft beschränkt bleiben, lautet Lambsdorffs Credo.

Doch das Erscheinungsbild der Liberalen ist nicht frei von Verzerrungen. Gleich zwei Akteure der FDP im Europa-Parlament verlieren ihre Doktor-Titel, weil die zuständigen Prüfstellen zu dem Ergebnis kamen, dass

die erhobenen Plagiatsvorwürde gewichtig genug waren. Und während Christ- und Sozialdemokraten im Bundestagswahlkampf eine neue große Koalition noch als Schreckgespenst weit von sich wiesen, funktionierte das überparteiliche Bündnis in Straßburg und Brüssel bereits – zu Lasten der Liberalen, die zwar viele Entschärfungen erreichen konnten, aber am Ende doch zu wenig Beachtung fanden. Nach dem Desaster bei der Bundestagswahl fürchten die deutschen Liberalen, als nicht mehr im Bundestag vertretene Partei noch leichter übersehen zu werden in Europa. Angesichts der angesehenen zwölf FDP-Vertreter ist das zwar nicht wahrscheinlich, auch wenn es nicht immer gelingt, liberale Positionen durchzusetzen. Das Beispiel Reisefreiheit mag da besonders

deutlich ausfallen: Monatlang hatte sich die Innen-Kommissarin Cecilia Malmström bemüht, die erleichterte Wiedereinführung von Personenkontrollen zu verhindern. Am Ende wurden sie von den scharfen Befürwortern aus dem konservativen Lager schlicht überstimmt. Dass Europa bereits gewährte Freiheiten wieder zurückschneidet, hat es in der Geschichte der EU lange nicht gegeben. Eine Niederlage für den Liberalismus.

Pluralismus Im europäischen Alltag hat der Politikentwurf sein Gesicht aber auch verändert. Alexander Alvaro, FDP-Europa-Abgeordneter, fügt dem hergebrachten Konzept das Stichwort „Pluralismus“ hinzu, ohne das die EU heute nicht mehr denkbar ist.

Tatsächlich aber ringt die Union intensiver als noch vor der Finanzkrise mit dem unbestimmten Gefühl vieler Bürger, die die Lösung für alle Probleme nicht nur in der Abgrenzung nach außen, sondern auch im Protektionismus im wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Bereich sehen. Ökonomisch hat die EU-Kommission die notwendigen Instrumentarien, um solchen Versuchen zu begegnen. Im sozialen Umfeld bleiben dem europäischen Gesetzgeber lediglich Appelle. Das wäre der Platz für einen liberalen Liberalismus, der nicht den Weg anderer liberaler, die der Ausgrenzung das Wort reden.

Detlef Drewes

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent in Brüssel.

Eine Frage der Freiheit und nicht der Sicherheit

USA Der Tea-Party-Flügel der Republikaner ist eine erzkonservative und liberale Kraft zugleich

Die Tea Party ist die Aufsteigerin in der Amtszeit Barack Obamas. Wegen ihrer Rolle im Machtkampf in den USA wird sie gern als „konservativ“ bezeichnet und am rechten Rand des politischen Spektrums verortet. Im Herbst 2013 war sie die treibende Kraft beim Versuch, den Präsidenten mit einer Zwangsschließung der Regierung zu einem Kurswechsel bei der Gesundheitsreform und der Haushaltspolitik zu zwingen. Diesen Ansatz hatte sie bereits im Sommer 2011 erprobt, doch als die Rating-Agentur Standard & Poors damals in einer Reaktion auf den angedrohten „Government Shutdown“ die Kreditwürdigkeit der USA herabstufte, verweigerten moderate Kräfte in der Republikanischen Partei dem Tea-Party-Flügel die Gefolgschaft und schlossen einen Kompromiss mit den Demokraten. Das Etikett „konservativ“ bietet sich auch an, weil die Mehrheit der Anhänger der Tea Party sich selbst so verortet. Drei Viertel bezeichnen sich als „konservativ“ oder „sehr konservativ“ und bewerten Präsident Obama als „very liberal“, was man freilich nicht als „liberal“ übersetzen sollte, sondern als „sehr progressiv“ oder „links“.

Distanz zum Staat Mit „konservativ“ ist die geistige Grundhaltung und sind die ideologischen Reflexe der Tea Party jedoch nur unzureichend beschrieben. Einen Gutschein der Grundüberzeugungen ihrer Anhänger würde man in Deutschland dem liberalen Lager zuordnen: Distanz zum Staat und zur Regierung. Diese sollen nicht automatisch für alles zuständig sein. Liberale vertrauen auf mündiger Bürger und ihre Bereitschaft, selbst Verantwortung zu übernehmen. In



„Big Government is a bully“ – „Eine große Regierung ist eine Tyrannei“. Tea-Party-Anhänger demonstrieren vor dem Kongress in Washington.

diesem Sinne sind die meisten Anhänger der Tea Party Liberale. Als die drei Hauptgründe für ihren Zorn nennen sie in Umfragen: erstens Obamas Gesundheitsreform; zweitens, dass die Regierung zu viel Geld ausgabe; drittens, dass „unsere Meinung in Washington nicht gehört“ wird. Die Ablehnung der Gesundheitsreform ist für viele Deutsche nur schwer zu verstehen. Amerikaner stören sich nicht an der Idee, dass jeder Mensch eine Krankenversicherung haben soll. Auch sie meinen, dass das

Individuum das Risiko einer schweren Erkrankung in der Familie und ihrer ökonomischen Folgen kaum allein tragen kann. Aber viele wenden sich dagegen, dass der Staat das vorschreiben möchte. Freiwillige Versicherung ja – Pflichtversicherung nein. Sie sehen darin eine Frage der Freiheit und nicht, wie die Deutschen, der Sicherheit.

Regeln des Marktes Klassisch liberal war auch die Ablehnung der staatlichen Rettungsschirme für Banken und Autokonzern-

ne durch die Tea Party. Wer schlecht wirtschaftet, soll Pleite gehen. Das sind die Regeln der Marktmechanik.

Laut Umfragen unter ihren Anhängern ist das wichtigste Ziel der Tea Party, die Regierung zu verkleinern. Sie werfen der Regierung Obama zudem vor, dass sie sich zu sehr um Sozialprogramme und um Minderheiten kümmere, und dass der Schuldenberg dramatisch wachse, weil sie mehr Geld ausgabe, als aus Steuern und Abgaben einfließen. In der Auseinandersetzung um die Ausspähaktivitäten des Geheimdienstes NSA gehören viele Tea-Party-Vertreter zu den Skeptikern. Sie sind gegen eine ausufernde und weitgehend unkontrollierte Überwachung von Individuen. Diese Überzeugung ist ihnen wichtiger als der typische Reflex „konservativer“ Republikaner, dass die Sicherheit vor Terror im Zweifel Vorrang vor individuellen Freiheiten habe.

Die Tea Party ist zudem eine Bewegung, die gegen die tradierten Machtstrukturen aufbegehrt – ähnlich wie klassische liberale Freiheitsbewegungen in Deutschland. Ihr Zorn auf die republikanischen Führer ist nur wenig geringer als ihre Wut auf Obama. Sie ärgern sich über „Rinos“ (Republicans in name only) – Leute, die sich als Republikaner ausgeben, aber die Prinzipien der Partei veraten, wie zum Beispiel George W. Bush, unter dem die Regierung dramatisch ausgebaut und die Verschuldungsspirale beschleunigt wurde. Die Tea Party verfolgt also trotz ihres konservativen Etiketts klassische Ziele der Liberalen. Wegen der rabiatischen Methoden zur Durchsetzung dieser Ziele, insbesondere dem „Government Shutdown“ hat sie jedoch laut Umfragen stark an Rückhalt in der Bevölkerung verloren.

Christoph von Marshall

Der Autor ist Diplomatiker Korrespondent der Chefredaktion des „Tagesspiegels“ und Autor des Buchs „Was ist mit den Amis los? Warum sie an Barack Obama hassen, was wir lieben“.

Das Haider-Gespenst

WAHLKAMPF Der populistische Flirt mit dem rechten Rand

Es war ein bis dahin einmaliger Vorgang in der Geschichte der Europäischen Union – und ist es bis heute: „Die Regierungen der 14 Mitgliedsstaaten werden keinerlei offizielle bilaterale Kontakte auf politischer Ebene mit einer österreichischen Regierung unter Einbindung der FPÖ betreiben oder akzeptieren.“ Mit dieser harschen Erklärung reagierten die EU-Mitgliedsstaaten Anfang 2000 auf die sich Wien bildende Koalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) unter Wolfgang Schüssel und der rechts-populistischer eingestuftem Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider. Und weiter hieß es: „Österreichische Botschafter werden in den EU-Hauptstädten nur noch auf technischer Ebene empfangen.“

Weisenbericht Führende FPÖ-Politiker hatten im Wahlkampf immer wieder mit ausländerfeindlichen Äußerungen die Angst vor einem massiven Rechtsruck in den Staaten Europas aufkommen lassen. Über sieben Monate legten die Regierungschefs der EU deshalb die Beziehungen zur Alpenrepublik auf Eis. Erst im Sommer 2000 wurden die „Sanktionen“, wie das Vorgehen der EU in Österreich genannt wurde, beendet. Ermöglicht wurde dies durch einen sogenannten Weisenbericht, der der frühere finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari, der deutsche Völkerrechtler Jochen Abraham Frowein und der frühere spanische EU-Kommissar Marcelino Oreja erstellten.

Der Weisenbericht attestierte der österreichischen Regierung, dass sie für die Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit eintrete. Auch die Asylpolitik gestalte sich, von einigen Problemen abgesehen, ganz ähnlich wie in allen anderen EU-Staaten. Allerdings waren die drei Weisen auch zu dem Ergebnis gekommen, dass in der FPÖ sehr wohl rechtsextreme Positionen vertre-

ten würden. Auf die Regierungspolitik habe dies jedoch keinen Einfluss. Diese Aussage reichte den übrigen EU-Regierungschefs, um die diplomatisch verfahrenere Situation zu bereinigen.

Projekt 18 Der Flirt mit dem rechten Rand ist auch unter Deutschlands Liberalen durchaus schon Thema gewesen. Im Bundestagswahlkampf 2002 wollte die FDP mit dem „Projekt 18“ zu neuen Höhenflügen ansetzen. Beflügelt von seinem eigenen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, den er auch mit populistischen Auftritten im Stile Haider erlangen hatte, wollte der Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann seiner Partei auch im Bund neue Wählerschichten erschließen.

Doch während der eigens gekürzte FDP-Kanzlerkandidat Guido Westerwelles auf einen fidelem Spaßwahlkampf setzte und mit seinem „Guidomobil“ durch die Republik tourte, schlug Möllemann ganz andere Töne an. In einem Falblatt, das er als Postwurfsendung verbreitete, griff er die Politik Israels und von Ministerpräsident Ariel Sharon gegenüber den Palästinensern scharf an. Zuvor hatte Möllemann den grünen Landtagsabgeordneten Jamal Karsli unterstützt, der ebenfalls Israels Politik verurteilte. Möllemanns Kurs löste deutschlandweit eine heftige Antisemitismus-Debatte aus und brachte die FDP in arge Bedrängnis. Nach dem mit 7,4 Prozent enttäuschenden Bundestagswahlergebnis verschärfte sich die Konflikte. Hildegard Hamm-Brücher, die Grande Dame der FDP, erklärte als Reaktion auf die „von A bis Z verfehlte Wahlkampfstrategie 18“ nach 50-jähriger Mitgliedschaft den Austritt aus der FDP. Unter anderem kritisierte sie die „Annäherung der FDP an die antisraelischen und einseitig pro-palästinensischen Positionen des Herrn Möllemann“ und bemängelte eine unzureichende Abgrenzung Westerwelles von diesem Kurs.

Alexander Weinlein



Die Angst vor der Freiheit

WOLFGANG GERHARDT Der FDP-Politiker beklagt das Verhältnis der Deutschen zur Eigenverantwortung, glaubt aber fest an die Rückkehr der Liberalen auf die bundespolitische Bühne

Herr Gerhardt, Rousseau wird der Satz zugeschrieben: Zwischen dem Schwachen und dem Starke ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit. Muss hier ein Liberaler widersprechen?
Interpretiert man diesen Satz nach rechtsstaatlichen Regeln, dass alle vor dem Gesetz gleich sind, als einen der Bausteine von Freiheit, muss ein Liberaler nicht widersprechen – auch wenn Liberale bei Rousseau aus guten Gründen immer etwas zurückhaltend sind.

Hat sich der politische Liberalismus nach dem Scheitern der FDP bei der jüngsten Bundestagswahl erledigt?

Ich bin sicher, dass wir einen Neuanfang schaffen werden. Es gibt ein Publikum, das mit diesem Wahlergebnis seine Unzufriedenheit über die FDP ausgedrückt hat. Aber das ist noch lange keine grundsätzliche Absage an eine liberale Partei. Eine Partei, die an der Spitze eine Equipe hat, die sich vertritt, die Vertrauen ausstrahlt und die in der Lage ist, klar zu erläutern, was die innere Philosophie liberaler Politik ist, hat das Potenzial, ein zweistelliges Wahlergebnis zu erreichen. Es liegt an uns selbst, das umzusetzen.

Also das liberale Weltbild funktioniert. Versagt hat demnach die Partei?

Nein, so einfach ist es nicht. Es gab immer Wellenbewegungen bei liberalen Wahlergebnissen. Walter Scheel etwa hat seinerzeit den Bundestag mit nur knapp über fünf Prozent der Wählerstimmen erreicht. Die Liberalen haben sich immer anstrengen müssen. Das liegt daran, dass Deutschland kein vorteilhaftes Land für freiheitliche Politik ist. Zu viele verstehen sich als Staatskunden. Sie erwarten, dass der Staat die wesentlichen Dinge für sie regelt. Darum wird von vielen übrigens auch die Große Koalition bevorzugt. Das Motto lautet: Die sollen das mal schön für mich machen. Die Bereitschaft zur Selbstbeanspruchung ist in unserem Land nicht besonders ausgeprägt.

Die deutsche Gesellschaft war noch nie so liberal wie heute. Historisch betrachtet ist der Einzelne in den meisten Bereichen noch nie freier von obrigkeitstaatlicher Gängelung gewesen. Hat der Liberalismus seine Ziele erreicht?

Nein, das hat er nicht. Auch wenn die Rechtsstaatlichkeit auf Grundlage der Verfassung unserem Land durchaus die freieste Zeit beschert hat, die die deutsche Geschichte jemals gekannt hat, darf ein wichtiger Punkt nicht beiseite geschoben werden: Es gibt Menschen, die haben regelrecht Angst vor der Freiheit. Wir haben erfahren, dass die Entwicklung unseres Wohlstandes auch Brüche bekommen kann. Erst dann zeigt sich die wirkliche Festigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft. Es reicht eben nicht aus, freiheitliches Bewusstsein nur auf Wachstumsraten aufzubauen. Freiheit ist unbequem. Die FDP hat in ihrer Bürgerrechtstradition immer wieder unangenehme Botschaften für die Menschen, weil manches, was Liberale sagen müssen, den Zügen menschlicher Natur widerspricht: zum Beispiel Minderheiten zu respektieren, mit Fremden umzugehen, ungewöhnliche Lebensformen zu akzeptieren und Unsicherheiten ertragen zu können. Eine geschriebene freiheitliche Verfassung reicht allein nicht aus.

In Teilen der FDP wird das Scheitern bei der Bundestagswahl einer Verengung auf Steuer- und Wirtschaftsfragen angelastet, andere sehen genau darin so etwas wie einen liberalen Markenkern, mit dem man auch in Zukunft wieder bei Wahlen bestehen könne. Was ist richtig?

So einfach ist das nicht. Marktwirtschaft gehört zum liberalen Markenkern. Und das wird auch in Zukunft so sein. Die Marke FDP ist allerdings allein auf Marktwirtschaft nicht zu reduzieren. Bildungschancen, Bürgerrechte, der Rechtsstaat, internationale Orientie-

rung, europäische Einbettung, all das gehört genauso zur FDP. Deshalb ist es nicht fair zu behaupten, die FDP habe sich in den vergangenen vier Jahren nur auf dem Feld der Marktwirtschaft und der Steuerpolitik profiliert. Ich sage sogar: Wir haben den Fehler gemacht, eine wirkliche Steuerreform, die wir wollten, in den letzten vier Jahren nicht umgesetzt zu haben.

Kann es sein, dass Ihr wie auch immer definierter Markenkern von anderen Parteien in weiten Teilen übernommen wurde und die FDP dadurch in gewisser Weise überflüssig geworden ist?

Wenn die SPD und die Union den Kern marktwirtschaftlicher Politik von uns übernommen hätten, würde ich die gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen gelassener verfolgen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Union ist in den vergangenen Jahren immer sozialdemokratischer geworden. Sie sieht etwas ausgehöhlt aus. Am Arbeitsmarkt stehen die Zeichen auf Regulierung. Die Möglichkeiten mittlerer und kleinerer Betriebe sollen wieder eingeschränkt werden – siehe Werkverträge, siehe Leiharbeit. Jetzt geht der Staat voran und erklärt den Unternehmen: Wir wissen viel besser als ihr, was für eure Betriebe gut ist. Das ist das Gegenteil von liberaler Politik, das ist Einschränkung von Freiheit.

Rechts von der FDP steht die Alternative für Deutschland (AfD) und reißt den Liberalen die Zustimmung zu den Euro-Rettungspaketen unter die Nase. Links von der FDP gehen die Grünen und Piraten mit Datenschutz und Bürgerrechten in die Offensive. Eine Zerreißprobe für Ihre Partei?

Überhaupt nicht. Wenn man eine überzeugende Haltung kommuniziert, wird die auch von der Öffentlichkeit akzeptiert. Wir sind der Überzeugung, dass der europäische Kurs, den wir eingeschlagen haben, mit den daraus folgenden Entscheidungen der letzten Legislaturperiode richtig ist. Es wird sich am Ende



„Wir haben den Fehler gemacht, eine wirkliche Steuerreform, die wir wollten, in der Regierungskoalition der letzten vier Jahre nicht umgesetzt zu haben.“

Wolfgang Gerhardt

erweisen, dass der Stabilitätspakt der Euro-Zone weiterhelfen wird. Jedenfalls mehr als die Forderung, Deutschland solle die D-Mark wieder einführen und Griechenland aus der Euro-Zone fliegen. Wie sich schon jetzt zeigt, bewegt sich die Entwicklung in den meisten von der Währungsunion besonders betroffenen Ländern langsam wieder nach oben. Am Ende wird die AfD keine Karten mehr in der Hand haben, weil die Maßnahmen, die eingeleitet worden sind, erfolgreicher sind als vermutet. Überhaupt kommt diese Partei sehr leichtfertig daher. Neben den Analysen einer Reihe von Professoren der Volkswirtschaft sind ja auch andere Töne von der Basis zu hören, die bedenklich sind. Jede Neugründung bringt eben auch viel Treibsand mit sich. Es sind sehr viele Kurzdenker dabei. Man weiß dann nie ganz genau, wo das endet.

Es gibt Bereiche, in denen einiges dafür spricht, dass der Staat stärker eingreift. Beispiel Bankenkrise: Hier ist die FDP immer für Deregulierung eingetreten. War das im Rückblick richtig?

Deregulierung war und ist notwendig. Und interessant ist ja, dass das in der rot-grünen Koalition gemacht worden ist. Wir haben das seinerzeit nicht abgelehnt. Die gegebene Freiheit ist allerdings dann von manchen missbraucht worden. Deshalb ist zweifellos auf dem Finanzsektor auch eine gewisse Regulierung notwendig geworden. Liberale sollten damit keine Schwierigkeiten haben. Gerade die oft kritisierten Neoliberalen haben immer Spielregeln für die Marktwirtschaft gefordert. Das gilt auch für die Finanzmärkte. Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn man eine Klärung herbeiführt, welche Geschäfte betrieben werden sollen und welche vom Markt zu verschwinden haben. Liberale sollten da keine Hemmungen haben, das auch laut zu sagen. Da hätte ich mir von meiner Partei in der letzten Legislaturperiode mehr Klarheit gewünscht.

Könnte es sein, dass die Abwahl der FDP und die absehbare Große Koalition auch Ausdruck des Wunsches nicht nach weniger, sondern nach mehr Staat ist?

Das Konzept des Liberalismus erschöpft sich ja nicht in der Forderung nach weniger Staat. Aber wir haben die unbequemste Botschaft. In einer Wahlkampfveranstaltung hat mir einmal eine Teilnehmerin gesagt: „Wer FDP wählt, muss ja alles selber machen.“ Das heißt, unsere Aufforderung zur Eigenständigkeit, nach Unabhängigkeit und Verantwortung für das eigene Leben fällt manchem schwer. Im Grunde ist die Kernfrage an den Liberalismus: Wo schafft er die Grundlagen für eine angstfreie Gesellschaft, die von Freiheit gerne Gebrauch macht? Da ist zunächst das Feld der Sozialpolitik, in dem es um die Sicherheit der Menschen geht. Hier müssen wir Angebote machen. Ich meine damit nicht die traditionelle Sozialpolitik von CDU/CSU und SPD. Deren Sozialpolitik fußt einzig auf Verteilung. Was sich ja auch jetzt in den Koalitionsverhandlungen zeigt. Das ist alte Sozialpolitik. Was ich meine, ist eine neue Sozialpolitik über Bildung und Beschäftigungsdynamik. Wir brauchen einen flexibleren Arbeitsmarkt, Chancengerechtigkeit in der Bildung, den Willen zur Innovation und da-

ZUR PERSON

Wolfgang Gerhardt ist Vorstandsvorsitzender der liberalen „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“. Der 69-jährige promovierte Erziehungswissenschaftler war von 1987 bis 1991 hessischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und seit 1994 bis zur Wahlniederlage seiner Partei am 22. September 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort stand Gerhardt von 1998 bis 2006 an der Spitze der FDP-Fraktion. Von 1995 bis 2001 war der verheiratete Vater zweier Kinder als Nachfolger des damaligen Außenministers Klaus Kinkel Bundesvorsitzender der FDP. Dieses Amt gab er nach innerparteilicher Kritik an seinen Nachfolger Guido Westerwelle ab.

mit zur Wettbewerbsfähigkeit. Ein Arbeitsplatz ist autonomieethisch der alten Verteilungspolitik deutlich überlegen.

Immerhin gut ein Viertel der Deutschen ist laut einer aktuellen Allensbach-Umfrage der Meinung, dass es einen institutionellen Liberalismus in Deutschland geben sollte. Eine hübsche Nachricht für die FDP. Warum erreicht Ihre Partei diese Leute nicht?
Wir haben es nicht verstanden, die liberalen Vorstellungen der Bevölkerung, die vielfach durchaus deckungsgleich mit unseren sind, als Partei zu repräsentieren. Das war unser entscheidender Fehler. Jetzt wird es darauf ankommen, in eigener Markenpflege stärkeres Engagement zu zeigen. Wir müssen uns personell und programmatisch neu aufstellen. Das ist eine enorme Herausforderung, aber ich bin davon überzeugt, dass wir das schaffen können.

Warum hat die FDP beim Thema Datenschutz keine klare Kante gezeigt? Hätte da nicht viel früher und intensiver Verbraucherschutz betrieben werden müssen?

Datenschutz hat zwei Seiten: den Schutz des Eigentums und den Schutz der persönlichen Daten. Das Internet kann in Hinblick auf die Eigentumsrechte vor allem in künstlerischen Bereich kein kostenloses Selbstbedienungsladen sein. Die persönlichen Daten von Menschen müssen geschützt werden. Es wäre allerdings hilfreich, wenn viele Menschen nicht selbst durch exhibitionistisches Verhalten im Internet auch persönliche Daten weitergeben würden. Sie könnten selbst etwas für Datenschutz tun, wenn sie nicht alles und jedes ausplaudern würden.

Jetzt ist es offenbar auch der Bundeskanzlerin klar geworden, dass das zum Problem werden kann. Ist es nicht fast eine Ironie der Zeitgeschichte, dass ausgerechnet nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag die Nation so intensiv wie lange nicht über Datenschutz diskutiert?
Tja, das ist schon interessant zu beobachten. Diejenigen in der alten Koalition, die immer kritisiert haben, dass wir zu viel Datenschutz wollten, dass wir die Wirtschaft behinderten, merken auf einmal, dass sie selbst betroffen sind. Eines ist klar: Wenn die Vorwürfe gegen die USA stimmen, ist das deutsch-amerikanische Verhältnis tief beeinträchtigt.

Für die FDP wird es nun schwieriger, ihre Botschaften in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Gibt es eine Strategie, wie das trotzdem gelingen kann?

Wir werden uns öffentlich bemerkbar machen, auch wenn das nicht mehr so leicht ist wie in einer Regierungsbeteiligung. Aber auch ohne Bundesminister werden es unsere Spitzenpolitiker mit guten Beiträgen verstehen, den Weg in die Medienlandschaft zu finden. Schwierige Verhältnisse erfordern produktive Ideen – und die hat die FDP. ■

Das Interview führten Jörg Bißlars und Alexander Heinrich.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die FDP ist aus dem Bundestag ausgeschieden, was dem politischen Liberalismus eine herbe Niederlage beschert hat. Der politische Liberalismus muss sich aufs Überwintern in der außerparlamentarischen Opposition einstellen. Doch begibt man sich außerhalb des Parlaments auf liberale Spurensuche, so stößt man nicht nur auf die FDP. Denn – und das ist die Überraschung – der Liberalismus ist lebendiger denn je. In jeder großen und in vielen kleineren Städten finden sich Freiheitsfreunde zusammen und gründen Studentengruppen, Hayek-Clubs, liberale Lesezirkel, freiheitliche Stammtische und sogar Kleinparteien. Sie alle eint das Interesse an einem Freiheitsgedanken, der sich von Positionspapieren der FDP wie auch vom Zeitgeist drastisch unterscheidet. Sie hängen dem Liberalismus an. Als Libertäre sind sie im Begriff, der liberalen Ideengeschichte ein neues Kapitel hinzuzufügen.

Austrian Economics Wie so häufig sind die Vereinigten Staaten der Ausgangspunkt. Die Geburtsstunde der libertären Bewegung mag im Jahr 1974 liegen. Es war das Jahr, in dem Friedrich August von Hayek im Oktober den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Zuvor, im Juni 1974, traf sich eine Gruppe Libertärer in Vermont zu einer Konferenz. Jene Konferenz markierte das „Austrian Revival“, die Wiederbelebung der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Die Anhänger dieser Schule berufen sich nicht nur auf Hayek, sondern zudem auf Ludwig von Mises, Carl Menger und andere. Sie waren allesamt gebürtige Österreicher und sind Tautpaten der Schule der „Austrian Economics“, der sich ihre heutigen Vertreter zurechnen.

Es mag sein, dass diese ökonomische Denkschule heute noch so obskur wäre wie damals, wenn zwischenzeitlich nicht das Internet die Grundlage für die Verbreitung von Ideen revolutioniert hätte. Durch Homepages, Blogs und Online-Magazine sind die Platzbeschränkungen der Printmedien Vergangenheit und die Schlüsselstellung von Redakteuren bei der Auswahl von Inhalten entfallen. Die Aufsätze der Österreicher und gar komplette Bücher sind ebenso online verfügbar, wie ganze Vorlesungsreihen in Videoform. Der Beitrag des Internets zur Verbreitung der längst verschüttet geglaubten Ideen der Österreicher kann daher kaum unterschätzt werden.

Kostenträchtige Effekte Ihre Anziehungskraft auf wissenshungrige Studenten erhob die Österreichische Schule zum Dreh- und Angelpunkt der libertären Bewegung. Die sich als wertfrei verstehende Wissenschaft steht staatlichen Eingriffen in das wirtschaftliche Handeln der Menschen nicht per se feindlich gegenüber, sondern zeigt auf, dass interventionistische oder regulatorische Eingriffe nicht kostenlos zu haben sind. Wenn eine Regierung etwa einen Mindestlohn verordnet, dann bedeutet dies zunächst ein Verbot von Arbeitsverträgen mit einer geringeren Entlohnung. Viele Arbeitnehmer werden profitieren und sie werden den höheren Lohn verlangen können. Andererseits wird ein Arbeitgeber nur Arbeiter beschäftigen, sofern sie mehr einbringen, als sie ihm an Kosten verursachen. Wenn Mindestlöhne und andere bürokratische Regulierungen die Kosten für den Arbeitgeber erhöhen, dann wird es zu Arbeitslosigkeit unter jenen kommen, deren Beschäftigung dem Arbeitgeber wenig oder keinen Ertrag bringt. Meist sind dies die Geringqualifizierten. Die erschütternden Jugendarbeitslosigkeitsquoten in der Peripherie der Eurozone illustrieren das.

Diese ökonomische Analyse stellt – so die Austriacs – den Gesetzgeber vor eine schwierige Wahl: Er kann es hinnehmen, dass manche Menschen schlecht bezahlt werden, oder er kann mit Mindestlöhnen manchen Arbeitnehmern ein höheres Einkommen beschaffen, das aber nicht kostenlos zu haben

Die wiederentdeckte »Österreichische Schule«

WIRTSCHAFT Hayek-Anhänger kämpfen gegen den alles regulierenden Staat



Der schwedische König Carl Gustav (rechts) gratuliert 1974 Friedrich August von Hayek zum Nobelpreis. Es begann die Renaissance der „Österreichischen Schule“.

ist, sondern von Geringqualifizierten mit Arbeitslosigkeit bezahlt werden muss. Wohlge-meinte Staatseingriffe in die freien Übereinkünfte seiner Bürger ziehen unerwünschte, häufig übersehene und kostenträchtige Effekte nach sich. Das ist die Essenz der Lehre der Österreichischen Schule.

Dieser ganz oberflächliche Einblick in die Österreichische Schule erhellt, warum sie als Kern des libertären Denkens zu gelten hat. Ökonomische Überlegungen erschüttern den verbreiteten Glauben, der Staat

könnte durch sein Eingreifen die Welt leicht zum Besseren verändern. Die ökonomische Sorge vor den unerwünschten Konsequenzen pflanzt die Saat der Skepsis gegenüber staatlichem Handeln. Der Gestaltungsanspruch des Staates entpuppt sich als gefährliches Wunschbild, und der Politiker, der die Wohlfahrt steigern will, wird zum Kaiser ohne Kleider.

Die Nähe der Austrian School zum ebenfalls gegenüber der Machtfülle des Staates skeptischen Liberalismus ist offensichtlich. Libera-

le haben erkannt, dass der Staat die größte Machtfülle im gesellschaftlichen Leben hat und einer Einhegung bedarf. Die Erfindung der Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat, spätestens beginnend mit der Magna Charta, ist ein ebenso nicht hinwegzudenkender Bestandteil der liberalen Ideengeschichte wie die Gewaltenteilung, die den Machtapparat des Staates in sich gegenständig kontrollierende Teile aufbrechen will. Die libertäre politische Philosophie setzt diese Tradition fort. Libertäre wollen staat-

liche Macht minimieren. Wenn der Staat gesellschaftlich nichts zum Besseren bewegen kann, soll er sich aus dem Leben der Menschen heraushalten. Das Individuum, der Mensch, steht im Mittelpunkt. Libertäre erweisen dem Individuum Respekt, indem sie jedem Menschen zutrauen, seine Angelegenheiten in freiwilliger Kooperation mit seinen Mitmenschen verantwortlich regeln zu können. Libertäre verkennen indes nicht die Sorgen der zahlreichen Menschen in schwierigen Lebenslagen. Freilich weisen sie darauf

hin, dass viele Nöte – wie etwa Arbeitslosigkeit und Altersarmut – durch einen staatlichen Eingriff überhaupt erst verursacht oder verschlimmert worden sind. Ein stets teurer werdendes, mehr Analphabetismus denn je produzierendes Schulsystem, ein entmündigender Wohlfahrtsstaat, ein durchreguliertes und bürokratisiertes Gesundheitssystem und Kapitalbildung verhinnde Umlagesysteme bei Rente und Pflege sind nur Beispiele.

Erklärung der Krise Kaum überraschend finden Libertäre auch eine alternative Erklärung für die aktuelle Kreditkrise. Tatsächlich haben Austriacs bereits viele Jahre vor dem Platzen der Immobilienblase vor derartigen Fehlentwicklungen gewarnt. Ursache ist nicht ein urplötzliches Aufbrechen kapitalistischer Gier, sondern ein Konvolut von Staatseingriffen, allen voran durch die Zentralbanken und das Geldsystem selbst. Das von den Zentralbanken allein und im Kartell mit den Geschäftsbanken kreierte Geld ist heutzutage nicht den für Güter geltenden ökonomischen Restriktionen unterworfen. Dabei maßen sich staatliche Institutionen an, über die Höhe der Zentralbankzinsen und den Umfang der Geldproduktion die Wirtschaft als Ganzes steuern zu können. Wie vermessend dieser Anspruch ist, zeigt sich schon an der regelmäßig zum Vorschein kommenden systemischen Unfähigkeit des Staats, große Infrastrukturprojekte planungsgemäß durchzuführen.

Die libertäre Antwort auf die Verwerfungen an den Kapitalmärkten ist also, aus der Interventionsspirale ewig neuer Staats- und Bankenrettungen auszubreaken. Statt Symptome zu bekämpfen, wollen sie die Ursachen angehen. Friedrich August von Hayek hat den Preis vom Nobel-Komitee für seine Arbeiten zur Konjunktur- und Geldtheorie erhalten. Berühmt ist sein Vorschlag zur Entnationalisierung des Geldes. Hayek betrachtete Wettbewerb als das mächtigste Entdeckungsverfahren für das Finden besserer Lösungen. Der Wettbewerb privater Marktteilnehmer brächte Währungssysteme hervor, die Krisen wie die heutige weitgehend verhindern könnte. Und so machen die Libertären nicht Halt vor der Forderung nach einer Entstaatlichung des Geldsystems.

Diskrepanzen zur FDP Freilich streiten sich die Libertären untereinander hauptsächlich um die Frage, wie wenig Staat möglich ist. Nicht alle sehen kategorische Hindernisse für privat organisierten Straßenbau, Rechtsfindung, Strafverfolgung oder militärische Landesverteidigung. Die Gedanken sind frei – und freie Gedanken sind nach Ansicht der Libertären die Basis ihres Wunsches nach einer freien Gesellschaft. Viele Libertäre glauben, dass soziale Veränderung ihren Anfang in den Köpfen der Menschen nehmen muss, und verweisen auf historische Vorbilder gesellschaftlicher Umwälzungen, wie etwa die ehemals undenkbar Abschaffung der Sklaverei, die Einführung der Demokratie oder des Frauenwahlrechts. Libertäre setzen daher auf Aufklärung, den Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Ein Vorschriften machender, maßregelnder und bevormundender Nanny-State wäre dann überflüssig und praktisch unmöglich.

Auch der Weg durch das Parteiensystem ist für manche – aber keineswegs alle – Libertären ein taugliches Mittel, um den angestrebten gesellschaftlichen Wandel zu erreichen. Naturgemäß hat die FDP die größte Anziehungskraft auf jene, die sich mehr Freiheit durch den politischen Prozess erhoffen. Die Diskrepanz zwischen den Überzeugungen der Libertären und dem Programm der FDP ist groß, aber nicht unüberbrückbar. Der Einfluss der Libertären in der Partei wächst, denn sie sind jung, motiviert und aktiv. Sie haben zudem Zeit – viel länger als die mindestens vier Jahre, die die FDP nicht mehr im Bundestag sein wird, denn das Leben liegt vor ihnen. Sie wollen es in Freiheit verbringen. **Dirk Friedrich**

Dirk Friedrich ist Jurist und Publizist in Berlin.

Die Freiheits-Szene wächst in Deutschland rasant

SPURENSUCHE Libertäre Strukturen sind innerhalb und außerhalb der FDP zu finden. Noch fehlt eine Denkfabrik nach dem Vorbild amerikanischer Ideenschmiedern

Wie aus dem Nichts sind die European Students for Liberty (ESFL) entstanden. Innerhalb von zwei Jahren wurde die Jugendorganisation, die sich Freiheit auf die Fahnen geschrieben hat, an mehr als 200 europäischen Universitäten aktiv. Die Mutterorganisation Students for Liberty betreut weltweit über 1.000 Hochschulgruppen, die mehr als 300.000 Bücher verteilen. Dieses Jahr sollen es noch mehr werden. Die Aktivitäten der ESFL fallen in Deutschland auf fruchtbaren Boden. Seit Jahren wird die Freiheits-Szene hierzulande rasch größer, manche sprechen gar von exponentiellem Wachstum. Die ESFL sind ein Nachzügler. Schon seit Jahren wird hier der freisinnige Acker bestellt. Natürlich standen auch am Anfang Studentengruppen, die sich dort bilden konnten, wo noch liberale Professoren tätig waren. Aus solch einem

studentischen Milieu heraus ist 1998 die Szenepublikation „eigentlich frei“ entstanden, die auch heute noch konkurrenzlos ist. Mit dem Internet wuchsen die Zeitschrift und die libertäre Szene. Inhaltlich konnte man sich auf die amerikanischen Libertären berufen und an diese anknüpfen. Eine wesentliche Rolle bei der Entstehung der amerikanischen „libertarians“ spielte Murray Rothbard. Er war zunächst 1974, im Jahr des Austrian Revival, Co-Gründer des „Cato Institute“ und später dann des „Ludwig von Mises Institute“. Beide Denkfabriken haben den amerikanischen „libertarianism“ geprägt. Bemerkenswert ist auch der stete wechselseitige Austausch mit der Libertarian Party, einer so genannten Third Party im amerikanischen System. Ein erster Durchbruch gelang auch in den USA erst durch den Aufzug des Internets. Endlich konnten Ideen ungefiltert publiziert werden. Die libertäre Bewegung ist – auch heute noch – eher intellektuell denn praktisch geprägt. Es gibt kaum einen Libertären, der nicht Mises, Hayek oder die anderen Protagonisten gelesen hat. Sie gedeiht an den Universitäten, an denen sich zuwei-



Ludwig von Mises (1881-1973) war ein wichtiger Vordenker der libertären Bewegung.

len ganze Fakultäten – wie etwa an der George-Mason-University – als libertär beschreiben lassen können. Erst in den letzten Jahren ändert sich das Erscheinungsbild der Bewegung und sie

emanzipiert sich von ihrem akademischen Milieu. Entscheidend hierfür war die US-Präsidentenwahlkampagne des libertären Kandidaten Ron Paul 2008. Die Kampagne konsolidierte einerseits die Bewegung, an-

dererseits war durch den unvermeidlichen Fokus der Medien auf die Kandidatur Pauls gewährleistet, dass die libertären Ideen eine größere Menge von Menschen erreichen und begeistern konnten. Kernthemen der Kampagne waren einerseits die Abschaffung der amerikanischen Zentralbank und eine nicht-interventionistische Außenpolitik: Die USA sollten ihre Kriege beenden und die Truppen nach Hause holen. Diese beiden von Ron Paul wohl gesetzten Themen zwischen rechts und links lassen ahnen, warum es gerade deutschen Beobachtern so schwer fällt, die Tea-Party-Bewegung einzuordnen. Denn diese feierte ihrerseits ihre Geburtsstunde während des Ron-Paul-Wahlkampfes, ist aber inzwischen hauptsächlich wegen ihrer dezentralen Struktur ausdifferenziert und lässt sich nicht mehr monolithisch verorten. Seitdem wächst die Bewegung deutlich schneller, und es existiert eine Reihe amerikanischer Politiker, die sich als libertär bezeichnen. So weit ist Deutschland noch nicht. Hierzulande haben Anhänger der Freiheit es schwerer, eine politische Heimat zu finden. Sie richten ihre Hoffnungen vor allem auf

die libertäre „Partei der Vernunft“ oder den Liberalen Aufbruch, einen Flügel der FDP. Außerhalb des Parteiensystems ist die Vielfalt weitaus größer. Die Zahl der unterschiedlichen libertären Treffen ist enorm. Meistens handelt es sich um intellektuelle Zirkel, darunter die Treffen der Freiheitsfreunde, der Hayek-Clubs oder der ESFL. Das Interesse wächst rasant. Auch die deutschsprachige Szene hat eine Reihe eigenständiger Denker hervorgebracht, und mittlerweile finden sich sogar ausgewiesene Libertäre auf herkömmlichen deutschen Lehrstühlen. Auffällig ist indes das Fehlen einer Denkfabrik. Eine deutsche Ideenschmiede von Bedeutung sucht man vergeblich. Finanziell gut ausgestattet, privat finanzierte Ideenschmiedern bildeten zwar in den USA den Grundstein der Bewegung. Für Deutschland könnte es allerdings so sein, dass die Entstehung einer Ideenschmiede von Bedeutung dem Richtigste gleichkommt. Man kann die Prognose wagen, dass eine in diese Marktlücke vorstoßende Einrichtung sich als Kraftwerk für den deutschen Liberalismus erweisen wird. **df**



Wenn die Freunde mithören

NSA-SKANDAL Die Aktivitäten des US-Geheimdienstes in Deutschland werden Thema einer Sondersitzung des Bundestages – und vielleicht auch eines Untersuchungsausschusses

Zehn Jahre überwachte der amerikanische Geheimdienst das Handy von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Unter „befeundeten“ Staaten gehe so etwas gar nicht, stellte Merkel klar.

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Plenarsaal das nächste Mal ihr Handy zückt, um eine SMS zu schreiben – was sie oft tut –, werden sich nicht nur einzelne Fotografen dafür interessieren. Nein, es werden vermutlich alle, die das beobachten, nur an drei Buchstaben denken: NSA. Seitdem Ende Oktober bekannt wurde, dass die National Security Agency (NSA), der größte Auslandsgeheimdienst der USA, das Mobiltelefon der Kanzlerin anzapfte, reißt die Welle der Empörung nicht ab. Das Motto dafür hatte Merkel selbst vorgegeben, als sie von der Überwachungsaktion erfuhr. „Das geht gar nicht“, bemerkte sie und beschwerte sich in deutlicher Form beim Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barack Obama. In den USA kann man die Aufregung nur teilweise nachvollziehen. Am deutlichsten formulierte die Vorsitzende des Geheimdienstsausschusses der Kongresskammer, die demokratische Senatorin Dianne Feinstein, ihre Kritik. „Ich lehne das total ab.“ Es sei klar, dass nun alle Geheimdienstprogramme durch den Ausschuss überprüft werden müssen, sagte sie. US-Außenminister John Kerry kündigte am vergangenen Donnerstag an, die Überwachungspraxis gründlich zu

prüfen und betonte, dass diese manchmal zu weit gehe. Die Mehrheitsmeinung brachte jedoch James Clapper, der oberste US-Geheimdienstchef, in einer Anhörung des Repräsentantenhauses am 29. Oktober auf den Punkt: Die Absichten führender Auslandspolitiker seien seit jeher Spionageziele, auch auf europäischer Seite. Nun erreicht die diplomatische Affäre auch den Bundestag. Am 18. November wird er sich auf Verlangen von Linken und Grünen in einer Sondersitzung mit dem Thema befassen. Beide Fraktionen kritisieren vor allem die aus ihrer Sicht passive Haltung der Bundesregierung, seit im Frühjahr die massenhafte Überwachung der Kommunikation europäischer Bürger durch die NSA bekannt wurde. Es sei erstaunlich, wie sich die Tonalität der Bundesregierung geändert habe, seitdem die Kanzlerin selbst betroffen ist, kritisiert etwa die Grünen-Vorsitzende Simone Peter. „Jetzt müssen den scharfen Worten Maßnahmen folgen.“ Dazu gehöre nicht nur eine Befragung Merkels im parlamentarischen Kontrollgremium, sondern auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel der deutschen und europä-

ischen Außen- und Sicherheitspolitik“, fordert Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke. Es müsse nun darum gehen, die „umfassende Geltung von Menschen- und Bürgerrechten auch im Bereich der Telekommunikation“ herzustellen. Auch die SPD-Fraktion unterstützt die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss und macht sich für einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen stark. Michael Grosse-Brömer, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte, dass sich seine Fraktion einem Untersuchungsausschuss ebenfalls nicht entgegenstellen werde. In der Union überwiegt dennoch die Meinung, dass das für Geheimdienstfragen zuständige Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) der bessere Ort für eine entsprechende Untersuchung ist.

Begrenzte Befugnisse Gleichwohl herrscht auch in den anderen Fraktionen Skepsis darüber, was ein solcher Untersuchungsausschuss bewirken kann. Zwar haben die Ausschüsse zur Drohnen-Affäre (Euro-Hawk) und zur Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund in der 17. Legislaturperiode bewiesen, dass sie mehr waren als ein politisches Kampfinstrument der Opposition. Aber im Fall der NSA ist die Situation eine gänzlich andere. Aufgeklärt werden müssen, da sind sich alle Fraktionen einig, Umfang und Dauer der US-Ausspähaktionen in Deutschland. Doch wie soll das gelingen, wenn brisante Doku-

mente von den USA nicht zur Verfügung gestellt werden? Und wie können die Abgeordneten ihr Wissen erweitern, wenn wichtige Zeugen aus den USA nicht nach Berlin kommen werden? Diese Szenarien sind sehr wahrscheinlich und deshalb die zentralen Knackpunkte, auf die auch der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach und sein Grünen-Kollege Hans-Christian Ströbele verwiesen haben. Denn die umfangreichen Befugnisse eines solchen Gremiums, wie etwa das Recht zur Akteneinsicht und Zeugenbefragung, enden an den Staatsgrenzen.

Auch eine Befragung des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden, der mit der Verbreitung interner Geheimdienst-Unterlagen die Affäre ins Rollen brachte, ist derzeit unwahrscheinlich. Zwar hat Snowden die Bereitschaft dazu signalisiert (siehe „Stichwort“) und führende Politiker, inklusive der Bundesregierung, signalisierten am vergangenen Freitag Gesprächsbereitschaft. Doch das Auslieferungsabkommen zwischen der EU und den USA stellt einer Reise des derzeit im russischen Exil lebenden Snowden hohe Hürden entgegen.

Auch eine Befragung des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden, der mit der Verbreitung interner Geheimdienst-Unterlagen die Affäre ins Rollen brachte, ist derzeit unwahrscheinlich. Zwar hat Snowden die Bereitschaft dazu signalisiert (siehe „Stichwort“) und führende Politiker, inklusive der Bundesregierung, signalisierten am vergangenen Freitag Gesprächsbereitschaft. Doch das Auslieferungsabkommen zwischen der EU und den USA stellt einer Reise des derzeit im russischen Exil lebenden Snowden hohe Hürden entgegen.

Claudia Heine



»Jetzt müssen den scharfen Worten Maßnahmen folgen.«

Simone Peter (Grüne)

Frauenquote, Börsensteuer und Mindestlöhne

KOALITIONSVERHANDLUNGEN Die zwölf Arbeitsgruppen haben ihre Gespräche begonnen und präsentieren erste Einigungen und Noch-Streitigkeiten

Seit mehr als einer Woche verhandeln CDU/CSU und SPD nun über die Einzelheiten möglicher Projekte einer Großen Koalition. Und nachdem es zunächst vor allem um Atmosphärisches ging, machten sich die zwölf Arbeitsgruppen vergangene Woche ans Eingemachte. In den bis Ende November geplanten Verhandlungen sind immer noch viele Punkte strittig, in anderen sind die Konturen schon klarer erkennbar:

Gesundheit Bei der Pflegeversicherung zeichnen sich vor dem Hintergrund der Zunahme von Pflegefällen höhere Beiträge ab. Streit gibt es in der Schlüsselfrage zur Zukunft der gesetzlichen Krankenkassen. „Jeder, der das Wahlergebnis sieht, sieht, dass es eine Bürgerversicherung nicht geben kann und nicht geben wird“, sagte der Unionsverhandlungsführer in der Arbeitsgruppe Gesundheit, Jens Spahn, mit Blick auf die SPD-Kernforderung.

werden. Auch Praktikanten mit abgeschlossener Ausbildung sollen künftig von geltenden Mindestlöhnen in ihren Branchen profitieren und nach diesen bezahlt werden.

Familie/Frauen Wer seine Arbeitszeit familienbedingt reduziert hat, soll ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit erhalten. Außerdem wollen Union und SPD die „Lohnlücke zwischen Frauen und Männern“ schließen. Grundsätzlich vereinbarten die Unterhändler zudem, eine „verbindliche gesetzliche Regelung bei der Frauenquote“ einzuführen. Über deren genaue Ausgestaltung wird noch verhandelt.

Verkehr Die CSU sieht sich durch eine Stellungnahme der EU-Kommission zur Pkw-Maut bestärkt. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte: „Ohne Pkw-Maut für Ausländer werden wir einem Koalitionsvertrag nicht zustimmen.“ Die SPD will von einer Maut nichts wissen. Laut Verkehrskommissar Siim Kallas könnte eine Gebühr für alle Autos mit einem Ausgleich für Inländer über die Kfz-Steuer zulässig sein. Ein solches Modell schlägt die CSU vor.

zes (EEG) an, um den Strompreisanstieg zu bremsen. Ziel sei eine Reform bis Ostern 2014, damit das Gesetz Anfang 2015 in Kraft treten kann. Das teilten Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am vergangenen Donnerstag nach der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Energie mit. „Man kann Einigungskorridore erkennen“, sagte Kraft. Altmaier sagte, die Energiewende könne das zentrale Projekt der Koalition werden.

Wirtschaft Steuerbonus bei der Firmenforschung, Zuschüsse für Existenzgründer und Bürgerfonds beim Breitbandausbau: Union und SPD wollen in der Wirtschaftspolitik mit wenig Steuergeld viel erreichen. Durch

Anreize für Firmen und Investoren sollen neue Arbeitsplätze und Wachstum entstehen. Mit dem Einstieg in eine steuerliche Förderung soll die Forschung in Unternehmen belohnt werden.

Europa Die Spitzen von Union und SPD stimmten bereits am 30. Oktober in der großen Koalitionsrunde ersten Ergebnissen zur Europa-Politik zu. So will ein schwarz-rotes Regierungsbündnis sich in Brüssel für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen. Große Differenzen gibt es dagegen noch bei der europäischen Bankenunion.

Innere Sicherheit Union und SPD sind über die Zukunft der Vorratsdatenspeicherung noch uneins. Die Union hält die Datensammlung für unverzichtbar. Die SPD will die Vorratsdatenspeicherung aber auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, einen Richtervorbehalt und eine Speicherdauer von maximal drei Monaten einführen.

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@is-medien.de
www.das-parlament.de



Auf eine Finanztransaktionssteuer einigte sich die „Große Runde“ am 30. Oktober.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Linke will Ende des Betreuungsgeldes

Die Linke hat ihre Forderung nach einer Abschaffung des Betreuungsgeldes erneuert. Ihren entsprechenden Gesetzentwurf (18/5) begründet sie mit den aus ihrer Sicht falschen bildungs- und integrationspolitischen Anreizen der familienpolitischen Leistung. Das Betreuungsgeld „hält Kinder vom Bildungsangebot der Kindertagesstätte ab und verfestigt überholte Rollenvorstellungen über die Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit“, argumentiert die Linksfraktion in ihrer Gesetzesbegründung. Zudem würden dadurch vor allem Frauen ermuntert, die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach einer Geburt weiter aufzuschieben. Dies konterkariere die Bemühungen von Bund und Ländern, dem Fachkräftebedarf in der Wirtschaft durch mehr erwerbstätige Frauen zu begegnen. aw

Kommission soll Mindestlohn festlegen

Die Fraktion Die Linke macht sich in einem Gesetzentwurf (18/6) für die Einführung eines Mindestlohns stark. Ziel des Gesetzes müsse es sein, „sicherzustellen, dass für alle in Deutschland vollzeitbeschäftigten Menschen ein existenzsicherndes und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen und soziokulturellen Leben ermöglichendes Einkommen erreichbar wird“, heißt es in der Vorlage. Der Mindestlohn soll nach den Vorstellungen der Fraktion von einer Kommission festgelegt werden, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) berufen wird und aus Vertretern von Arbeitgebern, Arbeitnehmern sowie der Wissenschaft bestehen soll. Die Höhe des Mindestlohns müsse sich jedoch auf mindestens 8,50 Euro pro Stunde belaufen, fordert Die Linke. che

Gesetzentwurf zur Ehe für Homosexuelle

Gleichgeschlechtliche Paare sollen nach dem Willen der Fraktion Die Linke eine Ehe eingehen können. Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf (18/8) soll die derzeitige „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ durch die Möglichkeit zur Eheschließung ersetzt werden. Die Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften sollen bei dieser Neuregelung jedoch unberührt bleiben. Nach Ansicht der Linksfraktion stellt es eine „konkrete und symbolische Diskriminierung“ von gleichgeschlechtlichen Paaren dar, dass sie bis heute nicht heiraten können und im Steuerrecht und im Adoptionsrecht gegenüber Ehepartnern benachteiligt sind. aw

Vorstoß gegen Befristung ohne sachliche Gründe

Die Fraktion Die Linke hat einen Gesetzentwurf (18/7) zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung vorgelegt. Da davon besonders junge Menschen betroffen seien, würde ihnen die Chance genommen, ihr Leben auf der Grundlage eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses mit einer gewissen Sicherheit planen zu können. „Auch aus arbeitsrechtlicher Perspektive sind befristete Arbeitsverhältnisse hochproblematisch, da sie den Kündigungsschutz aushöhlen“, begründen die Abgeordneten ihre Initiative. Sie verlangen deshalb, im Teilzeit- und Befristungsgesetz die Möglichkeit der Befristung ohne Sachgrund zu streichen. che

Kommunen als Leidtragende

ENERGIEWENDE Nordrhein-Westfalens Städte und Gemeinden beklagen fehlende Dividendenzahlungen der Energieversorger

Das es den meisten Kommunen in Deutschland finanziell nicht sehr gut geht, ist bekannt. Dass es den Städten und Gemeinden im Ruhrgebiet aber besonders schlecht geht und dass daran zu einem nicht unerheblichen Teil die Energiewende Schuld hat, wird bei den zur Zeit laufenden Koalitionsverhandlungen für die nächste Bundesregierung noch zu einem wichtigen Thema werden. Dafür bürgt allein schon die nordrhein-westfälische Verhandlungsführerin, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die für die SPD im gemeinsamen Koalitionsausschuss das Thema Energiepolitik vertritt.

Wie es dabei mit der Energiewende weitergeht, entscheidet sich nicht in Bayern oder Baden-Württemberg, sondern in den Krisenkommunen des Ruhrgebiets. Dort sieht es zur Zeit gar nicht gut aus. Schon seit Jahren entgleiste in einer Stadt nach der anderen der Etat. Seitdem müssen sich die Kämmerer mit den Feinheiten von Haushalts sicherungskonzepten auseinandersetzen. Trost spendeten in der Vergangenheit stets die RWE-Aktienpakete, weil viele Städte und Gemeinden bis heute Beteiligungen an dem Essener Stromriesen halten. Die Dividendenzahlungen spülten so Jahr für Jahr zuverlässig Millionen Euro in die klammern Kassen. Doch während in Bayern ganze Dörfer unter hoch subventionierten Sonnenkollektoren verschwinden, bekommen viele Städte an Rhein und Ruhr nun die Krise der Energiekonzerne zu spüren.

»Die Situation ist so dramatisch, dass jede Einbuße ein schwerer Schlag ist.«

Gerd Landsberg, Städte- und Gemeindebund

Einsparungen geplant Denn der Druck wächst. Ökostrom aus Wind und Sonne verdrängt zunehmend die Energie aus konventionellen Anlagen und drückt wegen des großen Angebots den Strompreis an der Börse. Wegen der Ökostrom-Förderung sind zudem die Großhandelspreise binnen zwei Jahren um ein Drittel eingebrochen. Viele konventionelle, fossile Kraftwerke werden so zunehmend unrentabel, obwohl Gas- und Kohleanlagen zur Versorgungssicherheit nötig sind. Die Konzerne wollen deshalb bis zu 20 Prozent ihrer Kraftwerkskapazitäten in den nächsten Jahren dauerhaft oder vorübergehend still legen. Das Management des Essener Energie-Konzerns bringt zudem einen dreijährigen Verzicht auf Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter ins Gespräch. RWE-Chef Peter Terium hat sich für das kommende Jahr Einsparungen im Umfang von einer Milliarde Euro vorgenommen. Auch über 2014 hinaus soll gespart werden. Doch der Umbau der Branche

könnte sogar noch größer ausfallen als bislang bekannt wurde. Arbeitnehmervertreter fürchten, dass das Unternehmen von heute 70.000 Beschäftigten – 40.000 davon in Deutschland – durch Stellenabbau und Verkäufe auf 50.000 schrumpfen könnte. Kurzfristig war sogar vor kurzem von einem vorzeitigen Aus für den Braunkohletagebau Garzweiler-II die Rede.

Dividende halbiert Grund genug für den RWE-Vorstand, vor wenigen Tagen auch eine Halbierung der Dividende für 2013 auf einen Euro zu beschließen. In den nächsten Jahren soll ebenso weniger Gewinn ausgeschüttet werden. Eine bittere Entscheidung: Seit Anfang 2008 haben sich die Börsenwerte der beiden größten deutschen Stromproduzenten regelrecht atomisiert. Eon büßte bis zum Sommer 70 Milliarden Euro oder drei Viertel des Wertes vom Januar 2008 ein. Ähnlich dramatisch verloren langjährige RWE-Aktionäre fast 50 Milliarden Euro. Allein die kommunalen Eigentümer, Städte wie Dortmund oder Mülheim, die zusammen rund 24 Prozent halten, müssen auf Einnahmen von insgesamt 150 Millionen Euro verzichten.

Die Stadt Bottrop etwa teilt mit, Kämmerer Willi Loeven hoffe, dass die angekündigte Halbierung der Dividende „von der nächsten Aktionärsversammlung nicht akzeptiert wird“. Die Stadt rechnet mit Mindereinnahmen von bis zu 500.000 Euro. Bottrop habe „einfach nicht das finanzielle

Fettpolster, um solche Mindereinnahmen problemlos wegstecken zu können“. Die Dortmunder Stadtwerke DSW 21 erhalten 19 Millionen Euro weniger als 2012. Sie hatten zuletzt rund 38,8 Millionen Euro von RWE als Dividende erhalten. Gleiches gilt für Essen. Und auch Mülheim muss auf zehn Millionen verzichten. Und in Oberhausen fehlen künftig wohl mehr als 1,3 Millionen Euro durch die Dividendenkürzung. Auch der Kreis Mettmann hält seine RWE-Anteile über die örtlichen Verkehrsbehörden. „Von den Einnahmen aus den Dividenden werden Busse bestellt“, erläutert Kreisdirektor Martin Richter. Künftig stehe für die Busse nur noch eine Million Euro zur Verfügung, statt zwei Millionen Euro in der Vergangenheit. „Es sind gerade die Städte im Ruhrgebiet, die ohnehin schon hoch verschuldet sind, die von dieser Dividendenkürzung betroffen sind“, sagt Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DSG). „Die Situation ist so dramatisch, dass jede Einbuße ein schwerer Schlag ist.“ Für den Dortmunder DSW-21-Chef Guntram Pehlke ist



Trotz Ausbaus der Windenergie werden konventionelle Kraftwerke zwar noch gebraucht – bei den Versorgern schmelzen aber die Gewinne.

deshalb die Konsequenz klar: „Die verfehlte Energiemarktpolitik der Bundesregierung muss nach der Bundestagswahl zwingend korrigiert werden.“

Bei den betroffenen Kommunen stößt die Kürzung der RWE-Dividende deshalb auch auf harsche Kritik. „Ich sehe derzeit keine Chance, die neu entstehende Deckungslücke 2014 zu schließen“, klagte etwa Mülheims Kämmerer Uwe Bonan. Hinzu kämen bei vielen kommunalen Anteilseignern nämlich noch Abschreibungen. Viele Städte hätten RWE-Aktien noch zu viel höheren Kursen in ihren Büchern stehen. Fein raus ist dagegen Düsseldorf: Die Stadt hatte ihre RWE-Papiere rechtzeitig vor ein paar Jahren zu einem guten Preis verkauft und zum Schuldenabbau genutzt. 80 Euro

konnte die Landeshauptstadt damals pro Aktie erzielen. Derzeit ist eine RWE-Aktie weniger als 25 Euro wert.

Drohende Katastrophe Der Tonfall in Nordrhein-Westfalens Städten klingt somit dramatisch. Und er erreicht die nordrhein-westfälische Landesregierung. Die nackte Not schlage ihm derzeit entgegen, so lässt sich NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) in der Wirtschaftswoche zitieren, wenn er mit Kämmerern spreche. „Die Städte werden eine Sparorgie hinlegen müssen, die ihresgleichen sucht. Wenn dort richtig die Verluste von den Kraftwerken rein regnen und die Städte Wertberichtigungen vornehmen müssen, dann wird das eine Katastrophe. Da schließt dann auch noch das

letzte Hallenbad, weil die Kraftwerke so hohe Verluste produzieren“, glaubt Duin. „Die dramatische Lage bei RWE zeigt, dass die Energiewende ohne staatliche Hilfe für Kohlekraftwerke nicht gelingen kann“, schlussfolgert deshalb der SPD-Politiker. „Wir brauchen finanzielle Unterstützung für bewährte konventionelle Kraftwerke wie die von RWE.“ Er fordert unter anderem sechs Milliarden Euro an Subventionen für die Betreiber fossiler Kraftwerke. Damit dürften die Sorgen nordrhein-westfälischer Kommunen am Ende auch auf der Bundesebene und den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen angekommen sein. Neuer Streit droht. Denn Kohlekraftwerke gelten ihres hohen CO₂-Ausstoßes als Klimakiller. Umweltschützer und Bünd-

nis90/Die Grünen lehnen Subventionen für Kohlekraftwerke entschieden ab. „Union und SPD bereiten offenbar eine große Koalition der Energiewende-Blockierer vor“, warnt etwa die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhardt und hat dabei vor allem die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Kraft im Visier, die für die SPD die Koalitionsrunde zu Fragen der Ausgestaltung der künftigen Energiepolitik führt. Sie hat sich angesichts der vielen warnenden Stimmen aus NRW bereits klar positioniert: „Entscheidend ist, dass wir neben der Versorgungssicherheit auch die Preise für Verbraucher und Unternehmen im Blick behalten.“

Christoph Birnbaum

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.

Renaissance der Atomkraft in Europa

ENERGIE EU streitet über Subventionierung von Kernkraftwerken. Großbritannien baut erstmals seit knapp zwei Jahrzehnten wieder neue Meiler. Projekte auch in anderen EU-Ländern

Auf dem Papier ist die Sache völlig klar: Die EU darf sich in den Energiemix der Mitgliedsstaaten nicht einmischen. Ob ein Land Atomkraft einsetzen will, kann es souverän entscheiden, betont Energiekommissar Günther Oettinger immer wieder gerne. Jedes Land darf also selbst darüber bestimmen, ob es seine Energieversorgung mittels Kohle, erneuerbaren Energien oder aus Atomstrom sichern will. Die Europäischen Verträge definieren die Kompetenzen der EU im Bereich Energie sehr genau.

Umso größer war die Aufregung, als im Juli ein Entwurf für die künftigen Leitlinien zur Subventionierung von erneuerbarer Energie bekannt wurde, die EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia im November vorlegen will. Weil Subventionen für Atomkraft darin ausdrücklich erwähnt wurden, witterten Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace und die Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament eine heimliche Bevorzugung der Atomkraft. Auch die Bundesregierung sowie die österreichische Regierung protestierten damals heftig.

Kritik aus Berlin Vor allem wegen der lauten Kritik aus Berlin entschied sich Almunia, die Kernkraft komplett aus dem Dokument zu streichen. Er möchte nicht in den Verdacht kommen, Subventionen für Kernkraft zu fördern.

Almunias Entscheidung bedeutet freilich nicht, dass Atomkraft in Europa nicht mehr subventioniert werden darf. Denn staatliche Zuschüsse für den Neubau von Kernkraftwerken regelt der Euratom-Vertrag aus dem Jahre 1957 – und erlaubt sie ausdrücklich.



EU-Energiekommissar Günther Oettinger will europaweit eine einheitliche Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke einführen.

Allerdings bedeutet dies wiederum auch nicht, dass EU-Mitgliedstaaten den Neubau von Kernkraftwerken nach Gusto bezuschussen dürfen. Die EU-Kommission darf die Beihilfen prüfen. Almunia hat Anfang Oktober bereits zu Protokoll gegeben, dass er dies im Fall der neuen Kernkraftwerke in Großbritannien tun werde. Er warte darauf, dass die britische Regierung ihm konkrete Pläne vorlege.

Die britische Regierung verhandelt aktuell mit dem französischen Konzern Electricité

de France (EDF) über den Bau und den Betrieb von zwei neuen Meilern in Hinkley Point im Südwesten Englands. Wenn alle Planungen eingehalten werden, könnte das neue Kraftwerk in zehn Jahren ans Netz gehen. Der Neubau soll definitiv erst im kommenden Jahr beschlossen werden. Geplant ist derzeit, dass die Anlage rund sechs Millionen britische Haushalte mit Strom versorgen wird. Die Kosten für das Bauprojekt belaufen sich auf rund 16 Milliarden Pfund (rund 19 Milliarden Euro). Mit der Ent-

scheidung setzt die britische Regierung trotz des deutschen Atomausstiegs und ungeachtet der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima auf eine Renaissance des Atomstroms. Die Energiestrategie wird von den drei großen Parteien des Landes unterstützt. Eingeleitet wurde sie bereits 2008 von der Labour-Regierung. Nennenswertes Widerstand in der Bevölkerung oder eine kritische Berichterstattung der Medien gibt es bislang nicht. Das könnte auch daran liegen, dass Großbritannien in Sachen Atomenergie ei-

ne lange Tradition hat: 1956 wurde bei Sellafield der erste kommerzielle Atomreaktor in Betrieb genommen. Derzeit sind in Großbritannien 16 Atomkraftwerke am Netz, davon sollen nach Angaben der World Nuclear Association bis zum Jahr 2020 insgesamt elf Meiler abgeschaltet werden. Die Tatsache, dass seit 1995 in Großbritannien keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut wurden und viele Meiler der ersten Generation stillgelegt werden mussten, führte dazu, dass der Anteil des Atomstroms an der britischen Energieversorgung von 25 Prozent Ende der 1990er-Jahre auf 18 Prozent im Jahr 2013 gesunken ist.

Wie viele Deutsche klagen auch die Briten über heftig gestiegene Preise für Heizkosten und Strom. Neben einer zuverlässigen Versorgung mit Grundlaststrom müssen sie auch ihren Verpflichtungen im Rahmen der Europäischen Klimaschutzziele nachkommen. Da in Großbritannien nur zwölf Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, gilt der Bau neuer Atomkraftwerke als Alternative zum Ausbau erneuerbarer Energien – und wird wie sie ebenfalls subventioniert.

Im Fall des Neubaus in Hinkley haben Britische Medien über einen Langfristvertrag berichtet, der 35 bis 40 Jahre laufen soll und EDF einen sehr hohen Strompreis sichern würde. Es gab Spekulationen, dass der versprochene Preis dem Doppelten des aktuellen Durchschnitts entsprechen würde, was 19 Prozent höher wäre als der Preis, der gegenwärtig für Windenergie gezahlt wird. Der britische „Guardian“ hatte berichtet, dass EU-Energiekommissar Oettinger das Vorhaben als Planwirtschaft im „Sowjet-Stil“ kritisiert habe.

Es gilt als relativ sicher, dass solche üppigen Aufschläge in Brüssel nicht genehmigt würden. Andererseits dürfte der Neubau von Meilern in Großbritannien ohne Zuschüsse nicht rentabel sein. Im vergangenen Jahr haben mehrere Energiekonzerne, darunter

auch die deutschen Unternehmen Eon und RWE britische Kernkraftprojekte ad acta gelegt, weil sie offenbar keine interessante Rendite versprochen.

Energiekommissar Oettinger will in diesem Herbst Vorschläge für die einheitliche Haftung von Kernkraftwerken vorlegen, die die Branche umwälzen könnten. Bisher existieren in diesem Bereich ausschließlich nationale Regeln, die aber sehr stark variieren. In Frankreich haften die Betreiber nur für 91,5 Millionen Euro je Kraftwerk. In Deutschland müssen sie eine Deckungsvorsorge für Unfälle von 2,5 Milliarden Euro nachweisen, die zum Großteil durch eine gegenseitige Garantierklärung der Energieversorger geleistet wird. Kritiker halten diese Summen für viel zu niedrig und sprechen von einer impliziten Subventionierung von Atomkraft.

Neue AKWs geplant Ungeachtet dessen gibt es auch in anderen europäischen Ländern Pläne für den Bau weiterer Kernkraftwerke. Nach Informationen der World Nuclear Association plant Polen derzeit sechs neue Meiler, während in Rumänien und Tschechien jeweils zwei neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Frankreich will den Anteil von Atomstrom von derzeit 75 Prozent auf 50 Prozent senken, setzt aber weiter auf Atomkraft. Derzeit baut Frankreich in Flamanville ein neues Atomkraftwerk. Die ursprünglich dafür geplanten Kosten sind in Höhe von 3,3 Milliarden Euro sind auf 8,5 Milliarden Euro gestiegen. Obwohl der Großteil der insgesamt 58 Atomreaktoren in den Jahren zwischen 1978 und 1989 erbaut wurde, will die französische Regierung deren Laufzeit von 40 auf 50 Jahre verlängern, berichtet die Zeitung „Journal du Dimanche“. Überall in Europa bleibt zudem eine Frage weiter ungelöst: wie, wo und zu welchen Kosten in Zukunft Lagerstätten für den anfallenden Atom Müll gebaut werden sollen. Annette Sach/Silke Wettach



Kirchners Wahlschlappe

ARGENTINIEN Viele internationale Medien haben nach den Parlamentswahlen am Sonntag vor einer Woche das „Ende der Ära Kirchner“ in Argentinien eingeläutet. Wer jedoch die argentinischen Tageszeitungen las, konnte unterschiedliche Botschaften finden: „Schlimmste Wahlniederlage seit zehn Jahren“, schrieb die oppositionelle Zeitung Clarín. „Die Regierung hat nach wie vor die Mehrheit im Parlament“, freute sich das regierungsfreundliche Blatt página12. Diese Interpretation der Wahlergebnisse erinnert an die Parlamentswahlen im Jahr 2009, bei denen der Kirchnerismus ebenfalls herbe Stimmverluste einfuhr und die Opposition den Anfang vom Ende der „Regierung K“ einläutete. Dann starb Ex-Präsident und Kirchner-Ehemann Néstor an Herzversagen. 2011 gewann Cristina – das ganze Land nennt sie beim Vornamen – die Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit.



Präsidentin Christina Kirchner

Klar ist, dass die Regierung aus den Parlamentswahlen am Sonntag geschwächt hervor geht. Es war das erklärte Ziel von Cristina Kirchner, in beiden Parlamentskammern eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen, mit der die Präsidentin eine Verfassungsänderung für eine erneute Wiederwahl hätte durchsetzen können. Dieses Ziel wurde weit verfehlt, der Kirchnerismus erhielt einen Gesamtanteil der Stimmen von nur 33 Prozent. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament ändern sich jedoch nur leicht: Seit Sonntag stellt der Kirchnerismus noch 40 statt wie bisher 43 der 72 Senatoren – und bleibt damit weiterhin stärkste Kraft. Im Abgeordnetenhaus hielten die Kirchner-Partei Frente para la Victoria (FPV) und die ihr nahe stehenden Parteien vor den Wahlen 127 von 257 Sitzen, nun werden es drei Sitze mehr sein. Aufgrund einer Himblutung war die Präsidentin selbst in den letzten Wochen als Wahlkämpferin ausgefallen. Sie trat auch am Sonntag nicht vor die Kameras, weil sie sich von den Folgen einer Operation erholt.

Feind statt Freund Der große Gewinner der Wahlen ist Sergio Massa, bis 2009 Kabinettschef der Regierung Cristina Kirchner und heute Bürgermeister der Stadt Tigre. Der ehemalige Freund wurde zum Feind: Massa erreichte in der Provinz Buenos Aires, in der fast 40 Prozent der Bevölkerung leben, quasi aus dem Stand einen Stimmenanteil von 36 Prozent. Besonders schmerzhaft dürfte für die Regierung sein, dass ein Teil der von ihm erreichten Stimmen von der Stammwählerschaft der Regierung kommen könnte. Denn wie Christina sieht sich auch Massa als Peronist, als Vertreter der politischen Ideen von Juan Domingo Perón. In den nächsten Monaten will er sich auf die Suche nach Bündnispartnern in den argentinischen Provinzen machen. Die oppositionellen Medien hat Massa schon auf seiner Seite. Massa könnte bei den Präsidentschaftswahlen 2015 für die Regierung Kirchner gefährlicher werden als ein Kandidat wie Mauricio Macri, derzeit Bürgermeister von Buenos Aires, der nur in der Hauptstadt ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung hat.

Karen Naundorf

Die Autorin ist Korrespondentin von weltreporter.net.

Prägnante Köpfe für Europa gesucht

EUROPAWAHL Parteien wollen erstmals mit eigenen Spitzenkandidaten antreten

Zum ersten Mal werden die Parteien bei der Europa-Wahl im kommenden Mai mit Spitzenkandidaten antreten. Ein personalisierter Wahlkampf, so die Hoffnung, soll das Interesse der Bürger an Europa wecken. Der Erwartung vieler Europa-Abgeordneter, dass der Wahlgewinner auch Präsident der EU-Kommission werde, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) allerdings schon einen Dämpfer verpasst. Sie sehe da keinen automatischen Zusammenhang, sagte sie beim jüngsten EU-Gipfel in Brüssel.

Die Grünen machen es besonders spannend. Nach dem Vorbild der deutschen Urwahl werden sie ab kommenden Sonntag Vorwahlen abhalten. Noch bis 28. Januar können alle Europäer über 16 Jahre, die den Grünen nahe stehen, im Internet über die beiden Spitzenkandidaten der Öko-Partei abstimmen. Allerdings muss das Duo aus einem Mann und einer Frau bestehen, die nicht dieselbe Nationalität haben. Am Ende könnte das Abstimmungsergebnis also leicht korrigiert werden. Aus Deutschland gehen die beiden Europa-Abgeordneten Rebecca Harms und Ska Keller an den Start. Die Sozialdemokraten werden im Januar ihren Kandidaten bestimmen, der mit großer Wahrscheinlichkeit Martin Schulz heißen wird. Der Präsident des Europäischen Parlaments hat bereits sehr deutlich



Deutliches Signal: Vier Tage vor der Wahl installierte der Künstler David Cerny auf der Moldau sein ungewöhnliches Kunstwerk. Kommentieren wollte er sein Werk aber nicht. Die Geste sei bekannt und klar, sagte er.

Sieg der Protestparteien

TSCHECHIEN Etablierte Kräfte mussten erhebliche Verluste hinnehmen. Führungstreit bei Sozialdemokraten

Nach der vorgezogenen Neuwahl in Tschechien kommt es zu einer erheblichen Verschiebung des Machtgefüges im Land. Zugleich ist in der sozialdemokratischen Partei CSSD, die als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangen ist, ein offener Machtkampf ausgebrochen, von dessen Ausgang wohl die Besetzung des Amtes des Regierungschefs abhängt. Eine tragende Rolle kommt dabei dem Staatspräsidenten Miloš Zeman zu: Er will offenbar hinter dem Rücken des Parteichefs eine sozialdemokratische Führungsriege etablieren, die ihm treu ergeben ist. In Tschechien mehren sich allerdings der Widerstand gegen das eigenmächtige Gebaren des Präsidenten. Als wahrscheinlich gilt derzeit eine Dreierkoalition aus Sozialdemokraten, der neu ins Parlament eingezogenen Bewegung ANO und der kleinen christdemokratischen Partei.

Zu den Siegern der Wahl zählen vor allem Protestparteien und die unreformierten Kommunisten. Letztere erzielten mit 14,9 Prozent ihr bestes Ergebnis seit mehr als einem Jahrzehnt. Zur entscheidenden Kraft im Abgeordnetenhaus wurde die Partei des Milliardärs Andrej Babiš, die „Allianz der unzufriedenen Bürger“ (ANO). Sie erzielte aus dem Stegreif 18,7 Prozent und landete damit als zweitgrößte Fraktion nur knapp hinter der CSSD (20,5 Prozent). ANO besteht mehrheitlich aus politisch unerfahrenen Seiteneinsteigern und verfügt lediglich über ein schnell zusammengestelltes, rudimentäres Programm. Auch die populistische Partei Usvit („Tagesanbruch“) übersprang mit 6,9 Prozent deutlich die

Fünf-Prozent-Hürde. Insgesamt sind sieben Parteien im Abgeordnetenhaus vertreten. Die einstigen Volksparteien haben in der Wählergunst deutlich eingebüßt. Die bürgerlich-demokratische Partei ODS, deren Premierminister Petr Necas nach einem Abhörskandal und Korruptionsvorwürfen im Juni zurückgetreten ist, erreichte lediglich 7,7 Prozent und wurde selbst von ihrem einstigen Juniorpartner, der Partei Top09 um den früheren Außenminister Karel Schwarzenberg, übertroffen (12,0 Prozent). Ein erneutes Mitte-Rechts-Bündnis, das aus mindestens vier Parteien bestehen müsste, ist damit unwahrscheinlich geworden.

„Die bisherigen Regierungsparteien haben versagt und die Opposition, die sie ersetzen sollte, auf gewisse Weise ebenso“, bilanzierte Präsident Miloš Zeman das Wahlergebnis in einer ersten Reaktion. Mit dem Wort von der Opposition zielte er vor allem auf die Sozialdemokraten: Die CSSD hat ein historisch schlechtes Wahlergebnis eingefahren, obwohl sie noch wenige Wochen zuvor als klare Favoritin galt. Für das angepeilte Links-Bündnis gibt es somit keine ausreichende Mehrheit; ursprünglich wollte die CSSD unter kommunistischer Duldung regieren.

In der Partei ist indes ein offener Streit um die Führung ausgebrochen: Der stellvertretende Vorsitzende Michal Hašek hat den CSSD-Chef Bohuslav Sobotka zum Rücktritt aufgefordert und eigenmächtig ein Verhandlungsteam für die Koalitionsgespräche zusammengestellt, in dem Sobotka nicht vertreten ist. Dieser spricht von einem „Putsch“ und kündigte an, sein Amt weiter auszuüben. Unterstützung bekam er auf einer spontanen Demonstration vor der Pra-

ger Burg, zu der sich einige hundert Anhänger zusammengefunden haben. In dem Führungstreit geht es nur vordergründig um das schlechte Wahlergebnis der Partei; vor allem steht die künftige Ausrichtung zur

Debatte. Der Vize-Vorsitzende Hašek ist die Führungsfigur eines Parteiflügels, der für eine bedingungslose Gefolgschaft des Staatspräsidenten Miloš Zeman eintritt. Sobotka hingegen vertritt ein eigenständiges Profil

der Sozialdemokraten und hat dem Präsidenten in der Vergangenheit mehrfach Paroli geboten.

Kilian Kirchgeßner

Der Autor ist freier Korrespondent in Prag.

Anzeige

3 Wochen gratis

Testen Sie jetzt den Freitag!

Die unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur und Haltung.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Freitag ist eine kritische Wochenzeitung, die für mutigen und unabhängigen Journalismus mit Haltung steht. In einer Zeit, in der alles in die Mitte rückt, vor allem die politischen Parteien, sorgt der Freitag für Kontraste.

Überzeugen Sie sich selbst von einem überraschenden und mutigen Medium. Testen Sie jetzt den Freitag drei Wochen kostenlos!

Herzlich, Ihr
Jakob Augstein,
Verleger und Chefredakteur des Freitag

Jetzt 1 von 3 iPad mini gewinnen!
www.freitag.de/testen

Post
Der Freitag
Postfach 11 04 67
20404 Hamburg

Telefon
040 3007-3510

Fax
040 3007-857055

Internet
www.freitag.de/testen

Ausgezeichnet von:

✓ Ja, ich teste den Freitag 3 Wochen kostenlos!

Hat mich der Freitag überzeugt und möchte ich anschließend weiter lesen, brauche ich nichts zu tun. Ich erhalte den Freitag dann jeweils donnerstags zum Vorzugspreis von zzt. 3,10 € pro Ausgabe statt 3,60 € am Kiosk. Ich spare dabei rund 18% und erhalte ein Schreibset von Faber Castell geschenkt. Bis zum 31.12.13 verlost der Freitag unter allen Einsendern 3 x ein iPad mini im Wert von je 459 €.

Möchte ich den Freitag nicht weiterlesen, schicke ich vor Erhalt der 3. Ausgabe eine schriftliche Information per E-Mail an service@abo.freitag.de oder per Post an der Freitag Kundenservice, PF 11 04 67, 20404 Hamburg.

Vor- / Nachname Geburtsdatum

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

E-Mail

Telefon

Ja, ich möchte weitere Informationen und Angebote per E-Mail oder Telefon vom Freitag erhalten.
Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Datum Unterschrift



Am 25. Mai 2014 wählen die EU-Bürger das neue Europaparlament in Straßburg.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Unbilden der Versteinerung

Nicht nur Fossilien oder Diktaturen wie in Nordkorea zeigen sich im Zustand der Versteinerung. Auch Demokratien wie in Deutschland befinden sich derzeit in einer besonderen Lage – zumindest die Bundesregierung. Sie ist nach der Wahl und vor der Koalitionsbildung nur noch geschäftsführend im Amt. „Versteinerungsprinzip“ nennen Juristen bedeutungsschwer dieses Interregnum zwischen den Legislaturperioden. Kein neuer Minister darf nun ernannt werden, aber keiner auch zurücktreten. Und der Bundespräsident ist in diesen Zeiten etwas mächtiger als sonst, weil auf sein „Ersuchen“ hin die bisherige Regierung unter Angela Merkel (CDU) geschäftsführend weiterregieren muss, bis es einmal eine Nachfolgerregierung gibt. So kann die eingekapselte Bundesregierung Verantwortung nicht mehr abgeben. Damit können unsere Minister aber auch emporkommen. Die Zwischenzeit bietet ihnen ungeahnte Profilierungschancen. Schon hat Außenminister Guido Westerwelle (FDP) den US-Botschafter mal eben bei sich „einbestellt“ – wohl gemerkt den Vertreter der Weltmacht Nummer 1 und unseres besten „Freundes“. Das hat sich ein deutscher Außenminister noch nie getraut. Wirklich wegen US-Abhöraktionen bei Merkels Handy oder etwa, weil sich Guido noch mal richtig profilieren wollte? Und was kommt noch an diplomatischen Eskalationen, nur weil sich unsere geschäftsführenden Minister jetzt besonders unersetzlich und wichtig zeigen wollen? Botschaftereinbestellungen sind bekanntlich drei Stufen vor einem Krieg. Das kann ja richtig gefährlich werden. Alpträume kommen auf – in Belgien dauerte eine Regierungsbildung nach einer Wahl einmal 535 Tage. Nein, die Regierung in Berlin muss bald „entsteint“ werden. Nur so leben wir ungefährlicher. *Hans Krump* ■

VOR 25 JAHREN ...

»Rhetorisch miserabel«

11. November 1988: Bundestagspräsident Jenninger tritt zurück Wird in Deutschland über die Zeit des Nationalsozialismus geredet, sollten unglückliche Formulierungen oder missverständliche Zwischentöne vermieden werden. Diese Erfahrung musste Philipp Jenninger (CDU) machen. Anlässlich des 50. Jahrestags der Reichspogromnacht hielt der damalige Bundestagspräsident bei einer Gedenkveranstaltung im Parlament am 10. November 1988 eine Rede, die ihn zum Rücktritt zwang. Jenninger hatte die Nazi-Herrschaft als „Faszinosum“ bezeichnet und Zitate aus der NS-Zeit verwendet, ohne sich klar davon zu distanzieren und – so die öffentliche Meinung – das nötige Maß an Betroffenheit zu zeigen. Einige Abgeordnete verließen während der Rede das Plenum. Die Grünen-Abgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin machte ihrem Ärger noch am selben Tag in einer persönlichen Erklärung vor dem Bundestag Luft. Als sie allerdings unterstellte, dass „der Antisemitismus auch im Herzen von vielen Mitgliedern dieses Hauses noch vorhanden“ sei und Jenninger persönlich angegriffen wurde, wurde ihr das Wort entzogen und die Sitzung unterbrochen. An Jenningers Integrität bestand zwar kein Zweifel, doch die heftigen Proteste im In- und Ausland kosteten ihn schließlich das Amt. Nur einen Tag später trat er mit dem Bedauern, Gefühle verletzt zu haben, zurück. 1995 nannte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, die Rede „über weite Strecken hervorragend“, aber „rhetorisch miserabel gehalten“. Ein Rücktritt sei nicht notwendig gewesen. *Benjamin Stahl* ■



Philipp Jenninger (CDU) hielt die Rede zum Jahrestag der Reichspogromnacht.

ge Maß an Betroffenheit zu zeigen. Einige Abgeordnete verließen während der Rede das Plenum. Die Grünen-Abgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin machte ihrem Ärger noch am selben Tag in einer persönlichen Erklärung vor dem Bundestag Luft. Als sie allerdings unterstellte, dass „der Antisemitismus auch im Herzen von vielen Mitgliedern dieses Hauses noch vorhanden“ sei und Jenninger persönlich angegriffen wurde, wurde ihr das Wort entzogen und die Sitzung unterbrochen. An Jenningers Integrität bestand zwar kein Zweifel, doch die heftigen Proteste im In- und Ausland kosteten ihn schließlich das Amt. Nur einen Tag später trat er mit dem Bedauern, Gefühle verletzt zu haben, zurück. 1995 nannte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, die Rede „über weite Strecken hervorragend“, aber „rhetorisch miserabel gehalten“. Ein Rücktritt sei nicht notwendig gewesen. *Benjamin Stahl* ■



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: DIE KINDERTAGESSTÄTTE DES BUNDESTAGES



Astrid Bahr leitet die Kindertagesstätte des Bundestages. Hier werden bis zu 162 Kinder von Mitarbeitern der Verwaltung, der Fraktionen oder der Abgeordneten betreut.



© DBI/Archim, Mollat und Simone N. Neumann, Collage, Stefan Böhms

»Hast du auch eine Mama und einen Papa?«

Lauter Kinderlachen hallt durch den Flur, an den Wänden hängen selbstgemalte Bilder, davor stehen Tafeln und Spielzeuge. Eine Gruppe Jungen und Mädchen kommt den Gang entlang, alle sind verkleidet. Prinzessinnen in rosa Kleidchen sind darunter, Prinzen mit Krone, ein Vampir. Viele Gesichter sind geschminkt, schließlich ist gerade Halloween. Draußen geht es ebenfalls wuselig zu. Mit Jacken und Mützen dick verpackt, spielen die Kinder im Sandkasten oder auf dem Klettergerüst. Zwei Jungs sitzen auf der Schaukel, davor hat sich eine Schlange gebildet. „Ich will auch mal schaukeln“, sagt ein Mädchen in Gummistiefeln trotzig. „Die Kinder lieben die Schaukeln“, sagt Astrid Bahr, „davon könnten wir viel mehr haben.“ Bahr ist Erzieherin und leitet die Kindertagesstätte des Bundestages. Zusammen mit 26 anderen Männern und Frauen betreut sie hier 120 Kinder im Alter von sechs Monaten bis zum Schuleintritt. Insgesamt können bis zu 162 Kinder aufgenommen werden. Die Kita steht allen Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, Beschäftigten von Abge-

ordneten, der Fraktionen und den Parlamentariern selbst offen. „Wir sind eine ganz normale Kindertagesstätte“, betont Bahr den Status ihrer Einrichtung, „wenn auch ein Exot innerhalb der Verwaltung.“ Der einzige Unterschied zu städtischen oder konfessionellen Einrichtungen sei, dass Anmeldungen quartalsweise angenommen würden und sich die Öffnungszeiten an den Arbeitszeiten des Bundestages orientierten. In den Wochen, in denen das Parlament tagt, ist die Kita eine Stunde länger geöffnet, nämlich bis halb sieben. Die Kindertagesstätte des Bundestages geht auf eine Initiative von Annemarie Renger (SPD) zurück. Damit die Frauen in der Verwaltung des Parlamentes bald wieder arbeiten konnten, wurde 1970 die Kindertagesstätte des Bundestages in Bonn eröffnet. Nach dem Umzug des Parlamentes nach Berlin wurde 1999 auch hier eine Kita gebaut, nördlich des Paul-Löbe-Hauses des Bundestages, direkt neben der Spree. Beim Neubau wurde dabei auf den spielerischen Charakter des Gebäudes geachtet: farbige Wände, niedrige

Aufbauten und Bullaugen auf verschiedenen Höhen in den Türen, damit auch die Kleinen durchsehen können. Die Idee für die Architektur stammt vom Wiener Architekten Gustav Peichl, der das Haus als „futuristisches Kasperle-Theater“ beschrieb. Die Architektur weckt Assoziationen an ein Schiff, wozu auch die blaue Außenfarbe passt. Selbst das Dach ist ein Spielplatz, mit Rasen, einem Baum und vier farbigen Kobold-Figuren – Kunst am Bau. Momentan sind die Kinder in elf Gruppen eingeteilt, davon sechs mit Kleinkindern und fünf mit Kindern ab dem Kindergartenalter. „Alle Gruppen haben sich ihre Namen selbst gegeben“, erzählt Bahr, „da haben wir die Spatzen, Raupen, Kleckse und Fledermäuse, alles ist dabei.“ Die Kleinen haben ein volles Programm: Spielgruppen, Lese- und Musikstunden, Bewegungstraining und natürlich Mittagsschlaf stehen auf dem Plan. Astrid Bahr mag ihren Beruf, seit 1976 arbeitet sie schon in der Kita. Ihre schönste Erinnerung? „Als ich einmal gefragt wurde: Hast du auch eine Mama und einen Papa?“ *Julian Burgert* ■

LESERPOST

Zur Ausgabe 44 vom 28.10.2013, „Handy-Gate“ auf Seite 13: Die Abhöraffaire zeigt einerseits eine naive Bundesregierung und andererseits eine amerikanische Administration, die das Problem der Deutschen nicht verstehen will. Es ist die Arroganz einer Weltmacht und die Einstellung, dass nur wir – die Amerikaner – den Weltfrieden sichern können und dafür sind uns alle Mittel gegeben und auch nicht zu hinterfragen. Das Problem ist allerdings, dass sich seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 und dem Zerfall des Ostblocks die deutschen und europäischen Verhältnisse grundlegend verändert haben. Die USA wollen aber ihre politische und wirtschaftliche Position weiterhin sichern und ausbauen.

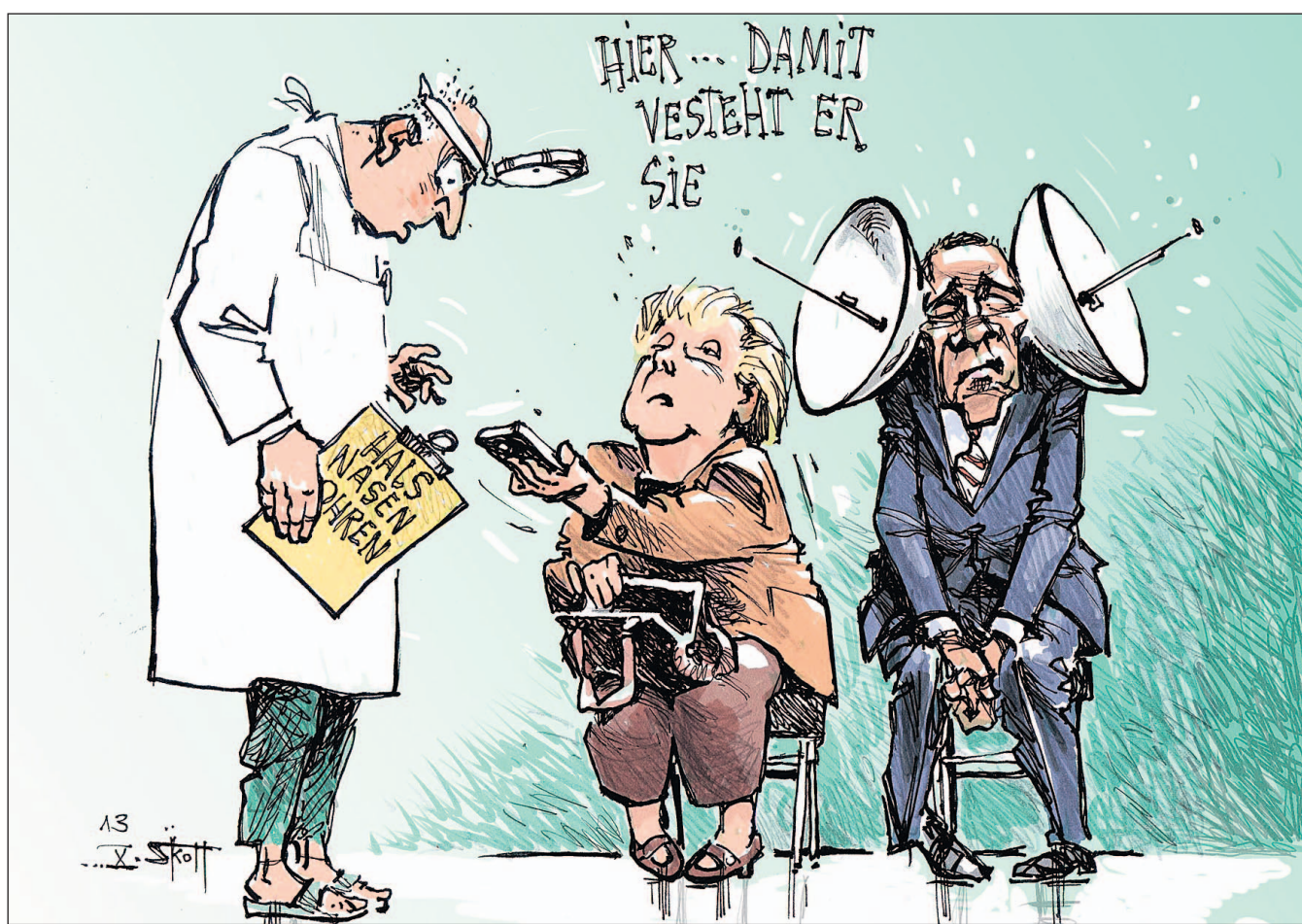
Ein Ziel, das nur durch illegal gewonnene Informationen zu erreichen ist. Dazu wurden verhältnismäßig kleinen Gruppen ein großes Machtpotenzial in einem anscheinend rechtsfreien Raum übertragen. Seit dem Anschlag auf das World Trade Center im Jahr 2001 kam ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis in den USA hinzu, mit dem von amerikanischer Seite so ziemlich alle Maßnahmen gerechtfertigt werden. Wie belastet das jetzige politische Verhältnis zwischen Deutschland und den USA durch das Handy-Gate ist, wird auf beiden Seiten sichtbar. Im offiziellen Sprachgebrauch spricht man immer häufiger von „Partnern“ und nicht mehr von „Freunden“. Berlin wartet auf die Stunde der Wahrheit, um der transatlantischen Distanzierung zu entgegen-

hen. Wird es aber eine Rückkehr zur alten deutsch-amerikanischen Freundschaft geben? Wir sind gespannt. *Hans-Dieter Seul, Berlin*

Zur Ausgabe 44 vom 28.10.2013, „Gerade mal zwölf Minuten“ auf Seite 6: Ich muss mich den im Artikel geäußerten Vorschlägen Gregor Gysis anschließen: Das Grundgesetz sollte geändert werden und der Opposition eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht zugestanden werden, wenn dies von allen Oppositionsfraktionen angestrebt wird. Dies sollte auch für eine Subsidiaritätsklage vor dem Europäischen Gerichtshof gelten. Ich würde sogar noch darüber hinaus gehen und fordern,

dass jeder Oppositionspartei alle Rechte der Opposition zustehen sollten, unabhängig davon, wie groß die Vertretung der Partei im Parlament ist. Eine Einschränkung allerdings akzeptiere ich: Die Rechte sollten durchaus an den Status der Fraktion gebunden sein. Das wäre jedoch keine allzu hohe Hürde. Abgesehen von der PDS in der Legislaturperiode 2002 bis 2005, in der diese nur mit zwei Direktmandaten vertreten war, war dies bisher noch immer der Fall. Natürlich ist eine große Mehrheit im Bundestag für die Regierung nicht per se schlecht. Ganz im Gegenteil, eine Regierung sollte und muss auch über eine ausreichende Mehrheit verfügen, damit sie ihre Aufgaben erledigen kann. Dennoch muss auch die Opposition ihren Job erfüllen können, nämlich die wirksame Kontrolle der Regierung. Dies ist im Falle einer großen schwarz-roten Koalition zumindest fraglich. Das sah man am „übermächtigen Votum“ von Union und SPD beim Beschluss, die Anzahl der Vizepräsidenten des Bundestages zu erhöhen. Was ist die Opposition noch wert, wenn sie zum Beispiel ihres „schärfsten Schwertes“ beraubt ist, der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses? Auch eine mögliche Große Koalition, die, wie Umfragen zeigen, die Mehrheit der Bevölkerung will, darf nicht einfach „durchregieren“, sondern muss auf die Einwände der anderen Parteien achten. Gerade, wo gleich zwei Parteien knapp an der Fünf-Prozent-Hürde vorbeigeschrammt sind und die politische Präferenzen von sieben Millionen Menschen so nicht im Parlament vertreten sind. *Dennis Kaiser, per E-Mail*

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

In der Ausgabe vom 28.10.2013 ist uns in dem Artikel „Rechte und Hürden“ auf Seite 6 ein Fehler unterlaufen. Eine Gruppe von Abgeordneten hat Fraktionsstärke, wenn sie fünf Prozent aller Abgeordneten umfasst und nicht, wie im Artikel geschrieben, ein Fünftel. In der gleichen Ausgabe ist im Artikel „Zu Gast beim Diktator“ auf Seite 14 eine falsche Zahl genannt worden. Der Besuch Kiesingers bei Franco fand nicht vor 55 Jahren, sondern vor 45 Jahren statt.

PERSONALIA

>Else Ackermann
Bundestagsabgeordnete 1990, 1991-1994, CDU
Am 6. November vollendet Else Ackermann ihr 80. Lebensjahr. Die Medizinerin, Pharmakologin und Hochschullehrerin aus Neuenhagen bei Berlin schloss sich 1985 in der DDR der CDU an. 1988 wurde sie nach kritischen Äußerungen gemäßigelt. 1990 zog Ackermann in die erste frei gewählte Volkskammer der DDR ein. Im Oktober des folgenden Jahres war sie für den ausgeschiedenen Abgeordneten Lothar de Maizière in den Bundestag nachgerückt. Dort arbeitete sie im Gesundheitsausschuss sowie im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit.

>Uwe Looft
Bundestagsabgeordneter 1971-1972, CDU
Uwe Looft wird am 7. November 75 Jahre alt. Der Verwaltungsjurist im schleswig-holsteinischen Landesdienst und Rechtsanwalt aus Trittau im Kreis Stormarn trat 1959 der CDU bei, war dortiger Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesparteiausschusses Schleswig-Holstein. Von 1968 bis 1971 amtierte er als Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion in Kiel. Im Oktober 1971 war Looft für den gestorbenen Abgeordneten Will Rasner in den Bundestag nachgerückt. Er gehörte dem Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen an.

>Ulrich Steger
Bundestagsabgeordneter 1976-1984, SPD
Am 8. November begeht Ulrich Steger seinen 70. Geburtstag. Der promovierte Volkswirt und Hochschullehrer wurde 1963 SPD-Mitglied, war von 1975 bis 1984 stellvertretender Vorsitzender des Unterbezirks Recklinghausen und Mitglied der Energiekommission beim SPD-Parteivorstand. Von 1984 bis 1987 amtierte Steger als hessischer Minister für Wirtschaft und Technik. Im Bundestag arbeitete der Direktkandidat des Wahlkreises Recklinghausen II im Ausschuss für Forschung und Technologie sowie im Bildungsausschuss mit.

>Klaus Röhl
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, FDP
Am 12. November begeht Klaus Röhl seinen 80. Geburtstag. Der bis 1989 parteilose promovierte Chemiker aus Berlin schloss sich in jenem Jahr der FDP in Ost-Berlin an und war Mitbegründer seiner Partei in der DDR. Seit 1990 gehörte er dem Landesvorstand Berlin an und wurde stellvertretender FDP-Landesvorsitzender. Röhl engagierte sich in beiden Wahlperioden im Verkehrsausschuss und war dessen stellvertretender Vorsitzender von 1990 bis 1994. Von 1994 bis 1998 war er FDP-Obmann im Untersuchungsausschuss „Veruntreutes DDR-Vermögen“

>Wilhelm Nölling
Bundestagsabgeordneter 1969-1974, SPD
Am 17. November vollendet Wilhelm Nölling sein 80. Lebensjahr. Der promovierte Volkswirt und Hochschullehrer trat 1964 der SPD bei, war von 1974 bis 1982 Gesundheits-, Wirtschafts- beziehungsweise Finanzsenator in Hamburg und stand von 1982 bis 1992 an der Spitze der dortigen Landeszentralbank. Der Direktkandidat des Wahlkreises Eimsbüttel gehörte in beiden Wahlperioden dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an.

>Heinz Dieter Ebmann
Bundestagsabgeordneter 1994-1998, CDU
Am 17. November wird Heinz Dieter Ebmann 75 Jahre alt. Der Betriebswirt und Werbekaufmann aus Wolfenbüttel schloss sich 1966 der CDU an und war Mitglied des Niedersachsensrats der Jungen Union. Mehrere Jahrzehnte engagierte sich Ebmann als Ratsherr seiner Heimatstadt und gehörte von 1968 bis 1995 dem Kreistag in Wolfenbüttel an. Von 1974 bis 1996 amtierte er zudem als Bürgermeister von Wolfenbüttel. Im Bundestag arbeitete Heinz Dieter Ebmann im Innenausschuss mit. *bmh* ■

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. November.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 18.11.2013
Sondersitzung zur NSA-Abhöraffaire (Mo)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream